

**Und jetzt
das Klein-
gedruckte.**

**Unser linkes
Wahlprogramm
in voller Länge.**

DIE LINKE.

Programm zur Landtags- wahl 2017

*Für ein solidarisches Schleswig-Holstein.
Eine starke LINKE verändert das Land.*

... so geht links.

Impressum

DIE LINKE. Schleswig-Holstein
Exerzierplatz 34
24103 Kiel
Telefon: (0431) 73 77 01
E-Mail: info@linke-sh.de

Sprechzeiten der Geschäftsstelle:
Mo. bis Do. von 10:00 bis 15:00 Uhr

VERANTWORTLICHE IM SINNE DES
PRESSE- UND DES TELEMEDIENGESETZES:
Marianne Kolter, Landessprecherin

sogehlinks.de

Eine neue Politik für alle Menschen – Zeit für Veränderung	4	Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft	34
		Daseinsvorsorge muss öffentlich sein und bleiben	34
Schleswig-Holstein sozial gerecht gestalten .	5	Tourismus.....	35
Armut bekämpfen. Damit alle, die hier leben, gut leben	5	Für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft	35
Kinder und Familien fördern	6	Meeresstrategien entwickeln	36
Seniorinnen und Senioren nicht auf das Abstellgleis schieben	7	Tiere schützen	36
Für mehr Teilhabe	8	Zukunft gestalten – sozial und ökologisch ...	38
Gutes Wohnen muss für alle bezahlbar sein	9	DIE LINKE im Bündnis mit Umweltverbänden und Initiativen	39
Wohnen ist ein Grundrecht	10	Energiewende dezentral gestalten	39
Zehn erste Schritte gegen Wohnungsnot	11	Mobilität: Sozial und ökologisch	39
Konsequent für gute Bildung und bessere Ausbildungsbedingungen.....	14	Offen für alle	42
Gute Betreuung und Bildung für unsere Kleinsten	15	Frauen stärken	42
Eine Schule für alle – all inclusive	17	Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Viel- falt fördern – Gegen Homo- und Transphobie ...	43
Öffentliche Hochschulen ausbauen	19	Gegen Menschenhass und Ausgrenzung, für ein weltoffenes Land	45
Berufliche Bildung verbessern, gute Ausbildungsbedingungen sicherstellen	22	Geflüchteten helfen, Integration fördern	46
Lebenslanges Lernen fördern	24	Fluchtursachen bekämpfen	49
Jugendverbandsarbeit stärken	25	Kulturelle Vielfalt erhalten, Minderheiten stärken	49
Neue Wege für Gesundheit und Pflege	25	Solidarische Gesellschaft: Alle haben ein Wort mitzureden	52
Wohnortnahe Versorgung auch in der Fläche..	26	Direkte Demokratie stärken	52
Gesundheit ist keine Ware	26	Kommunale Selbstverwaltung stärken	53
Gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung	26	Kulturpolitik in Zeiten von Schuldenbremse und prekärer Beschäftigung	54
Das Land muss den Investitionsstau beheben	27	Sport verbindet und integriert	56
Personalmangel/Landeskrankenhausplan	27	Für die Trennung von Staat und Religion	57
HIV-Prävention ausbauen und finanziell stärken	27	Digitale Spaltung überwinden, Netzinfrastruktur ausbauen	57
Gute Pflege ist ein Menschenrecht	28	Grundrechte und Privatsphäre verteidigen, Datenschutz stärken	58
Pflegende Angehörige müssen entlastet werden	28	Offene Standards fördern, Informations- freiheit garantieren	59
Mehr Personal in der Pflege	28	Öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken, Medienvielfalt erhalten	59
Nein zur überflüssigen Pflegekammer	29	Prävention und Sicherheit statt Überwachung und Angst	60
Solidarische Pflegeversicherung	29	Versammlungsfreiheit stärken.....	62
Fortschrittliche Drogenpolitik durchsetzen	29	Wir wollen ein friedliches Land. Für alle. ..	63
Gute Arbeit, guter Lohn	31	Finanzpolitik sozial gerecht gestalten	64
Gute Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft	34	Eine starke LINKE verändert das Land	67

Eine neue Politik für alle Menschen – Zeit für Veränderung

DIE LINKE ist die Partei des demokratischen Sozialismus. An erster Stelle stehen für uns Solidarität und der Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Wir alle wollen in einem Land leben, in dem wir uns wohlfühlen. In dem es uns gutgeht, wo wir guten Lohn für gute Arbeit bekommen. Wo es bezahlbaren Wohnraum gibt, wo für unsere Gesundheit gesorgt ist und wo unsere Kinder umfassende Bildung und eine gute Berufsausbildung bekommen. In dem wir mobil sind durch kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr, wo die Umwelt intakt ist und das Zusammenleben stimmt. Für dieses Schleswig-Holstein setzt sich DIE LINKE ein.

Wir stellen fest: Es gibt massive Probleme in unserem Land: Kinder- und Altersarmut steigen, die Mieten in den Ballungsräumen explodieren, und bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Die Kürzungspolitik durch die Schuldenbremse verhindert dringend notwendige Investitionen in unsere Schulen, kulturellen Einrichtungen, das Gesundheitswesen oder in die Infrastruktur. Guter Lohn für gute Arbeit ist längst nicht Realität in Schleswig-Holstein: Der Niedriglohnsektor gehört zu den größten im gesamten Bundesgebiet. Die Zahl derjenigen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, steigt. Betroffen sind davon im Norden besonders Frauen und Alleinerziehende.

Hier setzt DIE LINKE an: Wir setzen uns für ein Schleswig-Holstein ein, in dem ein Kind zu bekommen kein Armutsrisiko ist, in der der Reichtum unserer Gesellschaft nicht Wenigen, sondern Allen zugutekommt. Wir wollen ein Schleswig-Holstein,

das ein gutes Leben für alle Menschen ermöglicht, die hier miteinander leben.

Wir machen nicht Politik aus der Ferne, wir sind Teil dieser Gesellschaft. Wir sind Schülerinnen und Schüler, Studierende, Mütter, Väter, Familien, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind heterosexuell, schwul, lesbisch oder was immer wir sein wollen. Wir leben, arbeiten und lieben in diesem Schleswig-Holstein. Wir sind engagiert in Frauenverbänden, sozialen Initiativen, in den Gewerkschaften, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen Ehrenämtern, wir helfen Geflüchteten. Wir kennen die Vorteile, die Schönheiten dieses Landes, aber auch seine Probleme. Auch wenn Mitmenschlichkeit und Solidarität gerade nicht hoch im Kurs zu stehen scheinen: Wir lassen uns unsere Haltung nicht nehmen. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden, Schutz unserer Lebensgrundlagen und mehr Demokratie bleiben die Ziele, für die wir ohne Wenn und Aber kämpfen.

Im Bundestag tun wir das erfolgreich mit einer starken Oppositionsfraktion. Wir treten an, um mit klaren Worten das Parlament in diesem Land wieder zu dem zu machen, wofür es eingerichtet wurde: zu einem Ort, an dem Politik nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch mit der Bevölkerung gestaltet wird.

DIE LINKE ist eine Mitmachpartei, in der alle mitbestimmen können, wie es weitergehen soll im Land. Wir sind der Stachel im Fleisch der anderen Parteien, die meinen, in Zeiten der gesellschaftlichen Krise sei „Weiter so“, die ewig gleiche Politik von Sozialkahltschlag, Privatisierungen und Schul-

denbremse, eine Option. Wir sind auch die Alternative zu denen, die meinen, Hass und Rassismus seien Antworten auf die aktuelle Krise. Wir kämpfen für ein weltoffenes, soziales, gerechtes und solidarisches Schleswig-Holstein. Wir haben eine Vorstellung davon, wie dieses Land aussehen soll, und konkrete Projekte, die wir nach der Wahl angehen.

Wir wissen auch: Einige Dinge können wir in der Landespolitik nicht direkt verändern. Aber indi-

rekt, indem wir auf die Bundespolitik einwirken, indem das Land Schleswig-Holstein beispielsweise über den Bundesrat Druck macht. Und was dann, angeschoben im Land und durchgesetzt im Bund, zurückkommt, hilft allen Menschen in Schleswig-Holstein.

Hartnäckig und konsequent, kompetent und verantwortungsbewusst: DIE LINKE ist sozial auch nach der Wahl. Ab dem 7. Mai 2017 auch im Landtag.

Schleswig-Holstein sozial gerecht gestalten

Armut bekämpfen. Damit alle, die hier leben, gut leben.

Die rot-grün-blaue Koalition versucht sich ein soziales Image zu geben, die Zahlen aber sagen etwas Anderes. Kinder- und Altersarmut wachsen weiter, bei prekärer und atypischer Beschäftigung liegt Schleswig-Holstein weit vorne. Hier arbeiten 170.000 Menschen in Minijobs, und 27 Prozent der Vollzeitbeschäftigten erhalten nur Niedriglöhne. 40.000 Menschen können von ihrem Lohn nicht leben.

Das Land, das der HSH Nordbank immer neue Milliardenkredite gewährt, „leistet“ sich 120.000 Kinder, die in Armut leben. Dass mehr als jedes sechste Kind in Schleswig-Holstein in Armut lebt, macht deutlich: Wenn Kredite für die Banken gebraucht werden, werden sie gewährt, komme was wolle. Für Investitionen in unsere Kinder, in unsere Zukunft stehen aber scheinbar keine Kredite zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund dieser Verarmung immer weiterer Teile unserer Gesellschaft im Land und der Frage nach den Ursachen wird die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) zunehmend lauter.

Eine zentrale Ursache von Kinderarmut ist die Armut von Eltern, von Familien: Von Armut bedroht sind in Schleswig-Holstein besonders Alleinerziehende, von denen 41 Prozent Hartz-IV-Leistungen beziehen, um ihre und die Existenz ihrer Kinder sichern zu können. Ein steigendes Problem in Schleswig-Holstein ist auch die Altersarmut. Mehr als sechs Prozent der Rentner und Rentnerinnen müssen arbeiten, weil die Rente nicht zum Leben reicht. Bei ihnen hat sich die Zahl derer, die Grundsicherung beziehen, in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, wobei davon auszugehen ist, dass weniger als die Hälfte derjenigen, die Anspruch auf Zusatzleistungen hätten, diese auch in Anspruch nimmt. Eine Gruppe, die mit 40 Prozent ebenfalls besonders von Armut bedroht ist, sind Menschen mit Migrationshintergrund.

Schleswig-Holstein investiert nicht nur zu wenig in die Infrastruktur, sondern auch zu wenig in die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen. Wir wollen, dass in Schleswig-Holstein kein Kind in Armut leben muss, keine Rentnerin und kein Rentner arbeiten muss, weil sie von ihrer Rente nicht leben können. Es ist unerträglich, dass in unserem reichen Land Kinder zum Armutsrisiko geworden sind, dass der schulische Erfolg von Kindern immer noch vom Geld der Eltern abhängt. Die Bekämpfung der Kinder- und der Altersarmut, der Armut von Alleinerziehenden und Menschen, die nur Niedriglöhne bekommen, steht bei uns ganz oben. Fest steht: Soll sich grundlegend etwas ändern, brauchen wir auch auf Bundesebene einen radikalen Kurswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit.

Unsere Forderung bleibt „Weg mit Hartz IV“. Wir machen uns sowohl im Bund als auch in den Ländern für eine existenzsichernde Grundsicherung stark, die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen führen wir schon lange und intensiv. Ein erster Schritt wäre die Einführung einer Kindergrundsicherung – hier setzen wir uns für eine Bundesratsinitiative ein.

Wir sind der Ansicht, dass es keine Kürzungen des Existenzminimums geben darf. Deshalb lehnen wir die Sanktionspraxis ab und argumentieren gegen sie in Bund, Land und vor Ort.

Schleswig-Holstein muss sich für einen Mindestlohn einsetzen, der oberhalb der Armutsgrenze liegt und eine existenzsichernde Rente garantiert.

Eine Mindestrente ist notwendig, da über viele real gezahlte Gehälter kein Aufbau von Altersvorsorge möglich ist. Hier treten wir für eine Bundesratsinitiative ein, um diese Forderung zu verwirklichen.

Jährlich wird in Schleswig-Holstein 11.000 Haushalten der Strom abgestellt. Wir fordern ein Verbot von Stromsperrern.

Wir machen uns für hauptamtliche, unabhängige Beratungsstellen zu allen sozialrechtlichen Belangen stark, die Beratung kostenfrei anbieten. Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen ihre Rechte kennen und durchsetzen können.

Damit Kommunen Sozialtickets für den öffentlichen Nahverkehr, aber auch ermäßigte Eintritte für kulturelle Veranstaltungen, Kino, Theater, Schwimmhallen, Volkshochschulkurse und ähnliches finanzieren können, müssen sie vom Land mit entsprechenden zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden. Um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und stigmatisierende Behördengänge zu vermeiden, sollen Sozialtickets und Sozialpässe automatisch an Berechtigte versendet werden. Öffentliche Förderung von Kultureinrichtungen wollen wir von der Beteiligung an Sozialpass-Modellen abhängig machen.

Kinder und Familien fördern

DIE LINKE wird sich im Landtag für eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung einsetzen, die alle Kinder und Jugendlichen aus Armut befreit, ihnen gute gesellschaftliche Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und sie vor Ausgrenzung und Diskriminierung schützt.

Wir setzen uns ebenso dafür ein, dass Kindergeld nicht mehr auf Transferleistungen angerechnet wird. Jedes Kind ist uns gleich lieb und teuer.

DIE LINKE fordert zudem den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten. Aktuell besuchen nur 31 Prozent der unter Dreijährigen eine Krippe. Dennoch fehlen schon jetzt 1700 vollzeitbeschäftigte Fachkräfte für ein kindgerechtes Betreuungsniveau. Statt Eltern 100 Euro Krippengeld zuzusprechen, fordert DIE LINKE einen bedarfsgerechten Ausbau und einen generell betragsfreien Zugang zu Kindertagesstätten und Krippen.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ebenso wie der auf einen Schulplatz muss in Schleswig-Holstein auch für geflüchtete Kinder gelten und umgesetzt werden. Auf diese Weise wird frühzeitig Integration gelebt und gefördert.

Das nachschulische Betreuungsangebot muss ausgebaut werden, sowohl in Ganztagschulen als auch in kostenfreien Hortangeboten. Wir sind für die Schaffung von 24-Stunden Kitas und verlängerten Öffnungszeiten, die den realen Zeiten der Arbeitswelt angepasst sind. Generell sollten 24-Stunden-Kitas jedoch die Ausnahme bleiben. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen bei der Bereitstellung entsprechender Angebote organisatorisch und/oder finanziell in die Pflicht genommen werden.

Alle Kinder und Jugendlichen müssen am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Eltern. Nach wie vor ist das kostenfreie Angebot unzureichend. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Leistungen aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket zeitnah, zielgerichtet und in einem einfachen Verfahren ausbezahlt werden. Wir wollen, dass die Leistungen zur Nachhilfe und Teilhabe dabei ebenso direkt in die Infrastruktur fließen. Das würde bedeuten, dass mehr Lehrkräfte an den Schulen und eine verbesserte finanzielle Ausstattung für alle sozialen, sportlichen und kulturellen Angebote von Vereinen und Verbänden möglich sind.

Auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen Stellen aufgestockt werden, ohne sie in anderen Bereichen zu streichen. Die Einrichtungen und Angebote sollen ausreichend finanziell ausgestattet sein und mehrjährig festgeschrieben werden. Die andauernde Praxis befristeter Projektförderungen steht dem Aufbau einer langfristig wirksamen Unterstützung im Weg. In der kommunalen Jugendarbeit müssen spezifische Angebote für Mädchen und Jungen organisiert

werden. Wir unterstützen die interkulturelle Öffnung der Angebote und eine aktive antifaschistische Bildungsarbeit, die in diesen Zeiten notwendiger denn je ist.

Weitere Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Familienhilfe werden wir nicht hinnehmen. Im Gegenteil: Die Ausgaben hierfür müssen angesichts steigender Kinder- und Jugendarmut in unserem Bundesland dringend erhöht und nachhaltiger eingesetzt werden. Qualitätsstandards werden durch Fachkräfte gewährleistet, nicht durch unausgebildete Kräfte.

Für DIE LINKE ist Familie dort, wo Kinder aufwachsen und wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das geschieht in unserem Land in vielfältigen Formen. Neben der klassischen Kleinfamilie gibt es alleinerziehende Eltern, Patchwork- und Regenbogenfamilien mit zwei Müttern oder zwei Vätern und vieles mehr. Dennoch werden diese Lebensformen von der staatlichen Familien- und Steuerpolitik diskriminiert. Hier muss das Land im Bundesrat entschieden auf Reformen in der Bundesgesetzgebung hinwirken.

Seniorinnen und Senioren nicht auf das Abstellgleis schieben

In Schleswig-Holstein beziehen die Menschen ihre Renten in den meisten Fällen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Niedriglöhne und Langzeitarbeitslosigkeit führen aber zwangsläufig in die Altersarmut, von der besonders Frauen betroffen sind.

Wir werden uns weiterhin entschlossen für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, gegen Rentenungerechtigkeit und für eine menschenwürdige und existenzsichernde Rente einsetzen, damit Menschen am Ende ihres Arbeitslebens nicht in Armut leben müssen. Die

Rente erst ab 67 sowie weitere Erhöhungen des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

Ältere Einwohnerinnen und Einwohner haben oft herausragende Qualifikationen. Auf ihre Lebenserfahrung, ihr Wissen und ihre Kenntnisse darf auch in Schleswig-Holstein nicht verzichtet werden. DIE LINKE setzt sich für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ein. Wir wollen ihre Rechte in Mitwirkungsgruppen in Kommunen, Kreisen und auf der Ebene der Landespolitik deutlich ausweiten.

Darüber hinaus will DIE LINKE:

- Politik für Seniorinnen und Senioren angemessen in Gesundheits-, Bildungs-, Verkehrs-, Kultur- und Wohnungspolitik verankern.
- Ein wohnortnahes und dezentrales System ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung als Einheit medizinischer, pflegerischer und sozialer Betreuung einrichten.
- Über Bundesratsinitiativen für die Erhaltung der gesetzlichen Rentenversicherung und die Rücknahme von Kürzungsfaktoren in der Rentenformel kämpfen. Die gesetzliche Altersvorsorge muss zu einem universellen System ausgebaut werden, in welches jede und jeder einzahlt und in dem alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden.
- Gerade ältere Frauen sind von Armut im Alter betroffen. Wir setzen uns für eine existenzsichernde Mindestrente zur Verhinderung von Altersarmut ein.

Für mehr Teilhabe

DIE LINKE. Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderung umfassend am öffentlichen Leben teilhaben können. Wir wollen gerade diese Gruppe stärker in den Fokus rücken und speziell Familien mit Angehörigen, die zu Hause auf Hilfe angewiesen sind, stärken. Ausgangspunkt ist, dass Menschen mit Handicap durch unzureichende Voraussetzungen an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert werden. Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Teilhabe und menschenwürdige Versorgung, auch im öffentlichen Raum. Unser Maßstab ist dabei die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die die Bundesrepublik zwar unterschrieben hat, der sie aber in ihrer Gesetzgebung nicht gerecht wird.

Weder die Reform des Behindertengleichstellungsrechts noch die Änderungen im Bundesteilhabegesetz werden den von den Vereinten Nationen definierten Grundsätzen gerecht. Das Land Schleswig-Holstein muss sich für eine Änderung dieser Gesetze und Anpassung an internationale Standards einsetzen. Zusammen mit den Betroffenen werden wir dafür im Landtag kämpfen.

Öffentliche Einrichtungen und Einrichtungen der Privatwirtschaft dürfen nur gefördert werden, wenn sie die Ansprüche an Barrierefreiheit und Inklusion erfüllen. Barrierefreiheit muss im öffentlichen Raum und in der Privatwirtschaft der Regelfall, nicht die Ausnahme werden. Was in anderen Staaten möglich ist, sollte auch hier möglich sein.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist gerade bei der Betreuung und Pflege von Menschen mit Handicap zentral. Er darf nicht dem Kostenprinzip geopfert werden. Maßstab müssen die Bedürfnisse der Betroffenen und ihr Recht auf eine selbstbestimmte, ungehinderte Lebensführung sein.

Jede Stadt muss ausreichend behindertengerechte Toiletten zur Verfügung stellen, warten und mit genügend Toilettenbedarfsartikeln betriebsbereit halten. Zuzahlungen für die Benutzung darf es nicht geben. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht aus Mangel an ausreichenden Toiletten vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden.

Wir fordern für alle Familien, die einen Angehörigen ab Pflegestufe 2 alleine zu Hause pflegen (d.h. ohne Hilfe eines Pflegedienstes), ein Teilhabegeld von mindestens 150 Euro. Dieses Geld ist nicht auf andere Sozialleistungen anzurechnen

und soll dazu dienen, dass die Familie gemeinsam die Freizeit gestalten kann. Die Sparguthabengrenze in Höhe von 2800 Euro für Menschen mit Handicap gehört abgeschafft. Ein gerechtes Steuersystem, das alle Menschen gleichermaßen und gerecht zur Finanzierung gesellschaftlicher Teilhabe heranzieht, ist die Alternative.

Nachteilsausgleiche sollen nicht nur für Blinde, sondern auch für alle anderen Personen mit einem Schwerbehindertenstatus gewährt werden.

Gutes Wohnen muss für alle bezahlbar sein

In Schleswig-Holstein herrscht Wohnungsnot. Zum einen fehlen nahezu überall bezahlbare Wohnungen, zum anderen steigen seit Jahren in vielen Landesteilen die Wohnungsmieten stark an.

In diesen Regionen Schleswig-Holsteins macht sich dies besonders bemerkbar

- in den Randgebieten Hamburgs, dem sogenannten „Speckgürtel“,
- in den drei großen Städten Kiel, Lübeck und Flensburg,
- in vielen mittelgroßen Städten auch außerhalb des Hamburger Randgebietes,
- in attraktiven Feriengemeinden, z.B. auf Sylt und anderen Nordseeinseln sowie an Teilen der Ostseeküste und in Teilregionen des Festlands.

In den Randgebieten Hamburgs wirkt die Großstadt als „Mietenmagnet“. Dort stiegen die Wohnungsmieten innerhalb weniger Jahre um bis zu 20 Prozent. Unter anderem durch den Zuzug aus

Hamburg in die Randgebiete schlagen die dort steigenden Mieten stärker zu Buche als im Landesdurchschnitt.

Ähnlich sieht es in den größeren Städten Schleswig-Holsteins aus. Insbesondere bei den stark nachgefragten kleineren Wohnungen, Neubaugewohnungen und Wohnungen in gutem Zustand sind die Mieten stark gestiegen.

Dies trifft mehrere große Bevölkerungsgruppen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, besonders hart. Dazu gehören neben Geringverdienenden und Menschen mit Minijob, deren Anteil in einigen Landesteilen bis zu 50 Prozent der Beschäftigten beträgt, auch von Armut betroffene ältere Menschen, Alleinerziehende, ältere Singles, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende, befristet Beschäftigte und Menschen, die Sozialleistungen beziehen.

Diese Situation ist nicht über Nacht entstanden. Sie ist Folge der herrschenden Politik: Sozialer Wohnungsbau in öffentlicher Regie findet in Schleswig-Holstein so gut wie gar nicht mehr statt, während seit fast 30 Jahren jährlich immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung fallen und damit guter und bezahlbarer Wohnraum ersatzlos wegbricht.

Die historisch niedrigen Zinsen machen zudem öffentliche Fördermittel mit Zweckbindung für die private Bauwirtschaft unattraktiv.

Hinzu kommt ein hoher Leerstand von Wohnungen, besonders in den Zentren der größeren Städte. Hier wird Wohnraum oft zum Spekulationsobjekt – auf dem Rücken der vielen Wohnungssuchenden und zu Lasten der Qualität der Innenstädte.

In den größeren Städten und auch in den touristisch besonders attraktiven Gebieten Schleswig-Holsteins werden zahlreiche Wohnungen als Ferienwohnungen zweckentfremdet. In schwachen Saisonmonaten stehen sie monatelang leer. Die steigende Zahl dieser zweckentfremdeten Wohnungen verstärkt die Wohnungsnot noch zusätzlich. Frühere Gesetze zum Zweckentfremdungsverbot sowie zur Leerstandsverordnung wurden schon vor Jahren außer Kraft gesetzt oder werden nicht mehr angewendet.

Die seit wenigen Jahren um sich greifende und oft staatlich geförderte Modernisierung älterer Wohnungen verteuert für viele Menschen das Wohnen erheblich. Die privaten Vermieterinnen und Vermieter streichen dabei die Fördermittel ein und treiben danach entweder die Mieten in die Höhe oder wandeln den Wohnraum in Eigentumswohnungen um. Viele der dort lebenden Menschen können nach der Modernisierung die Mieten nicht mehr zahlen und werden zum Wegzug gezwungen. So entsteht nach und nach eine soziale Umgestaltung ganzer Wohnviertel zu Lasten der vielen Ge-

ringverdienenden. Sie reißen sich noch zusätzlich in die große Zahl der Wohnungssuchenden ein.

DIE LINKE stellt klar: Die seit Jahren vorangetriebene energetische Sanierung von Mietshäusern soll dem Klimaschutz dienen, darf aber nicht zur Vertreibung von Mieterinnen und Mietern führen. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Modernisierung einer Wohnung kann zur Armutsfalle werden und ist Hauptgrund für die gesellschaftliche Umgestaltung in unseren Städten.

Wir sehen die dramatische Wohnungsnot nicht nur als finanzielles Problem. Sie hat die soziale Gerechtigkeit in eine gefährliche Schieflage gebracht, unter der viele Menschen im Land leiden.

Wohnen ist ein Grundrecht

Wohnen ist ein Grundrecht. Dieser Grundsatz muss in die Landesverfassung aufgenommen werden. Wir wollen, dass sich die Wohnungspolitik nicht dem Diktat der Marktgesetze unterwirft. Da wir Wohnen als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge verstehen, muss auch hier der Vorrang der Politik gegenüber der Wirtschaft durchgesetzt werden.

DIE LINKE will die Wiederherstellung der sozialen Funktion der Wohnungspolitik und die Beschränkung von Verfügungsrechten der Eigentümer.

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung der sozialen Funktion des Wohnungsmarktes durch die Stärkung kommunaler Wohnungsgesellschaften, durch Unterstützung von Wohnungsgenossenschaften und deren Neugründung sowie durch die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit.

Spekulation mit leerstehendem Wohnraum muss durch die Gesetzgebung unmöglich gemacht werden. Wer mit Wohnraum spekuliert, spekuliert mit der Not der Menschen.

Öffentlicher Grund und Boden muss in öffentlicher Hand bleiben. Bereits privatisierte Immobilien müssen zurückgekauft, öffentlicher Grund und Boden darf nur in Erbpacht vergeben werden. Nur so können wir auch für die Zukunft die städteplanerische Handlungsfreiheit der Kommunen erhalten.

Die derzeitige öffentliche Förderung für private Investoren beim Wohnungsbau sowie der Luxussanierung von Mietshäusern muss beendet werden. Sie hat die Mieten nicht gedeckelt, sondern erst recht in die Höhe getrieben. Die Profitgier privater Investoren durch überzogene Mieterhöhungen und die Umwandlung in privates Wohneigentum mit daraus folgender Spekulation muss gestoppt werden.

DIE LINKE will die Wohnungsprivatisierung stoppen und die Privatisierungsprozesse von kommunalem Wohneigentum der Vergangenheit korrigieren. DIE LINKE tritt für eine Reform der Kommunalfinanzen ein, die es den Kommunen ermöglicht, bereits privatisierte Bestände zurückzukaufen, soweit es zur Versorgung der Gemeinde mit Sozialwohnungen bzw. für alle bezahlbaren Wohnungen erforderlich ist.

Der Anteil von Wohnungen in öffentlicher Hand oder von Genossenschaften, hauptsächlich durch öffentlich geförderten, gemeinnützigen Wohnungsbau ist zu erhöhen. Regional unterschiedlich sind ausreichend Wohnungen als Sozialwohnungen vorzuhalten. Die Rechte der Mieterinnen und Mieter müssen gesichert und gestärkt werden.

In den Universitätsstädten des Nordens muss in Kooperation mit den Gemeinden dafür gesorgt werden, dass die Wohnheimplatzquote zumindest dem bundesdeutschen Durchschnitt entspricht.

DIE LINKE will die zunehmende Gentrifizierung, das heißt die Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus innerstädtischen und attraktiven Vierteln, stoppen, die sich insbesondere

in den Städten weiter verschärft. Wohnungsbau soll ressourcen- und bedarfsgerecht, barrierefrei und auch für alternative Wohnformen (z.B. Wohngemeinschaften) gestaltet sein.

Wir wollen die Möglichkeiten zu alternativen Wohnformen fördern und zum festen Bestandteil der Wohnungspolitik machen – im Sinne eines solidarischen Zusammenlebens. Gute Konzepte gehen bei uns vor Profit. Grund und Boden muss in öffentlicher Hand bleiben, um die Handlungs- und Planungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Zehn erste Schritte gegen Wohnungsnot

DIE LINKE wird sich im schleswig-holsteinischen Landtag für folgende konkrete Punkte einsetzen; für nur bundespolitisch zu ändernde Regelungen wird DIE LINKE auf entsprechende Bundesratsinitiativen der Landesregierung drängen. Langfristig ist ein öffentlicher Wohnraumbedarfsplan zu erstellen.

1. Mieterschutz und Mieterrechte stärken, Mietobergrenzen einführen

DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Mietpreisbindung bei öffentlichen, öffentlich geförderten und steuerlich begünstigten Wohnungen. Zur Berechnung der kostendeckenden Miete bilden die Kosten des Gebäudes, Bedienung der Kredite, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten sowie Rücklagen die Grundlage.

Ohne Wohnwert verbessernde Maßnahmen sind Mieterhöhungen nur im Rahmen des Inflationsausgleichs möglich. DIE LINKE fordert ein Mieterhöhungsverbot bei Mieterwechsel.

DIE LINKE fordert eine Mietobergrenze, die als Rechtsanspruch auf eine Miete in Höhe von 30% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens für Bestands- und Neuvertragsmieten verbindlich sein

sollte. Es ist öffentliche Aufgabe, Wohnen für diejenigen zu sichern, die ihre eigene Existenz allein nicht bestreiten können.

In den landesrechtlichen Vorgaben zu den Kosten der Unterkunft muss festgelegt sein, dass nur dann zur Kostensenkung der Wohnkosten aufgefordert werden darf, wenn im Wohnungsumfeld der Betroffenen entsprechender freier Wohnraum vorhanden ist.

2. Spekulationen, Eigentumswohnungsboom und Zweckentfremdung stoppen

Eigentumswohnungsboom stoppen: Die Kündigungsbeschränkung bei Umwandlung ist von 10 auf 15 Jahre zu verlängern (§ 577a BGB).

Milieus schützen, Luxusmodernisierung verhindern: Paragraph 172 im BauGB zum Milieuschutz ist so zu novellieren, dass ein Blankoscheck für Vermieter zur Genehmigung von Luxusmodernisierungen vermieden wird und auch die notwendige energetische Sanierung im Quartier nicht zur Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit geringem Einkommen führt.

3. Öffentlichen sozialen Wohnungsbau neu beleben

DIE LINKE fordert die Stärkung der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus sowie die Erhöhung und Festschreibung der Städtebaufördermittel. Nutznießer müssen kommunale Wohnungsgesellschaften sowie Genossenschaften sein. Förderprogramme, die der Subventionierung privater Anleger dienen, lehnt DIE LINKE ab.

Kommunen müssen als Bauherrinnen und auch als Vermieterinnen auftreten und sich an den Interessen von Mieterinnen und Mietern orientieren. Kommunaler Wohnungsbau muss ohne Profitabsichten, gemeinwohlorientiert, ökologisch, ressourcenschonend, barrierefrei und energieop-

timiert errichtet und nach diesen Grundsätzen bewirtschaftet werden, Nachbarschaftsangebote vorsehen und Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensweisen entsprechen. Es ist Aufgabe kommunaler Wohnungsgesellschaften, zu einem niedrigen und sozial verträglichen Mietenniveau beizutragen.

DIE LINKE fordert die Gründung öffentlicher Wohnungsbauunternehmen auch in der Regie des Landes Schleswig-Holstein. Fördermittel des Landes sollen für eine landeseigene soziale Wohnungswirtschaft verwendet werden anstatt privaten Investorinnen und Investoren zur Mehrung ihres privaten Profits zu dienen. Die Erträge landeseigener Wohnungsunternehmen müssen dem Neubau und Erhalt von öffentlichen Wohnungen vorbehalten bleiben.

4. Privatisierung stoppen, gemeinnützige Wohnungswirtschaft neu entwickeln

DIE LINKE wendet sich gegen die weitere Privatisierung von öffentlichem Wohnraum. Sie fordert Bundesmittel zur Förderung kommunaler Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. Auch die Rekommunalisierung privatisierter Wohnungsbestände und von Unternehmen der Ver- und Entsorgung gehören zu den Voraussetzungen einer gemeinnützigen Wohnungswirtschaft.

5. Barrierefreies Wohnen ausbauen

In 15 Jahren werden in mindestens einem Viertel der privaten Haushalte Menschen mit Behinderungen und/oder ältere Menschen wohnen. Sie benötigen barrierefreien Wohnraum, um so lange wie möglich und von ihnen selbst gewünscht in ihren Wohnungen bleiben zu können. Die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen schreibt vor, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben sollen. Dazu gehört auch das entsprechende Wohnumfeld einer selbstge-

nutzen, barrierefreien Wohnung. Die meisten älteren und behinderten Menschen ziehen das selbstbestimmte Leben in einer privaten Wohnung dem Heimaufenthalt vor. Schon jetzt haben wir Wohnungsnotstand für ältere und behinderte Menschen. Wir fordern, durch Neubau, Umbau und Nachrüstung ausreichend zusätzliche barrierefreie Wohnungen zu schaffen. Verbindliche Rechtsgrundsätze dazu müssen in der Novelle des Baugesetzbuches und der Landesbauordnung Schleswig-Holsteins geregelt werden.

6. Energetische Sanierung mieterfreundlich gestalten

Die Maßnahmen und Kosten energetischer Sanierung gehen einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. DIE LINKE fordert die Aufstockung der Fördermittel für Gebäudesanierung und -modernisierung, um die Sanierungsquote zu verdoppeln. Die Modernisierungsumlagen sind zu reduzieren und zu befristen.

7. Wohnen und Stadtplanung sind Bereiche der Beteiligung und direkten Demokratie

Die LINKE fordert die Stärkung von Mieterbeiräten und Mietervereinen sowie die Bürgerbeteiligung bei der Stadtplanung. Deshalb ist eine enge Verknüpfung von Stadtentwicklung und Wohnungspolitik notwendig.

Die Einwohnerinnen und Einwohner müssen bei Bauleitplanungen aktiv und verbindlich beteiligt werden und somit an der Zukunft ihrer Städte und Quartiere mitarbeiten können. Ergebnisse der Beteiligung sind von Politik und Verwaltung umzusetzen.

Bei der Durchsetzung der Interessen von Mieterinnen und Mietern baut die LINKE auf eine enge Partnerschaft mit Mieterinitiativen, Mietervereinen und Mietergemeinschaften. Mietberatungen

sind flächendeckend für alle Einwohnerinnen und Einwohner kosten- und gebührenfrei zu gewährleisten.

8. Alle Bauformen zur Schaffung von Wohnraum nutzen, alternative Wohnformen fördern

Neben dem grundsätzlichen Neubau von Sozialwohnungen müssen insbesondere bei drängendem Wohnungsmangel in den Städten Umbau, Anbau und Zubau ebenso ermöglicht werden. Dazu gehören u.a. zusätzliche Wohngeschosse und Anbauten. Vorhandener Wohnraum muss vor willkürlichem Abriss geschützt werden: Was bewohnbar ist, muss bewohnt werden dürfen.

DIE LINKE fordert die Förderung alternativer Wohnformen durch Hilfen bei der Grundstücksregelung und deren Finanzierung.

9. Leerstands- und Zweckentfremdungsabgaben wiedereinführen

Leerstand muss durch gesetzliche Maßnahmen wie z.B. Leerstands- und Zweckentfremdungsverbote verhindert werden. Gesetzliche Maßnahmen hierfür sind schnell einzuleiten.

Wo sich Leerstand und Zweckentfremdung nicht anders verhindern lassen, müssen auch Mittel der Beschlagnahme sowie der gesetzlich zulässigen Enteignung eingesetzt werden können.

10. Soziale Verwerfungen verhindern

DIE LINKE fordert eine sozial gerechte Mietpolitik, um eine soziale Durchmischung in allen Wohngebieten zu ermöglichen. Sie ist notwendig, um keine Armutsquartiere und sozialen Brennpunkte entstehen zu lassen. Dies ist bei der generellen Planung wie auch bei Bauvorhaben aller Art zu berücksichtigen.

Konsequent für gute Bildung und bessere Ausbildungsbedingungen

Gute Bildung ist zentraler Bestandteil und Voraussetzung für die freie, eigenständige Entwicklung jedes Menschen und Bedingung für eine freie, offene und demokratische Gesellschaft.

Voraussetzung dafür ist ein Bildungssystem, das allen ein allseitiges, individuelles und eigenständiges lebenslanges Lernen ermöglicht. Alle Menschen sollen größtmöglichen Einfluss darauf nehmen können, wann, wo, was und wie sie lernen. Erst dadurch können Erziehende, Auszubildende und Unterrichtende gleichberechtigte Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe mit den Lernenden werden; gleiches gilt für die Lernenden untereinander.

Im Widerspruch dazu steht das gegenwärtige Bildungssystem: Mit den Mitteln der Konkurrenz der Lernenden untereinander und der sozialen Selektion zielt es, beim Einsatz möglichst geringer finanzieller und personeller Ressourcen, hauptsächlich auf die Ausbildung von Hierarchien und die Optimierung der wirtschaftlichen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Linke Bildungspolitik kann sich vor diesem Hintergrund nicht nur auf einzelne Reformen im Bildungssystem beschränken. Wir sehen das Bildungssystem im Gesamtzusammenhang unserer heutigen Gesellschaft. Der Kampf um eine Bildungspraxis, die dem Menschen dient und nicht der wirtschaftlichen Verwertbarkeit, kann letztlich nur im Zusammenhang mit dem Streiten für eine andere Gesellschaft geführt werden.

Dennoch hat DIE LINKE auch für das Hier und Jetzt konkrete bildungspolitische Forderungen, die zumindest ein Schritt in die richtige Richtung sind,

hin zu mehr Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. In keinem vergleichbaren Staat der Erde ist der Schulerfolg so stark von Einkommen und Vorbildung der Eltern abhängig wie in Deutschland. Und in Schleswig-Holstein – so die erschreckenden Ergebnisse auch der aktuellen Ländervergleiche und Bildungsberichte – ist die soziale Herkunft von Kindern noch stärker als in den meisten anderen Bundesländern für die Qualität ihres Bildungsabschlusses verantwortlich. Die Antwort der Landesregierung darauf ist keine großangelegte Investition in die Bildung, sondern nur eine Verlangsamung der geplanten Kürzungen bis zur Wahl. Die Landesregierung verzichtet bis zum Jahr 2017 lediglich auf die Streichung von 968 Stellen, anstatt neues Personal an Schulen und Hochschulen einzustellen.

Im vorschulischen Bereich ist die Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres abgeschafft und trotz 2012 deutlich geäußerter Wahlversprechen seitens der SPD immer noch nicht wiedereingeführt worden. Die Beschäftigten in den Kindertagesstätten und Krippen sind nach wie vor unterbezahlt und die Rahmenbedingungen katastrophal.

Das Kooperationsverbot im Bildungssystem, wonach der Bund kein Geld in die Bildungssysteme der Länder stecken darf, lehnen wir ab.

Kaum ein anderes Bundesland gibt noch weniger Geld für sein Bildungssystem, für die Zukunft seiner Kinder aus als Schleswig-Holstein. Das wollen, das müssen wir ändern.

Gute Betreuung und Bildung für unsere Kleinsten

Seit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz hat ein erheblicher Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen stattgefunden. Bemängelt wird jedoch weiterhin, dass es zu wenig Angebote für Ganztagsbetreuung gibt – der Landesdurchschnitt liegt bei 31 Prozent. Die Öffnungszeiten stimmen nicht mit dem Bedarf arbeitender Eltern überein. Zudem sind die Kinder einkommensschwacher Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. Von einem schlüssigen Förderkonzept für die Null- bis Sechsjährigen ist man weit entfernt.

In Schleswig-Holstein hat jedes fünfte Kind unter sechs Jahren einen sogenannten Migrationshintergrund. Diese Kinder sind nach wie vor von eingeschränkten Bildungschancen und besonderen Entwicklungsrisiken betroffen.

Frühkindliche Bildung ist sehr viel wichtiger als es vor zwanzig oder dreißig Jahren noch angenommen wurde. Die Kinder in dieser Phase nicht zu fördern ist fatal. Kinder, mit denen nicht gesprochen wird, lernen auch nicht, korrekt zu sprechen. Kinder, deren Fragen nicht beantwortet werden, hören auf, Fragen zu stellen. Wem nicht vorgelesen wird, der wird viel schlechter lesen lernen. Kinder forschen, beobachten, hören zu, ahmen nach und denken, wenn sie ermutigt werden.

Es ist paradox, dass Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung eine Art Privatvergnügen geblieben sind, während die Hochschule von den Ländern finanziert wird. DIE LINKE will das ändern. Für uns gehört die Kinderbetreuung in Krippe und Kita zur Bildung. Bildung muss kostenfrei sein – von der Krippe bis zur Hochschule.

Bei den Kindertagesstätten ist die Beitragsfreiheit des dritten Kita-Jahres durch die damalige schwarz-gelbe Landesregierung abgeschafft wor-

den. Im Landtagswahlkampf 2012 hatte die SPD angekündigt, dies wieder rückgängig machen zu wollen – passiert ist seitdem nichts. Stattdessen wurde kürzlich ein sogenanntes „Krippen-Geld“ von 100 Euro monatlich beschlossen, das auf Antrag an Eltern und Erziehungsberechtigte ausbezahlt werden soll, die ihre unter drei Jahre alten Kinder in Krippen betreuen lassen. Das Ziel einer beitragsfreien Kinderbetreuung wurde von der jetzigen Landesregierung in die ferne Zukunft verschoben.

Insbesondere die Gebühren für einen U3-Betreuungsplatz sind in den vergangenen fünf Jahren enorm gestiegen und sollen weiter ansteigen. Das sogenannte „Krippen-Geld“ ist ein durchschaubares Wahlgeschenk zum Ende der Legislaturperiode, das den Eltern und Erziehungsberechtigten keine tatsächliche Entlastung bringen wird. Stattdessen müssen den Kommunen unverzüglich Mittel zu Verfügung gestellt werden, um den weiteren Anstieg der Gebühren für Krippen und Kitas zu stoppen. Das Ziel einer beitragsfreien Kinderbetreuung muss bereits in der kommenden Legislaturperiode verwirklicht werden.

Bund und Länder hätten das Geld, wollen es aber nicht dafür ausgeben. In Schleswig-Holstein lagen die Ausgaben für frühkindliche Bildung in den vergangenen 15 Jahren weit unter dem Bundesdurchschnitt. Im Haushalt 2016 sollen es 194 Millionen werden – bei einem Gesamthaushalt von mehr als 11 Milliarden Euro sind das nicht einmal 2 Prozent für die frühkindliche Bildung.

Nur 31,4 Prozent der Kinder unter drei Jahren besuchen in Schleswig-Holstein eine Kindertagesbetreuung, obwohl sich nach Zahlen des Bundesfamilienministeriums über 70 Prozent der Erziehungsberechtigten in Schleswig-Holstein entsprechende Betreuungsangebote für ihre Kinder wünschen. Bundesweit steht Schleswig-Holstein damit auf dem vorletzten Platz.

Von den ausgebildeten Fachkräften in Schleswig-Holstein arbeiten 41 Prozent in Teilzeit, obwohl sie gerne mehr arbeiten würden, 35 Prozent haben nur einen befristeten Vertrag. So wird der Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern nicht beseitigt.

Mit einem engagierten Arbeitskampf sind die Beschäftigten der Kinderbetreuungseinrichtungen im Frühjahr 2015 für eine Aufwertung ihrer Berufe eingetreten und haben eine deutlich bessere Bezahlung und höhere Eingruppierungen gefordert. Nur teilweise wurden diese mehr als berechtigten Forderungen erfüllt. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Forderung nach einer Aufwertung der sozialen Berufe und wird bei neuerlichen Arbeitskämpfen erneut praktische Solidarität zeigen.

Auf eine vollzeitbeschäftigte Kita-Fachkraft kommen derzeit in Schleswig-Holstein durchschnittlich 3,7 ganztags betreute Krippen- oder 8,9 Kindergartenkinder. Trotz einiger Verbesserungen erreicht Schleswig-Holstein noch immer nicht die Empfehlungen für ein kindgerechtes Betreuungsverhältnis, denen zufolge bei den unter Dreijährigen eine Erzieherin bzw. ein Erzieher für höchstens drei Kinder verantwortlich sein sollte. Für die Altersgruppe ab drei Jahren sollte der Personalschlüssel nicht schlechter als 1 zu 7 sein.

Die frühkindliche Bildung, das soziale Lernen in der Gruppe eröffnet solidarische Chancen für zukünftige Generationen. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen gestellt. Deshalb streitet DIE LINKE für das Recht jedes Kindes auf allseitige Unterstützung und Förderung seiner Fähigkeiten auch durch die öffentliche Hand, unabhängig von sozialer Herkunft, unabhängig von dem Geldbeutel seiner Eltern.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Die Beitragsfreiheit für alle Krippen- und Kita-Jahre.
- Qualitativ hochwertige und flächendeckende Angebote zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren.
- Flexible Betreuungszeiten in Krippen und Kitas von mindestens zehn Stunden täglich.
- Die Schaffung von Betreuungsangeboten auch am Wochenende und in den Nachtstunden für erwerbstätige Eltern und Erziehungsberechtigte.
- Die Verbesserung des Personalschlüssels, so dass er schließlich für die Altersgruppe bis drei Jahre 1 zu 3 und ab drei Jahren 1 zu 7 beträgt.
- Die Aufwertung des Erziehungsberufs durch bessere Bezahlung.
- Den Ausbau des Sprachangebots in Kitas, sodass alle Kinder die deutsche Sprache erlernen können.
- Barrierefreie Kitas, damit Inklusion zeitnah umgesetzt werden kann.
- Eine individuelle, inklusive Betreuung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.
- Ein gutes Weiterbildungsangebot für Erzieherinnen und Erzieher.

Eine Schule für alle – all inclusive

Alle bisherigen Regierungsparteien haben es nicht geschafft, die Schulpolitik in Schleswig-Holstein so zu gestalten, dass sie Lehrenden und Lernenden gerecht wird. Die Lehrerinnen- und Lehrstellen an allgemeinbildenden Schulen wurden gekürzt, obwohl dort immer mehr Schülerinnen und Schüler lernen und Stundenausfälle an der Tagesordnung sind. Ein weiterer Anstieg des Unterrichtsausfalls und die Überlastung von Lehrenden und Lernenden ist die Folge.

Der Unterricht findet nach wie vor in Klassen mit teilweise über 30 Schülerinnen und Schülern statt. An vielen Ganztags- und Gemeinschaftsschulen wird das Nachmittagsangebot von pädagogisch nicht qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgedeckt.

Aufgrund der immer noch bestehenden Zweigliedrigkeit des schleswig-holsteinischen Schulsystems ist nach wie vor zu beobachten, dass das Gymnasium als die sozial privilegierte Schulform gesehen wird. Dem wird von der Landesregierung nicht entgegengewirkt, im Gegenteil: Sie verweigert die angemessene finanzielle und personelle Ausstattung für ein funktionierendes Gemeinschaftsschulsystem. Weiterhin sorgt die Umstellung auf G8 an den im Land vorhandenen Gymnasien für eine stärkere Selektion und mehr Druck auf die Schülerinnen und Schüler.

Aus unserer Sicht ist unter den gegebenen Umständen Inklusion nicht umsetzbar. Weder die Bedingungen noch die vorhandenen Strukturen lassen dies zu. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem rasanten Wandel. Eine Schule muss deshalb auch eine Schule im Wandel sein. Wir brauchen einen langfristigen Handlungsplan, um den Prozess einer Zukunftsschule mit dem Ziel einer Potentialentfaltung für alle gestalten zu können. Im ersten Schritt ist die Entlastung für alle Ak-

teure wichtig: mehr Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams (Lehrkräfte, Fachkräfte für Sozialpädagogik, Psychologie, Ergotherapie) und entsprechende Räumlichkeiten. Erst unter diesen Umständen können Schulen für einen Reformprozess gewonnen werden. In einer Austausch- und Planungsphase von mindestens fünf Jahren muss den Schulen die Gelegenheit gegeben werden, ihren Weg der Veränderung zu entwickeln.

Weitere fünf Jahre der Erprobung, Untersuchung und Bewertung sind notwendig, um am Ende dieses Prozesses eine Bildungsreform zu haben, die alle mitgestaltet. Dabei braucht das Rad nicht neu erfunden zu werden. In Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa haben sich bereits Schulen erfolgreich auf den Weg gemacht. Ihre Konzepte und Erfahrungen können und sollten für den schulischen Wandlungsprozess in Schleswig-Holstein genutzt werden (z.B. selbstbestimmtes Lernen durch jahrgangsübergreifende Lerngruppen, Abschaffung der Noten etc.).

Deutschland ist nach wie vor eines der Industrieländer, in denen die soziale Herkunft ausschlaggebend für Bildungserfolg ist. Unser aktuelles Bildungssystem steht nicht für Inklusion, sondern für Ausgrenzung, nicht für Teilhabe, sondern für Sicherung der Privilegien von Wenigen.

Wir wollen dem unsere Idee eines Bildungswesens entgegensetzen, in dem Menschen auf einer Schule für alle, der Gemeinschaftsschule, gemeinsam lernen.

Im Jahr 2017 sollte kein Kind an einer Schule vor einem Computer mit veralteter Software sitzen müssen und schon gar nicht in einem Klassenraum, in den es hinein regnet oder die Fenster nicht mehr richtig schließen.

Die Schule für alle ist für uns eine demokratische und partizipative Schule. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern und Erziehungsbe-

rechtigten, sondern insbesondere auch die Schülerinnen und Schüler müssen in Entscheidungsprozesse an der Schule einbezogen werden. Damit dies ohne Druck von externen Akteuren möglich ist, müssen Schulen in öffentlicher Hand oder unter Trägerschaft des dänischen Schulvereins und staatlich finanziert sein.

Das Ziel der Schule für alle soll im Gegensatz zum aktuell vorherrschenden Modell der möglichst schnellen Wertbarkeit auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt die Bildung von Persönlichkeit sein. Schülerinnen und Schüler sollen dazu ermutigt werden, zu hinterfragen, Entscheidungen selbst zu treffen und ihre Lernprozesse möglichst selbstständig zu steuern, anstatt die Schule als Ort der bloßen Wissensvermittlung zu sehen. An der Schule soll Erziehung zur Toleranz, Akzeptanz und Offenheit, die Rassismus, Faschismus und Sexismus in der Gesellschaft keinen Raum bietet, im Mittelpunkt stehen.

Wir werden uns im Landtag einsetzen für:

■ **Mehr Personal.** Schulen benötigen eine ausreichende personelle Ausstattung. Kürzungen von Lehrstellen müssen rückgängig gemacht und mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Generell muss angestrebt werden, den Klassenschlüssel zu senken. Weitere Stellen müssen in der Verwaltung, im schulpсихologischen Dienst und in der Schulsozialarbeit geschaffen werden. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl ist zurückzunehmen. Befristete Verträge sollte es nicht geben.

■ **Bessere Fortbildung.** Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nachmittags an Ganztagschulen arbeiten, müssen regelmäßig pädagogische Fortbildungen und Supervisionen angeboten werden. DIE LINKE tritt auch in diesem Bereich für unbefristete Verträge ein.

■ **Gerechte und gleichwertige Besoldung** (mindestens A 13) von Lehrerinnen und Lehrern soll es an allen Schulformen geben.

■ **Beendigung des Sanierungsstaus.** In maroden Gebäuden mit veralteter Ausstattung kann es keinen guten Unterricht geben. DIE LINKE wird im Landtag beantragen, die Kommunen laufend mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu unterstützen, bis der Sanierungsstau abgearbeitet ist.

■ **Eine Schule für alle.** DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass sämtliche Schulen in Schleswig-Holstein zu Gemeinschaftsschulen werden. Schülerinnen und Schüler sollen möglichst lange gemeinsam lernen. Während der Umstellung auf das Modell der Gemeinschaftsschule soll G8 an den Gymnasien abgeschafft und wieder durch ein G9-System ersetzt werden.

■ **Inklusion statt Exklusion.** Um eine inklusive Schule herzustellen, müssen bestehende Nachteile abgebaut werden. Die LINKE wird sich dafür einsetzen, die UN-Behindertenrechtskonvention an Schulen konsequent durchzusetzen. Ebenso sollen an Schulen verstärkt Schulsozialarbeit sowie ein von pädagogisch ausgebildetem Personal durchgeführtes Nachmittagsprogramm stattfinden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, Themen wie Geschlechterrollen, Heteronormativität, Sexismus, Rassismus und Machtverhältnisse im Unterricht zu behandeln und sich kritisch mit ihnen auseinanderzusetzen.

Weiter fordern wir:

■ **Wahlmöglichkeiten statt Zwang.** Mit der Umstellung auf G8 wurde in der Oberstufe auch das Kurssystem gestrichen und durch die Profil-

oberstufe ersetzt. DIE LINKE wird sich für ein Kurssystem in der Oberstufe einsetzen, damit Schülerinnen und Schüler wieder gemäß ihren Interessen lernen können.

■ **LER statt Konfessionell gebundenen Religionsunterricht.** An die Stelle des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts soll ein Fach Lebenskunde, Ethik, Religion (LER) treten, in dem verschiedene Weltanschauungen und Religionen behandelt werden.

■ **Andere Notengebung.** Eine rein auf Zahlen basierende Bewertung von Leistung bildet weder den Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler adäquat ab, noch hilft sie ihnen, ihre Fehler besser zu erkennen und zu korrigieren. Die LINKE wird sich dafür einsetzen, das bisherige Notensystem zu reformieren. Dazu gehört eine Abschaffung von Schulnoten bis einschließlich der 9. Klasse. Stattdessen sollen individuelle Fortschritte und Schwächen aufzeigende Lernberichte in allen Jahrgangsstufen, zu denen in der Oberstufe parallel auch das bereits eingesetzte Punktesystem angewandt werden soll, für die Schülerinnen und Schüler erstellt werden.

■ **Gleiche Teilhabe für alle.** Eine Schule für alle muss auch allen die gleichen Chancen bieten. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass kein Aspekt der Teilhabe am Schulleben – ob Nachmittagsangebot, ob Klassenfahrt, ob Mittagessen – kostenpflichtig ist. Darum wollen wir mehr Schullandheime in öffentlicher Trägerschaft einrichten, um Klassenfahrten zu ermöglichen und treten für eine umfassende Lehr- und Lernmittelfreiheit ein.

■ **Bundeswehrfreie Schulen.** Junge Menschen sind kein Kanonenfutter. Wir wollen die Rekrutierung durch Jugendoffiziere an Schulen und auf Berufsmessen abschaffen.

Wir treten für eine Berufs- und Studiengangsberatung an Schulen ein, die sich Zeit für die einzelnen Schülerinnen und Schüler nimmt und ihre individuellen Stärken und Schwächen berücksichtigt.

Schulsozialarbeit wollen wir an jeder Schule und Berufsschule verankern. Hat eine Schule mehrere Schulteile bzw. mehr als 150 Schülerinnen und Schüler muss mehr als eine Stelle vorhanden sein

Es müssen ausreichende Mittel für die Qualifizierung der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter bereitgestellt werden. Wir fordern die Finanzierung eines Schulbegleitungs-pools für die Kreise durch das Land.

Öffentliche Hochschulen ausbauen

Trotz einiger Verbesserungen der Landesregierung wie die Abschaffung der Anwesenheitspflicht und eine geringfügig bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen bestehen noch immer gravierende Defizite an den Hochschulen in Schleswig-Holstein. Nicht nur mit der Umwandlung der öffentlichen Universität in Lübeck in eine Stiftungsuniversität hat die Landesregierung den neoliberalen Kurs ihrer Vorgängerregierung nahtlos fortgesetzt. Nach wie vor bestimmen wirtschaftliche Verwertbarkeit und der Kampf um Drittmittel das Tagesgeschäft an den Hochschulen. Zugangsbeschränkungen zum Masterstudium, die bundesweit niedrigste Quote der Flächenländer an Wohnraum in Studierendenwohnheimen und überfüllte Hörsäle erschweren Studierenden den Hochschulalltag.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu mehr als 90 Prozent prekär beschäftigt. Auf 20 befristet angestellte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen zwei mit unbefristeten Verträgen. Zudem sind nach wie vor Frauen in der Lehre massiv unterrepräsentiert.

Die Orientierung auf „Exzellenzinitiativen“ führt zu einem verzerrten Wettbewerb der Hochschulen. Einzelne Standorte werden gestärkt, andere werden vernachlässigt. In der Breite ist die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein auch im Vergleich mit anderen Bundesländern nach wie vor mit viel zu geringen finanziellen Mitteln ausgestattet.

Wissenschaft muss ihren Beitrag zur Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart und Zukunft leisten können. Eine zukunftsorientierte Hochschullandschaft eröffnet Studierenden Wahlmöglichkeiten für ein interdisziplinäres, fächerübergreifendes Studium. Erst die wissenschaftliche Debatte jenseits ökonomischer Zwänge eröffnet den nötigen Diskurs für sozialere gesellschaftliche Alternativen und die künftige Entwicklung des Landes.

DIE LINKE will allen, die es wollen, ein Studium ermöglichen. Dafür müssen die Zugangsberechtigungen zu einem Studium massiv ausgeweitet werden.

DIE LINKE in Schleswig-Holstein will:

■ **Ausreichende Finanzierung der Hochschulen.** Der erste sinnvolle Schritt in Richtung einer demokratischen Hochschule ist die Gewährleistung einer umfassenden Finanzierung durch die öffentliche Hand. Dies betrifft sowohl das Studium als auch Forschung und Lehre. Da die Studierendenzahlen auch in der kommenden Legislaturperiode weiter ansteigen werden, reicht die bisher zugesagte Finanzierung der Hochschulen in Schleswig-Holstein nicht aus. DIE LINKE wird in Schleswig-Holstein daher dafür streiten, dass die Zuschüsse für die Hochschulen proportional mit den Studierendenzahlen steigen. Die Anzahl der Professorinnen und Professoren, der wissenschaftlichen sowie nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll an die steigenden Studierendenzahlen angepasst werden. Außerdem werden wir ein hochschulpolitisches Dialogforum einfordern, in dem die strukturelle Unterfinanzierung offengelegt wird. Wir werden das Land und

den Bund dazu drängen, diese Unterfinanzierung in spätestens zehn Jahren auszugleichen.

■ **Zielvereinbarungen abschaffen.** Die zwischen den Hochschulen und dem Land Schleswig-Holstein abgeschlossenen Zielvereinbarungen haben dazu geführt, dass die Hochschulen darauf getrimmt wurden, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Studierende mit möglichst wenig finanziellem Aufwand zu einem Abschluss zu drängen. Dabei wurde ein Wettbewerb zwischen den Hochschulen erzeugt, welche die effizienteste und kostengünstigste sei. Darunter hat die Qualität der Lehre erheblich gelitten. Wir werden uns für verlässliche Haushaltszusagen für die Hochschulen einsetzen.

■ **Hochschulzugänge ausweiten.** Die Zugänge zu den Hochschulen müssen erleichtert werden. Eine abgeschlossene Berufsausbildung oder fünfjährige Berufspraxis müssen zur allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung führen. Die künstliche Trennung in fachgebundene und allgemeine Hochschulzugangsberechtigung wollen wir abschaffen, perspektivisch jegliche Zugangsbeschränkung aufheben. Weiterhin setzt sich DIE LINKE für ausschließlich von den Teilnehmenden einsehbare Orientierungstests ein. So können durch Selbsteinschätzung und frühzeitige Information über Inhalte und Anforderungen einerseits Frust, andererseits auch die Abbruchquoten seitens der Studierenden und Auszubildenden reduziert werden.

■ **Numerus clausus abschaffen.** Nicht die Abiturnote sollte darüber entscheiden, wer z.B. Medizin oder Psychologie studieren darf, sondern die individuelle Neigung und Eignung. DIE LINKE tritt für eine freie Wahl des Studienganges ein.

■ **Beschäftigtenrechte stärken.** Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen für die dort Beschäftigten müssen verbessert, befristete Verträge für das wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Personal entfristet werden. Wir wollen im

Hochschulgesetz festschreiben, dass Daueraufgaben durch Dauerstellen erfüllt werden. Als Leitlinien für die Arbeitsbedingungen an Universitäten sieht DIE LINKE den Herrschinger Kodex und das Templiner Manifest der GEW an.

■ Gleichstellung der Geschlechter realisieren.

Wir treten für die Gleichstellung der Geschlechter an den Hochschulen ein. Wir wollen den Frauenanteil bei den Professuren und beim wissenschaftlichen Personal auf 50 Prozent erhöhen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent in allen Auswahlgremien.

■ Weitere Verschulung aufhalten.

Wir stehen dem Bologna-Prozess sehr kritisch gegenüber. Das Studium an den Universitäten ist zunehmend verschult. Schlanke, auf Effektivität getrimmte Studiengänge stehen unserem Ideal einer humanistischen interdisziplinären Bildung entgegen. Wir fordern, dass alle Studierenden mit einem Bachelorabschluss einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz haben. Zudem wollen wir das Leistungspunktesystem ECTS so reformieren, dass die Vereinheitlichung von Studienabschlüssen in Europa tatsächlich realisiert werden kann. Die Programmakkreditierung durch private Agenturen wollen wir abschaffen und durch eine öffentliche Systemakkreditierung ersetzen.

■ Studierende sozial absichern.

Studiengebühren in jeder Form lehnen wir ab. Sie führen dazu, dass der Hochschulzugang für Studierende ohne finanzielle Absicherung entscheidend erschwert wird. Mehr als 60 Prozent der Studierenden müssen heute nebenher arbeiten, um ihr Studium zu finanzieren. Wir fordern eine existenzsichernde Förderung aller Studierenden.

■ Bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und den Wohnungsmarkt insgesamt zu entlasten, müssen Wohnheimangebote für mindestens 33 Prozent der Studierenden geschaffen werden.

■ Familienfreundliches Studieren ermöglichen.

Noch immer gibt es im schleswig-holsteinischen Hochschulgesetz keinen Rechtsanspruch auf ein Teilzeitstudium. Das muss sich ändern. DIE LINKE fordert den Ausbau von entsprechenden Angeboten der Hochschulen. Zudem sind ausreichende Betreuungsangebote für Studierende mit Kind einzurichten.

■ Transparenz bei Drittmitteln – Zivilklausel einführen.

Die Einbindung der Hochschulen in die Gesellschaft ist unerlässlich, um ethisch bedenkliche Entwicklungen zu hinterfragen. DIE LINKE tritt gegen die Abhängigkeit der Forschung von Drittmitteln aus der Wirtschaft oder von der Bundeswehr ein. Unabhängige Forschung ist nur ohne wirtschaftliche Zwänge möglich. DIE LINKE fordert die Aufnahme einer Zivilklausel in das Hochschulgesetz. Außerdem muss Transparenz der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft hergestellt werden. DIE LINKE will jährliche Auflistungen über die geworbenen Drittmittel und wie diese verwendet werden.

■ Hochschulen demokratisieren.

Innerhalb der Universität setzen wir uns für die viertelparitätische und geschlechtergerechte Besetzung der Gremien ein. Studierende, wissenschaftliche Beschäftigte, nichtwissenschaftliche Beschäftigte und Professorinnen bzw. Professoren sollen gleichberechtigt agieren können.

Berufliche Bildung verbessern, gute Ausbildungsbedingungen sicherstellen

Jedes Jahr finden einige tausend Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Schleswig-Holstein keinen betrieblichen Ausbildungsplatz, zahlreiche seit längerer Zeit unversorgt an einer Berufsausbildung. Interessierte fallen irgendwann mit dem amtlichen Vermerk „Verbleib unbekannt“ aus der offiziellen Statistik. Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte, tariflich bezahlte Arbeit droht lebenslange Armut. Dem gegenüber steht das Klagen von Unternehmen, die offene Ausbildungsstellen nicht besetzt bekommen. Überwiegend ist diese Situation allerdings in Branchen anzutreffen, denen die regelmäßigen Erhebungen der Gewerkschaften überdurchschnittlich oft schlechte Ausbildungsbedingungen attestieren. Insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe ist die Zahl der abgebrochenen Berufsausbildungen hoch, Ausbildungsbedingungen und Vergütungen häufig schlecht. Auch in anderen Dienstleistungsberufen ist zu beobachten, dass Jugendliche und junge Erwachsene als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Ausbildungspläne werden hierbei oft nicht oder nur unzureichend eingehalten.

Die Situation der berufsbildenden Schulen ist regional unterschiedlich, der aufgelaufene Investitionsstau spielt hier besonders bei notwendiger technischer Ausstattung eine Rolle. Durch die Umwandlung vieler Berufsschulen in Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) sind neue Herausforderungen entstanden. Lehrkräfte an beruflichen Schulen berichten zunehmend über Arbeitsverdichtung und damit einhergehende Belastungen.

DIE LINKE bekennt sich zur dualen Berufsausbildung mit einer Regeldauer von drei bis vier Jahren und setzt sich für eine Reform der Berufsausbildung ein. Dazu gehört, das Recht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern. Auch die Berufsaus-

bildung soll der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung des Individuums dienen. Ziel einer solchen Ausbildung ist es, mit den erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten fachspezifisch, aber betriebsunabhängig einen qualifizierten Beruf ausüben und sich lebenslang bis zu höchsten Abschlüssen und Graden weiterbilden zu können. Modelle einer Modularausbildung, wie mehrere Wirtschaftsverbände sie anstreben, lehnen wir entschieden ab. Die Ausbildung und die Entscheidung über ihre Inhalte und Dauer ist Sache der ganzen Gesellschaft, nicht einzelner Unternehmen.

DIE LINKE will, dass das Land Schleswig-Holstein mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Betriebe müssen in angemessenem Ausmaß (sieben Prozent der Belegschaft) Ausbildungsplätze schaffen oder sich an Ausbildungsverbänden beteiligen. Um nichtausbildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll Schleswig-Holstein im Bundesrat die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage einfordern. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.

DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einer Mindestausbildungsvergütung. Heutzutage lebt die Mehrzahl der Auszubildenden außerhalb des Elternhauses. Ausbildungsvergütungen, die für den Selbstunterhalt und die soziokulturelle Teilhabe nicht ausreichen, sind nicht akzeptabel.

DIE LINKE wird im Landtag:

- In zuhörender Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Berufsverbänden sowie anderen gesellschaftlichen Akteuren für eine Aufwertung der beruflichen Bildung und insbesondere für eine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der Auszubildenden kämpfen.

- Von der Landesregierung und den Landesbehörden verlangen, dass Auszubildende beim Land Schleswig-Holstein nach erfolgreicher Berufsausbildung unbefristet übernommen werden.
- Entschieden einfordern, dass im Sinne einer modernen Familienpolitik die Ausbildung in Teilzeit wieder mit öffentlichen Geldern gefördert und ein Rechtsanspruch auf Ausbildung in Teilzeit gesetzlich verankert wird.
- Verlangen, dass alle Auszubildenden in der Altenpflege in Schleswig-Holstein von Schulgeldzahlungen befreit werden.
- Einen Gesetzesentwurf für eine Landes-Ausbildungsplatzumlage einbringen, falls eine bundesrechtliche Ausbildungsplatzumlage nicht in naher Zukunft realisiert werden sollte.
- Dafür streiten, dass Lehrkräfte für Fachpraxis an den berufsbildenden Schulen und in Regionalen Berufsbildungszentren die gleiche Besoldung (A 13) erhalten wie Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen.
- Eine Änderung des Schulgesetzes beantragen, die die stimmberechtigte Mitgliedschaft einer Vertreterin oder eines Vertreters der Lehrkräfte sowie einer Vertreterin oder eines Vertreters der Schülerinnen und Schüler im Verwaltungsrat eines Regionalen Berufsbildungszentrums vorsieht.
- Für jedes RBZ jeweils eine weitere Planstelle für die Verwaltungsleitung vorsehen, um gewachsenen Aufgaben Rechnung zu tragen und zusätzlicher Arbeitsverdichtung zu begegnen.
- Für die Einrichtung unabhängiger Kontrollinstanzen zur Sicherung der Qualität der Ausbildung eintreten, da sich die bisher zuständigen Kammern hierbei als arbeitgeberfinanzierte Interessenverbände in einem unauflösbaren Rollenkonflikt befinden.
- Bestrebungen zur Einrichtung von „Jugendberufsagenturen“ unterstützen, die jungen Menschen unabhängig vom möglichen sozialrechtlichen Rechtskreis Unterstützung und notwendige Hilfen beim Übergang von der Schule über die berufliche Erstausbildung bis zum Start in das Berufsleben aus einer Hand ermöglichen. Dieses Angebot muss für alle jungen Menschen jederzeit erreichbar und in allen Kreisen und kreisfreien Städten gleichwertig sein. Hierzu ist der Einsatz von Landesmitteln notwendig.
- Für ein landesweites Monitoring eintreten, das den Verbleib von Jugendlichen im Übergang von der Schule in das Berufsleben klärt. Kein junger Mensch darf durch den abschließenden Vermerk „Verbleib unbekannt“ von notwendigen Hilfen zur Erlangung einer beruflichen Erstausbildung abgeschnitten werden. Es muss gesetzlich ausgeschlossen sein, dass ein hierbei erfolgreicher Datenaustausch zwischen verschiedenen Stellen und Behörden für sozialrechtliche Sanktionen verwendet wird.
- Zum Abbau von Ungleichheiten gilt es Maßnahmen zu ergreifen, um das Berufswahlspektrum von Mädchen und jungen Frauen zu erweitern.

Hierfür wird DIE LINKE im Landtag:

- Ein Landesprogramm beantragen, das Projekte für Mädchen und junge Frauen fördern soll, um Berufsperspektiven im gewerblich-technischen Bereich mit bisher geringem Frauenanteil zu vermitteln.
- Dafür eintreten, dass Ausbildungsplätze in Berufen mit bisher geringem Frauenanteil

beim Land Schleswig-Holstein mindestens zur Hälfte an junge Frauen vergeben werden.

- Beruflicher Qualifizierung für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf kommt eine besondere Bedeutung zu. Betriebe müssen verpflichtet werden, Jugendliche auszubilden, die oft gegen ihren Willen in den sogenannten Werkstätten die einzige und verpflichtende Möglichkeit sahen, ihr Berufspraktikum und ihre Ausbildung zu absolvieren. Schulische Inklusion endet nicht mit der Allgemeinbildung, sondern muss auch in anderen Bereichen in gleicher Weise gelten. „Berufsausbildung vor Maßnahme“ muss der bestimmende Leitsatz sein – so werden selbstbestimmte Lebensperspektiven eröffnet und spätere Armut wirksam bekämpft.

- Durch die in jüngerer Zeit gestiegene Zahl von Menschen aus anderen Regionen der Welt, die in Schleswig-Holstein Schutz und Aufenthalt gefunden haben, hat sich der Bedarf für Hilfsangebote zur Inklusion in eine erfolgreiche berufliche Bildung erhöht.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wird DIE LINKE im Landtag:

- Eine Zusammenführung der verschiedenen Landesprogramme zur Förderung von Ausbildungsfähigkeit und berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen vorschlagen, um ursachenunabhängige Hilfsangebote aus einer Hand anbieten zu können.
- Dafür Sorge tragen, dass in Berufsintegrationsklassen zum Erreichen des Sprachniveaus A2 auch Volljährige beschult werden dürfen, die nicht der Berufsschulpflicht unterliegen.

- Eine Anhebung der Altersgrenze zum Recht auf einen ersten allgemeinen Schulabschluss an berufsbildenden Schulen auf 27 Jahre beantragen.

- Dafür eintreten, dass die Bildungsförderung (BAföG und BAB) für alle jugendlichen und jungen erwachsenen Geflüchteten geöffnet wird.

Lebenslanges Lernen fördern

Auch Bildungsangebote für erwachsene Menschen müssen deren unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen, die durch vielfältige Interessen, durch soziale Lebenslagen und Bildungsbiografien geprägt sind. In unserer Gesellschaft mit ihrer rasanten kulturellen, sozialen und technischen Entwicklung gibt es täglich Neues zu lernen. Erwachsenenbildung muss dem Rechnung tragen.

Der Rechtsanspruch auf Fort- und Weiterbildung wird bisher nur unterdurchschnittlich wahrgenommen, da viele Bildungsangebote nicht bekannt sind oder Ängste bestehen, dass die Beantragung eines Bildungsurlaubs beim Arbeitgeber anschließend negative Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Nach dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jährlich einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung.

In Artikel 13 (3) der Landesverfassung heißt es: „Die Förderung der Kultur einschließlich des Sports, der Erwachsenenbildung, des Büchereiwesens und der Volkshochschulen ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“ Trotzdem versuchen immer mehr Landkreise, sich aus der Förderung des Büchereiwesens zurückzuziehen. DIE LINKE fordert: Dieser verfassungswidrige Zustand muss sofort beendet werden. Wir befürworten eine gesetzliche Regelung, die alle Gebietskörperschaften einbezieht.

Unsere Fraktion im Landtag wird:

Eine Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes einfordern, die den Zugang zu Bildungsurlaub erleichtert sowie Anreize für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber schafft, dass ihre Beschäftigten solche Angebote tatsächlich wahrnehmen. Hierzu sollen auch Sanktionen zählen, wenn Freistellungen für einen Bildungsurlaub nicht gewährt werden.

Sich dafür einsetzen, dass auch Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, die Möglichkeit haben, ohne Existenzängste und materielle Not höhere Schulabschlüsse zu erwerben. Hierfür ist der Berechtigtenkreis für das sogenannte „Meister-BAföG“ auszuweiten.

Mittelfristig ist auf eine umfassende Einkommensabsicherung bei Weiterbildung zu orientieren, unabhängig von Lebensalter oder angestrebter Qualifikation.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass auch an der Westküste Schleswig-Holsteins eine öffentliche kostenfreie Abendschule eingerichtet wird.

Jugendverbandsarbeit stärken

Bildung findet nicht nur in staatlichen Einrichtungen oder der dualen Ausbildung statt. Neben der „klassischen“ Schulbildung spielt die Bildung in außerschulischer Verbandsarbeit eine bedeutende Rolle für die Entwicklung junger Menschen. Die Jugendverbandsarbeit und offene Jugendarbeit darf nicht unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden. Die Förderungen der Verbandsarbeit müssen deutlich angehoben werden, um gute und qualifizierte Betreuung zu gewährleisten und damit junge Menschen auch künftig die Möglichkeit haben, außerhalb der Schule wichtige persönliche Fähigkeiten im Ehrenamt zu entwickeln sowie Verantwortung und Mitbestimmung in demokratischen Strukturen zu erfahren.

Ehrenamt muss ermöglicht werden, indem sich Schülerinnen und Schüler für ehrenamtliches Engagement mehrere Tage im Jahr freistellen lassen können. Auch für Studierende, Auszubildende und Beschäftigte müssen Freistellungsmöglichkeiten geschaffen werden, um eine Vereinbarkeit von Alltag und Ehrenamt herzustellen.

**Neue Wege für
Gesundheit und Pflege**

Wer krank ist, braucht eine gute medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Geld, Wohnort und Herkunft. Eine flächendeckende Versorgung auf hohem Niveau ist in Schleswig-Holstein jedoch längst nicht mehr gegeben. Kliniken werden privatisiert und schließen ihre Notaufnahme. Die Lücken in der ärztlichen Versorgung auf dem Land werden immer größer. Gerade ältere Menschen oder Geringverdienende ohne eigenes Fahrzeug

haben Probleme, Haus- oder Fachärztinnen und -ärzte aufzusuchen. Umgekehrt lassen sich auch keine Medizinerinnen und Mediziner nieder, wenn die übrige Infrastruktur, Kultur, Verkehr, Schulen und KITAS nicht vorhanden sind. Hier hat das Land Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten und -pflichten. Medizinische Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese muss erhalten und wieder ausgebaut werden.

Wohnortnahe Versorgung auch in der Fläche

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen die notwendige medizinische Behandlung auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung erhalten. Dafür braucht Schleswig-Holstein eine differenzierte und qualifizierte Landesgesundheitsberichterstattung für verschiedene Altersgruppen und Geschlechter.

In dünn besiedelten Regionen in Schleswig-Holstein sind Entfernungen und die teils schlechte Infrastruktur große Hindernisse für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. In der Überwindung der Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung stecken Potenziale, die es zu nutzen gilt, zum Beispiel durch den Aufbau von medizinischen Versorgungszentren oder durch den Einsatz von Assistentinnen und Assistenten nach dem Gemeindeschwestern-Prinzip.

Die Notfallversorgung muss sichergestellt sein. Dafür muss das bestehende Rettungsdienstnetz hinsichtlich bestehender Schwachpunkte untersucht und ausgewertet werden, um Organisationslücken zugunsten einer bedarfsdeckenden Versorgung zu schließen.

Die Zahl der Menschen, die wegen psychischer Erkrankungen behandelt bzw. arbeitsunfähig werden, hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. Für DIE LINKE gehört auch die hochwertige psychotherapeutische Versorgung zu einem bedarfsgerechten Gesundheitssystem. Die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz zeigen aber, dass wir davon in Schleswig-Holstein noch weit entfernt sind. Deshalb setzen wir uns für einen umfassenden und dezentralen Ausbau der ambulanten Versorgung psychisch kranker Menschen ein.

Grundsätzlich tritt DIE LINKE in Schleswig-Holstein für einen flächendeckenden und kostenfreien Zugang zu Familienplanungsmitteln ein.

Zu einer flächendeckenden und wohnortnahen Grundversorgung gehört auch die Versorgung mit Hebammenleistungen. Für werdende Mütter gibt es aber kaum noch Alternativen zur Klinikgeburt. Inselbewohnerinnen müssen schon Wochen vor dem eigentlichen Geburtstermin aufs Festland reisen, um in der Nähe von angemessenen Versorgungsstrukturen gebären zu können. Wir wollen den Hebammenberuf in seiner Vielfalt nicht nur erhalten, sondern aufwerten. Hebammen sollen erste und wichtigste Ansprechpartnerin für Schwangere sein. Die Bedingungen sollen eine 1:1-Betreuung in der Schwangerschaft und bei der Geburt im Wochenbett gewährleisten. Die Vergütung der Hebammen muss sich daran orientieren und deutlich erhöht werden.

Gesundheit ist keine Ware

Die Krankenhauspolitik ist ein Beispiel für politisches Wegducken und Verantwortungslosigkeit. Im Bundestag werden falsche Rahmenbedingungen geschaffen, die Länder schieben die Probleme weg. Schon seit Jahren betreiben die verschiedenen Bundesregierungen den neoliberalen Umbau des Gesundheitswesens. Besonders spürbar werden die Auswirkungen einer Politik, die alles dem Marktgesetz unterordnet, in der Krankenhausversorgung. Mit der Einführung von Fallkostenpauschalen für die Behandlung in den Krankenhäusern ist ein Anreiz geschaffen worden, Patientinnen und Patienten in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Personal zu behandeln. Denn das schafft Profit, Gesundheit wird zur Ware, der Mensch zählt nicht mehr.

Gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung

Hier stehen wir für den Politikwechsel. Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf keinem Sparzwang untergeordnet werden. Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Privatisierungen im Krankenhausbereich lehnen wir ab. Wir wollen

den Kommunen helfen, privatisierte Krankenhäuser zu rekommunalisieren.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) öffentlich bleibt und das Land seiner finanziellen Verantwortung nachkommt. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung darf auf ein starkes Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in öffentlicher Hand nicht verzichtet werden.

Das Land muss den Investitionsstau beheben

Die Länder sind verpflichtet, die Investitionskosten der Krankenhäuser zu übernehmen. Dieser Verpflichtung kommen sie aber immer weniger nach. Jährlich fehlen rund 3,3 Milliarden Euro für Investitionen. Die Krankenhäuser finanzieren ihre Investitionen deshalb immer öfter aus den Mitteln der Krankenkassen, die sie für ihre laufenden Kosten erhalten. Aus Mitteln also, die für die medizinische und pflegerische Versorgung notwendig sind.

Gegen Einsparung von Personal sagt DIE LINKE klar: Personalstellen statt Baustellen! Wir machen Druck auf den Bund, eine Anschubfinanzierung zu leisten, um den Investitionsstau zu beheben. In den kommenden Jahren müssen aber auch im Landeshaushalt mehr Mittel für die Krankenhausinvestitionen bereitgestellt werden.

Personalmangel/ Landeskrankenhausplan

Die Tatsache, dass Krankenhäuser wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden, dass Profit mehr zählt als die Gesundheit der Beschäftigten, führt in Schleswig-Holstein zu einem Pflegenotstand durch Personalmangel. Deutschland hat europaweit einen der schlechtesten Personalschlüssel. Für die Beschäftigten bedeutet das eine immer höhere Belastung, wobei sie schon lange an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Das gefährdet

die gute und sichere Versorgung. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung ein. Für Schleswig-Holstein fordern wir, dass Personalvorgaben im Landeskrankenhausplan Schleswig-Holstein verankert werden. Darüber hinaus ist eine transparente und die Öffentlichkeit einbindende Krankenhausplanung notwendig, denn Krankenhauspolitik darf keine Hinterzimmerpolitik sein!

HIV-Prävention ausbauen und finanziell stärken

Zuletzt stieg die Zahl der Menschen in Holstein mit einer HIV-Neuinfektion wieder an. 2015 wurden 85 Neuinfektionen gegenüber 78 im Vorjahr registriert. Derzeit leben rund 1.200 Menschen mit HIV im Norden. DIE LINKE will als mittelfristiges Ziel einen Norden ohne HIV-Neuinfektionen und deshalb die Präventionsarbeit stärken und ausbauen.

Die Präventionsarbeit insbesondere der Aids-Hilfen ist eine Erfolgsgeschichte. Sie und der medizinische Fortschritt haben die Ausbreitung der Krankheit eingedämmt. Diese Arbeit muss mit ihren Säulen (Aufklärung, zielgruppenspezifische Ansprache, Betroffenenbetreuung) weitergeführt werden. DIE LINKE wird weitere Kürzungen bei der institutionellen Förderung nicht mittragen. Versuche, die Zuwendungen in Projektmittel umzumünzen, um so selbstorganisiertes Arbeiten zu erschweren, haben wir in der Vergangenheit abgelehnt und werden wir auch in Zukunft ablehnen.

Die beste Prävention ist, der Stigmatisierung und Ausgrenzung von HIV-positiven Menschen entschlossen entgegenzutreten. Das Thema HIV/Aids muss durch Information und gezielte Kampagnen aus der noch immer bestehenden Tabuzone herausgeholt werden. Dies gilt für den persönlichen und privaten Umgang mit HIV und Aids ebenso wie für das Arbeitsleben oder die medizinische Behandlung von Menschen mit dieser Krankheit. Eine stetige Präventions- und Beratungsarbeit ist

noch immer notwendig – und es bedarf ausreichender finanzieller Mittel, um einen fakten- und vorsorgebezogenen Umgang mit HIV und Aids in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.

Neue Behandlungsmethoden haben dafür gesorgt, dass es seltener zum Ausbruch von Aids kommt und HIV damit zu einer chronischen Erkrankung wird, mit der die betroffenen Menschen alt werden können. Dies stellt auch die Pflege vor neue Herausforderungen. Die Zahl der Menschen, die mit HIV leben, steigt an. Auch hier wollen wir sensibilisieren und aufklären, um den Bedenken von Pflegebeschäftigten durch zielgerichtete Informationen zu begegnen.

Umfängliche Prävention ist auch notwendig, um Leichtfertigkeit mit den Risiken einer Ansteckung mit HIV entgegenzuwirken. Die Hoffnung auf eine „Pille danach“ ist keine ausreichende oder verantwortungsvolle Lösung. Ob solche Medikamente jedoch auch präventiv bei Hochrisikogruppen eingesetzt werden könnten, sollte näher untersucht werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, in Schleswig-Holstein dazu ein Modellprojekt zu starten. 2015 ergab die britische PROUD-Studie, dass HIV-Prä-Expositions-Prophylaxe das HIV-Risiko bei zielgerichteter Anwendung um 86 Prozent senken kann.

Gute Pflege ist ein Menschenrecht

Pflegende Angehörige müssen entlastet werden

Viele Menschen, die auf Pflege und Unterstützung im Alltag angewiesen sind, wollen in ihrem häuslichen Umfeld bleiben. Viele werden von ihren Angehörigen gepflegt. Nicht immer, weil sich das alle Beteiligten so wünschen, sondern oft, weil es anders nicht finanzierbar ist.

Es sind vor allem Frauen, die in die Bresche springen, weil sich viele Betroffene professionelle Pflege nicht leisten können und/oder weil die entsprechenden Angebote nicht wohnortnah vorhanden sind. Viele pflegende Angehörige reduzieren ihre Erwerbsarbeit oder geben ihren Beruf komplett auf, weil es anders nicht zu schaffen ist. Damit ist Armut programmiert – aktuell durch fehlendes Einkommen und im Alter durch fehlende Beiträge zur Sozialversicherung.

Echte Entlastung für pflegende Angehörige heißt: Die professionelle Pflege muss gestärkt werden. Für eine wirkliche Unterstützung ist außerdem eine professionelle, unabhängige und wohnortnahe Beratung, Anleitung, Betreuung und Supervision auf hohem Niveau durch das Land sicherzustellen. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für bessere Regelungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ein und fordert eine Freistellung mit Entgeltfortzahlung von bis zu sechs Wochen für Beschäftigte, damit sie sich bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit um Angehörige oder nahestehende Personen kümmern können.

Eine kleinräumige Altenhilfeplanung findet immer weniger statt. Durch den Vorrang von privaten Trägern vor öffentlichen können Kommunen kaum noch Einfluss auf die Planung und Ausgestaltung der Pflege nehmen. Der Markt richtet es aber nicht: Für private Anbieter rechnet sich die ambu-

lante Versorgung in der Fläche nicht. Alternative kommunale Leistungserbringer stehen nicht mehr zur Verfügung. Kultursensible und genderspezifische Pflege wird angeboten – aber leider immer noch zu wenig. Zivilgesellschaftliches Engagement kann professionelle ambulante Pflege nicht ersetzen. Pflegenden Angehörige tragen oft die Hauptverantwortung, weil professionelle Pflege für viele Familien zu teuer ist oder nicht angeboten wird. Zugleich wachsen die finanziellen Belastungen der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Familien.

Mehr Personal in der Pflege

Arbeitsverdichtung, Stress und fehlende Zeit für Zuwendung und Gespräche mit den zu Pflegenden, bedingt durch Personalmangel, prägen den Arbeitsalltag von Beschäftigten in der Pflege. Zusätzlich zu den ohnehin hohen physischen Belastungen entstehen dadurch für viele Pflegekräfte psychischer Druck und Unzufriedenheit, weil sie in der Ausbildung gelernte Fachkenntnisse und Fähigkeiten nicht anwenden und auch eigene Ansprüche an eine qualitativ hochwertige Pflege nicht umsetzen können. Viele verlassen deshalb ihren Beruf. Dabei brauchen wir mehr gut ausgebildete und entsprechend bezahlte Fachkräfte. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine gesetzliche Personalbemessung in der Pflege ein, die sich am tatsächlichen und individuellen pflegerischen Bedarf orientiert. Eine wirkliche Aufwertung der Pflegeberufe heißt: deutlich höhere Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das Schulgeld für die Altenpflegeausbildung muss abgeschafft werden.

Nein zur überflüssigen Pflegekammer

An den entscheidenden Stellschrauben für eine Aufwertung der Pflege kann eine Kammer nicht drehen: Sie ist weder Tarifvertragspartei noch bei Pflegesatz- oder Gebührenverhandlungen mit den Kostenträgern beteiligt. Pflegekammern sind überflüssige bürokratische Apparate mit Zwangs-

mitgliedschaft und Alibifunktion. Gute Arbeit zu schaffen ist Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Für die Vertretung von berufspolitischen Interessen gibt es die ständischen Berufsverbände. Bei der Bewältigung der Grundprobleme, wie die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung oder der Personalmangel in der Pflege, ist die Bundesregierung gefragt.

Solidarische Pflegeversicherung

Gute Pflege ist ein Menschenrecht, der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und umfassenden pflegerischen Versorgung darf nicht Kostenkalkülen untergeordnet werden.

DIE LINKE versteht Pflege als gesellschaftliche Aufgabe und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Pflege muss solidarisch organisiert und finanziert werden. Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung wollen wir die Pflegeversicherung dauerhaft stabil finanzieren und für soziale Gerechtigkeit sorgen: Alle Menschen, auch heute privat Versicherte, zahlen den gleichen Anteil ihres Einkommens ein, unabhängig ob es aus Löhnen, Unternehmensgewinnen oder Kapitalerträgen stammt. Arbeitgeber werden zur Hälfte beteiligt. Rentnerinnen und Rentner zahlen nur den halben Beitragssatz, die andere Hälfte wird aus der Rentenversicherung beglichen. Das schafft finanziellen Spielraum für eine Pflegevollversicherung und gute Bezahlung der Pflegekräfte.

Fortschrittliche Drogenpolitik durchsetzen

Drogen, ob sie als legal oder illegal bezeichnet werden, sind eine Alltagserscheinung. Die Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und menschlichen Tragödien führen. Dabei

sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus. Die gesellschaftliche Verharmlosung legaler Drogen ignoriert, dass besonders Alkohol- und Medikamentenmissbrauch weit verbreitet sind. Gegen die Ursachen von Sucht hilft keine Stigmatisierung und Verbannung aus dem öffentlichen Raum. Kinder und Jugendliche müssen vor den Gefahren von Rauschmitteln geschützt und aufgeklärt werden.

Es ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel, die Verbreitung von Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten. Drogenpolitik muss daher zu einer präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen beitragen, anstatt Drogen zu verbieten und Verbrauchende zu kriminalisieren. Nur wenn der Zugang zu Drogen ohne Umwege über kriminelle Strukturen und ohne tödliche Streckmittel gewährleistet ist, kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln entwickelt werden und organisiertes Verbrechen, das sich aus dem Schwarzmarkthandel mit Drogen finanziert, entmacht werden. Anstelle der Strafverfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten müssen ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitgestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- Legalisierung von Cannabis und staatlich organisierten Anbau und Verkauf von Cannabisprodukten.
- Einführung eines Grenzwerts ähnlich der Promillegrenze im Fahrerlaubnisrecht.
- Entkriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten aller Drogen.
- Unkomplizierte Bereitstellung von Cannabis zu Therapiezwecken.
- Mehr Finanzmittel des Landes für psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und eine bessere finanzielle Förderung für Selbsthilfegruppen im Bereich der Suchtkrankenhilfe.
- Gesicherte Finanzierung für Suchtprävention im Bereich der legalen Drogen wie Alkohol und Medikamenten sowie Bildungsprojekte zu der Thematik für Eltern, Jugendliche und alle Interessierten.
- Prävention und Therapie statt Strafverfolgung.
- Mittel- und langfristig die Entwicklung eines Modells von Droгенаusgabestellen, wo dann weitere zurzeit illegale Substanzen verkauft werden können.
- Einrichtung von Labors für das Überprüfen von gekauften Drogen an bekannten Konsumorten. Dies soll dazu dienen, Konsumentinnen und Konsumenten mehr Sicherheit zu ermöglichen und das Risiko durch Fehldosierung oder falsch hergestellte Drogen zu minimieren.

Gute Arbeit, guter Lohn

Schleswig-Holstein hat den proportional größten Niedriglohnsektor aller Bundesländer. Mehr als 43 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Insbesondere erwerbstätige Frauen sind davon betroffen: Hier liegt die Quote bei über 50 Prozent. Befristete Arbeitsverträge, unsichere Verhältnisse und häufig ungewollte Teilzeitarbeit sind in Schleswig-Holstein eher die Regel als die Ausnahme. Fast ein Drittel der neu abgeschlossenen Arbeitsverträge sind prekär und häufig sachgrundlos befristet. Auch das betrifft besonders Frauen, jüngere Beschäftigte und Menschen mit Migrationshintergrund.

Über 170.000 Menschen in Schleswig-Holstein gehen ausschließlich einer gering entlohnten Beschäftigung, den sogenannten Minijobs, nach, davon sind mehr als 100.000 Frauen.

In Schleswig-Holstein gelten im Schnitt rund 100.000 Menschen als erwerbslos. Wenn die durch Statistik-Tricks aus der offiziellen Zahl herausgerechneten Betroffenen hinzugezählt werden, liegt die Zahl realistisch zwischen 120.000 und 130.000.

Mehr als 40.000 Menschen in Schleswig-Holstein sind Aufstocker, das heißt, sie beziehen in Schleswig-Holstein Grundsicherungsleistungen, obwohl sie einer Erwerbsbeschäftigung nachgehen. Das betrifft auch über 7.000 Erwerbstätige, die in Vollzeit arbeiten. So finanziert der Staat indirekt die Profite von Unternehmen, die ihren Beschäftigten keine ausreichenden Löhne zahlen. Diese Steuermittel fehlen für Investitionen in gute und sichere Arbeit.

Statistisch nicht erfasst wird die Zahl sogenannter Solo-Selbstständiger, die nur deswegen auf eigene Rechnung arbeiten, weil sie keine andere Erwerbs-

beschäftigung finden. Schätzungen variieren zwischen 20.000 und 30.000 solcher selbstständig Erwerbstätigen, etwa 4.000 von ihnen müssen ergänzend Grundsicherungsleistungen beziehen. Gerade diese Gruppe ist häufig von mangelnder sozialer Absicherung betroffen, zumal Krankenkassenbeiträge komplett aus eigener Tasche finanziert werden müssen und kein Geld für die Altersvorsorge übrig ist.

Diese Kennzahlen haben sich seit dem rot-grün-blauen Regierungsbeginn 2012 kaum verändert, der Anteil unsicherer, atypischer Beschäftigungsverhältnisse ist sogar angestiegen. Die Landesregierung unternimmt nichts, unsichere Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen und in sichere Arbeitsplätze zu verwandeln sowie Erwerbslosigkeit wirksam abzubauen. Die Regierungsparteien SPD, Grüne und SSW haben die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse hunderttausender Menschen in unserem Land einfach hingenommen. Dabei sind solche prekären, unsicheren Arbeitsverhältnisse nicht nur aufgrund überwiegend geringer Entlohnung ein Problem, sondern auch, weil sie einer gesicherten Lebensplanung und Familienplanung im Wege stehen.

Dies ist das Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und schlechte Bezahlung sind ein gesellschaftliches Problem und keine individuelle Last, mit der die betroffenen Menschen allein gelassen werden dürfen.

DIE LINKE will gute und sichere Arbeit für alle. Viele arbeitsrechtliche und sozialpolitische Fragen und Probleme lassen sich gesetzlich nur auf Bundesebene lösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land Schleswig-Holstein im Bundesrat entsprechende Gesetze einbringt oder unterstützt.

Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden gesenkt wird. Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert und Überstunden effektiv begrenzt werden. Es müssen stärkere Kontrollen, insbesondere solche durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen, gesetzlich vorgeschrieben werden.

Der gesetzliche Mindestlohn muss schnell auf 12 Euro steigen. Nur in dieser Höhe ist es überhaupt möglich, eine Altersvorsorge aufzubauen, die über dem Niveau der Grundsicherung liegt. Künftig ist die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes an die Entwicklung der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung anzupassen.

Alle Beschäftigungsverhältnisse, auch Mini- und Midijobs, müssen von der ersten Stunde an unter die Sozialversicherungspflicht fallen.

Leiharbeit muss abgeschafft und in sichere Beschäftigung überführt werden. Als Sofortmaßnahme muss im Zeitarbeitsgesetz festgelegt werden, dass der gleiche Lohn plus eine Flexibilitätzulage von zehn Prozent zu zahlen ist. So wird Leiharbeit kein Instrument des Lohndumpings.

Alle Erwerbseinkommen müssen sowohl in die Rentenversicherung als auch die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden, auch die von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern.

Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen. Für die Altersvorsorge darf niemand auf die unsicheren Finanzmärkte angewiesen sein.

DIE LINKE strebt ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein an, wo alle vom Lohn ihrer Erwerbstätigkeit gut leben können. Dass Menschen

trotz Arbeit nicht arm sein dürfen, muss selbstverständlich sein. Gute Arbeit bedeutet auch, dass sie dauerhafte Sicherheit bieten muss, um Lebens- und Zukunftsplanungen zu ermöglichen. Hierzu kann auch das Land Schleswig-Holstein seinen Anteil leisten.

DIE LINKE wird im Landtag:

- Beantragen, den Landesmindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen.
- Für die weitere Verbesserung des Tariftreuegesetzes kämpfen, das die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung bestimmter Kriterien abhängig macht.

Zusätzlich zur vorgeschriebenen Mindestentlohnung müssen Kriterien wie die grundsätzliche Gleichbezahlung von Mann und Frau, die Einhaltung von Ausbildungsquoten und Höchstarbeitszeiten, der Verzicht auf Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, der Verzicht auf Dienst- und Werkverträge sowie die Einhaltung ökologischer Standards festgeschrieben werden. Eine wirksame Kontrolle ist zu gewährleisten; hierfür muss zusätzliches Personal bei den zuständigen Stellen eingestellt werden.

- Dafür eintreten, dass der Schwellenwert von 15.000 Euro im Tariftreuegesetz abgeschafft wird. Alle öffentlichen Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen und soziale Kriterien einhalten.
- Verlangen, dass in allen öffentlichen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen Leiharbeit und Befristung ohne sachlichen Grund (etwa einer Elternzeitvertretung) ausgeschlossen werden.
- Dafür streiten, dass das Land Schleswig-Holstein Vorbild ist und auf freiwilliger Basis

Beschäftigte in sozialen Berufen höher eingruppiert. Die Arbeit mit Menschen muss dringend aufgewertet werden.

- Eine Änderung der Bedarfsgewerbeverordnung verlangen, die endlich die höchststrichterliche Rechtsprechung zur Eindämmung von Sonntagsarbeit umsetzt.
- Eine Änderung des Ladenschlussgesetzes beantragen. Auch Beschäftigte im Einzelhandel haben Freizeit am Abend und Ruhe am Wochenende verdient. Hierzu müssen zulässige Ladenöffnungszeiten reduziert und die sogenannte Bäderverordnung abgeschafft werden. Sonntagsarbeit muss auch im Einzelhandel zur absoluten Ausnahme gehören. Abendliche Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr erscheinen uns als guter Kompromiss.
- Zum Abbau von Erwerbslosigkeit und zur Sicherung dauerhafter, guter Beschäftigung steht die öffentliche Hand in besonderer Pflicht. Fehlende Arbeitsplätze sowie mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten sind strukturell bedingt und keine Einzelschicksale im individuellen Verantwortungsbereich. Hierfür sind Beschäftigungspotentiale in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, kommunale Dienstleistungen und ökologischer Umbau zu nutzen.
- DIE LINKE will, dass öffentliche Gelder in gute und sichere Arbeit investiert werden, statt zum Vorteil von Arbeitgeberinteressen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu finanzieren.

DIE LINKE im Landtag wird:

- Dafür eintreten, dass der öffentliche Dienst ausgeweitet wird und mehr dauerhafte Arbeitsplätze schafft. Allgemein zählt die Quote der Beschäftigten im öffentlichen

Dienst in Deutschland zur niedrigsten aller OECD-Staaten. Hierbei ist Schleswig-Holstein sogar bundesweites Schlusslicht.

- Sich für eine Arbeitszeitverkürzung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich einsetzen.
- Die Angleichung der Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten an die der Angestellten des öffentlichen Dienstes fordern.
- Sich dafür einsetzen, dass die gesetzlich zugelassene Höchstwochenarbeitszeit auf 40 Stunden die Woche begrenzt wird.
- Ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) entwickeln. Dieser soll gute und dauerhafte Beschäftigung in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, kommunale Dienstleistungen sowie ökologischer Umbau finanzieren. Hierzu sind entsprechende Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, Fördergelder der EU sowie Landesmittel zusammenzuführen. Der ÖBS ist so zu konzipieren, dass er bei veränderten Mehrheiten im Landtag nicht rückabgewickelt werden kann.
- Sich gegen weitere Privatisierungen stellen und stattdessen die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen, indem schon privatisierte Bereiche in den öffentlichen Sektor zurückgeführt werden.

DIE LINKE braucht zur Durchsetzung ihrer Vorhaben starke Bündnispartner. Dazu zählen vor allem durchsetzungs- und konfliktfähige Gewerkschaften. Auch der politische Streik muss als Mittel zur Durchsetzung lebenswerterer Verhältnisse möglich sein.

Gute Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft

Die fortschreitende Digitalisierung verändert die Gesellschaft, die Arbeitswelt und die Produktionsweise. Das Internet bietet neue Möglichkeiten für unkonventionelle Arbeitsverhältnisse. Teilweise verschwimmen dabei die Grenzen zwischen denen, die Dienstleistungen konsumieren und denjenigen, welche sie erbringen. Cloud-computing erlaubt die Zerlegung und Auslagerung ganzer Produktionsabläufe aus den herkömmlichen Betriebsstätten. Solo-Selbstständige übernehmen Aufgaben, die ehemals regulär Beschäftigte innehatten und erzielen dabei häufig nur ein Einkommen, das deutlich unter dem durchschnittlichen Einkommensniveau Schleswig-Holsteins liegt.

DIE LINKE möchte, dass diese bereits weit verbreiteten Formen digitaler Arbeit stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken. Insbesondere wo – etwa durch sogenanntes Click- oder Crowd-Working – auskömmliche Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse bedroht sind oder gänzlich fehlen, werden wir gemeinsam mit den in diesen Bereichen Tätigen, mit den Gewerkschaften sowie fortschrittlichen netzpolitischen Verbänden und Vereinen den Dialog führen. Die Grenze zwischen

Erwerbsarbeit und Privatleben darf nicht weiter verschwimmen. Auch neue Formen der Erwerbsarbeit müssen den Kriterien guter Arbeit entsprechen.

Um zu verhindern, dass mittels Dienst- oder Werkverträgen der gesetzliche Mindestlohn unterlaufen wird, sind Mindesthonorare für selbstständig Tätige notwendig. Deshalb muss die Deregulierung des Wettbewerbsrechts zurückgenommen werden, so dass Preisempfehlungen für alle Gewerke wieder zur rechtlich bindenden Orientierung werden.

Die Pflichtmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer bzw. der Handwerkskammer gehört insbesondere für Solo-Selbstständige und Kleinbetriebe abgeschafft.

Alternative Formen der Selbstorganisation von Solo-Selbstständigen und Kleinbetrieben, etwa sogenannte Co-Working-Spaces, müssen ermöglicht und gefördert werden.

Der Zugang zur staatlichen Förderung von Weiterbildungen, unabhängig von Vorbildung oder Vorbeschäftigung, muss erleichtert werden.

Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft

Daseinsvorsorge muss öffentlich sein und bleiben

Viele Jahre lang wurde die Privatisierung der Daseinsvorsorge als Glücksversprechen angepriesen, das einerseits die verschuldeten Kommunen und Kreise entlasten und andererseits die Menschen mit

billigeren Dienstleistungen und Produkten versorgen sollte. Beides hat sich als Illusion erwiesen. Die Privatisierung der Versorgung mit Wasser und Energie, der Netze ebenso wie der Gesundheitsvorsorge muss im Interesse der Bevölkerung zurückgenommen werden. Es war im besten Fall naiv anzunehmen, dass die Renditeinteressen großer

Energiekonzerne wie E.ON oder Vattenfall mit den Interessen der Bevölkerung und dem Kampf gegen den Klimawandel übereinstimmen. Nur die Rekommunalisierung bietet die Möglichkeit, den Kreisen und Kommunen wieder Handlungs- und Gestaltungsspielräume zu geben.

Versorger wie Stadtwerke können auf die soziale Lage von kinderreichen Familien oder Alleinerziehenden durch Rabatte oder Sondertarife Rücksicht nehmen. Sie können aber auch die Kraft-Wärme-Kopplung für Neubaugebiete vorantreiben und so zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses beitragen.

Die Versorgung mit Energie ist ein grundlegendes Bedürfnis des Menschen. Es muss einen Rechtsanspruch auf Energieversorgung geben, Menschen in finanzieller Not darf der Strom nicht abgeschaltet werden.

Auch der Nah- und Fernverkehr gehört in die öffentliche Hand. Mobilität darf nicht weiter vom Auto abhängen, wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen wollen. Mobilität muss auch für all jene möglich sein, die kein Auto zur Verfügung haben. Um den Öffentlichen Nah- und Fernverkehr attraktiver und sozialer zu gestalten, erwartet DIE LINKE ein umfangreiches Planungsvorhaben von der Landesregierung, wie es im Kapitel Mobilität dieses Programms dargelegt ist.

Über allen Initiativen zur Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge schweben die Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) sowie das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) wie ein Damoklesschwert. Sie sind dazu gedacht, großen Konzernen Handlungsspielräume zu geben, die durch die Politik nicht mehr kontrolliert werden können. Dazu gehört auch der Zugriff auf die Daseinsvorsorge der Bevölkerung. DIE LINKE beteiligt sich an den Aktionen gegen die Durchsetzung von TTIP, CETA und TISA.

Ebenso wenden wir uns gegen die bereits bestehenden unfairen Handelsabkommen mit Schwellen- und Entwicklungsländern, die dort den ökonomischen, demokratischen und sozialen Fortschritt behindern.

Tourismus

Tourismus hat für Schleswig-Holstein eine hohe wirtschaftliche Bedeutung. Gerade in diesem oft nur saisonalen Geschäft gibt es aber viele unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse. Um hier gegenzusteuern, müssen wir neue touristische Arbeitsfelder mit regulären Arbeitsplätzen schaffen.

Ein Tourismus, der regenerative Energien, regionale Produkte und ökologisches Bauen nutzt, muss gefördert werden. Das schafft gute und auch ökologisch nachhaltige Arbeit in der Region. Ein zentraler Punkt ist hier die Zusammenarbeit der regionalen Landwirtschaft und der Tourismusanbieter. Neue Konzepte müssen einen ganzjährigen Tourismus gewährleisten und ermöglichen die Schaffung von dauerhaften, guten Arbeitsplätzen sowie die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Dazu gehören individuelle Angebote zu speziellen Themen und für entsprechende Zielgruppen. Regionale Unternehmen haben bei der Entwicklung gemeinsamer Ideen und der Unterstützung durch die Landesregierung größere Chancen.

Für eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft

Rund 15.000 Menschen in Schleswig-Holstein sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Aber der Flächenanteil natürlicher Lebensräume ist vor allem durch die intensive Nutzung der Landschaft drastisch zurückgegangen. In der konventionellen nutztierhaltenden Landwirtschaft steigt die Anzahl der Tiere je Betrieb ständig an, die Anzahl der Betriebe dagegen ist stark rückläufig. Dies ist in der Annahme begründet, nur mit immer mehr Tieren auf wenig Raum mit den Produkten der industriellen Massentierhaltung mithalten zu können.

Die Folge ist ein Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte.

Durch die intensive Nutztierhaltung und insbesondere die industrielle Massentierhaltung werden nicht nur Böden, Gewässer und Luft belastet. Sie ist auch unökologisch, unökonomisch, ungesund und ungerecht. 95 Prozent der Ammoniak-Emissionen sind auf die Landwirtschaft zurückzuführen: In Schleswig-Holstein wurden im Jahr 2010 von den angefallenen 15,6 Millionen Kubikmeter Gülle 5,5 Millionen auf Felder und Wiesen ausgebracht. In der Rinderhaltung entsteht das gefährlichste aller Treibhausgase: Methan. Um ein Kilo Fleisch zu produzieren, werden 16.000 Liter Wasser und 15 Kilo Getreide bzw. Soja verbraucht. Für den Soja-Anbau werden in Südamerika Regenwälder abgeholzt.

DIE LINKE hat auch hier konkrete Ansätze, die Politik zu verändern:

Einen Schwerpunkt legen wir auf die nachhaltige, tiergerechte Nutztierhaltung in der Landwirtschaft. Daher fordern wir den Ausstieg aus der Massen- oder Intensivtierhaltung und die Streichung der Subventionen für diese Betriebe. DIE LINKE tritt für Tierzahl-Obergrenzen pro Betrieb ein und wird sich für eine entsprechende Bundesratsinitiative einsetzen.

Der subventionierte Export von Überschüssen und Schlachtabfällen der Agrarindustrie in Entwicklungsländer, die den dortigen Markt zerstören, muss sofort beendet werden.

Die ökologisch nachhaltig produzierende Landwirtschaft muss gestärkt werden.

Das Einbringen von Pflanzenschutz- und Düngemitteln muss einen Mindestabstand von 10 Metern zu jedem stehenden oder fließenden Gewässer einhalten.

Zur Vergärung in Biogasanlagen werden Zwischenfrüchte angebaut, die ohne Pflanzenschutzmittel

und großzügige Düngerabgaben auskommen. Hierfür wird weiterhin der Anbau von regionalen Wildpflanzen gefördert. In Landwirtschaft, Lebensmittelherzeugung und -handel sowie Gastronomie anfallende Abfälle werden in Biogasanlagen vergoren.

Knicks zum Schutz von Landschaft und Artenvielfalt sind landesweit wiederherzustellen, zu erweitern und zu schützen.

Angesichts des schlechten Zustands der Gewässer muss eine Abgabe auf mineralische Pflanzenschutzmittel und Stickstoff- und Phosphordüngemittel erhoben werden. Auch Stickstoffüberschüsse auf Basis von organischer Düngung werden mit Abgaben belegt. Diese Mittel werden verwendet, um den Ökolandbau auszuweiten. Dies entlastet auch die Meere.

DIE LINKE lehnt grundsätzlich und konsequent jegliche Genmanipulation von Saatgut, Pflanzen und Tieren ab.

Meeresstrategien entwickeln

Als Land zwischen den Meeren sind wir in besonderem Maße vom Wohlergehen unserer Meere abhängig. Die UN hat als Ziel formuliert, bis 2020 die Meere nachhaltig zu managen und Küstenökosysteme zu schützen, um schädliche Einflüsse zu vermeiden, ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken und Sanierungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen zu ergreifen. Nordsee und Ostsee leiden unter zunehmender Überdüngung, die unter anderem von der industriellen Landwirtschaft und der Massentierhaltung verursacht wird. Überfischung gefährdet die Bestände wichtiger Fischarten wie Dorsch und Aal. Seevögel und Schweinswale sterben als Beifang in Stellnetzen. Schleppnetze zerstören Riffe und Sandbänke. Bis zu 1,6 Millionen Tonnen Munition aus zwei Weltkriegen liegen noch immer vor unseren Küsten auf dem Meeresgrund. Sie sind eine zunehmende Gefahr für Taucher, Fischer und

Strandbesucher und lebensgefährliche Hindernisse beim Bau von Offshore-Windparks.

Die LINKE wird die Entwicklung von Strategien für unsere Meere voranbringen, um die nachhaltige und verträgliche Nutzung von Nord- und Ostsee zu sichern. Arbeitsplätze in Tourismus und maritimer Industrie sollen neu geschaffen und erhalten werden. Es ist übergeordnetes Ziel, die Belastung und Bedrohung für die Meeresumwelt zu entschärfen, damit eine schonende und dauerhafte Nutzung möglich ist.

Naturverträgliche Fischereipraktiken müssen mit Kofinanzierung durch den Europäischen Meeres- und Fischereifonds entwickelt werden. Als erster Schritt muss die Fischerei in Schutzgebieten nachweislich umweltverträglich werden. Alternative Vermarktung von umweltfreundlich gefangenem Fisch wird gefördert, um einen Mehrwert für die handwerkliche Fischerei zu erzielen. In konkreten Härtefällen setzt sich die LINKE auf bundes- und europäischer Ebene für Hilfen für kleine Fischereibetriebe ein.

Strengere Maßstäbe für Lagerung und Ausbringung von Gülle und Geflügelkot sowie Gärresten aus Biogasanlagen werden konsequent angewendet. Die Entwicklung von Technologien, die Schadstoffeinträge in die Meere begrenzen, wird gefördert.

DIE LINKE setzt sich für weitere Maßnahmen zur Begrenzung von Schiffsabgasen in Häfen und auf Nord- und Ostsee ein. Die Entsorgung des Waschwassers aus Schiffsabgasreinigungsanlagen an Land wird gefördert, um deren unregelmäßige Einleitung ins Meer zu unterbinden.

Wir brauchen strukturelle Lösungen zum Umgang mit Munitionsaltlasten im Meer, von der Identifizierung über Risikobewertung, Priorisierung bis zur Bergung und umweltfreundlichen Beseitigung. Die bereits bestehende Stabsstelle „Munition im Meer“ wird dazu weiterentwickelt. Unter Beteiligung des

Bundes und der EU bei Sanierungsmaßnahmen werden auch Haushaltsmittel des Landes bereitgestellt. Die Arbeit am Themenbereich „Munition im Meer“ wird weiterhin transparent kommuniziert. Zur Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung werden Multiplikatoren eingesetzt. Insbesondere an Stränden tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes, der Kommunen oder Verbände werden zum Thema Munition am Strand geschult.

Tiere schützen

Für DIE LINKE steht der Mensch in der Verantwortung für die gesamte Natur, also auch der Tiere und nicht nur der Tiere, die in freier Wildbahn leben. Wir sehen Tiere nicht als Sachen oder Dinge, sondern als Lebewesen, als Mitgeschöpfe an, die vor Leiden zu schützen sind.

Allen Nutztieren steht eine artgerechte Haltung zu. Massentierhaltung führt zu schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsproblemen. Diese Tierhaltung darf nicht länger gefördert werden und ist zu verbieten. Pelztierfarmen werden in Schleswig-Holstein verboten.

Erste Maßnahmen zur Durchsetzung des Tierschutzes sind:

Einen Schwerpunkt legen wir auf die nachhaltige, tiergerechte Nutztierhaltung in der Landwirtschaft. Daher fordern wir den Ausstieg aus der Massen- oder Intensivtierhaltung und die Streichung der Subventionen für diese Betriebe. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln und Rinderjungtieren ist umgehend zu verbieten.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen durch entsprechende Kennzeichnung über die Art der Tierhaltung und der Schlachtung informiert werden.

Zur Durchführung gründlicher Tierschutzkontrollen müssen weitere Amtstierärzte und -ärztinnen eingestellt werden.

Zukunft gestalten – sozial und ökologisch

Das Klima verändert sich, die Erde wird wärmer, der Meeresspiegel steigt. Diese massiven, von Menschen gemachten Umwälzungen unserer Umwelt schädigen die Biosysteme unter Wasser, treiben das Artensterben von Fauna und Flora an Land voran. Das sind die Resultate des herrschenden Wirtschaftssystems, des ungehemmten Strebens nach Profit und Wachstum. Gerade unsere Küstenregionen sind bedroht, gerade hier brauchen wir den ökologisch verantwortlichen Umgang mit der Natur.

Im Landtag wird DIE LINKE die ersten Schritte in diese richtige Richtung tun und zeigen, dass ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind. Das ist für uns der Ansatz, voranzugehen bei der Veränderung der Bundespolitik.

Gegen die Bedrohung der Artenvielfalt müssen wir mit einer den nationalen und internationalen Richtlinien entsprechenden Strategie vorgehen. Ein entsprechender Plan wird in Zusammenarbeit mit Umweltschutzverbänden erarbeitet.

Viele Kinder und Jugendliche haben kaum Möglichkeiten, die natürliche Umwelt kennenzulernen. Der Kenntnisstand ist beunruhigend schlecht. Umfassender Umweltschutz ist nur möglich, wenn die Menschen gut informiert sind. Aus diesem Grund brauchen wir die ausreichende Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die frühkindliche Erziehung sowie für die schulische Bildung. Hierfür will DIE LINKE einen Lehrstuhl einrichten der für Pädagoginnen, Pädagogen, Biologinnen und Biologen qualifizierte Angebote macht.

DIE LINKE wird für vom Land geförderte Umweltprojekte in Kindertagesstätten eintreten.

Die Umweltschutzbehörden müssen personell so gestärkt werden, dass sie ihren Kontroll- und Beobachtungspflichten nachkommen können.

Schleswig-Holsteins Vielfalt an Landschaftsformen muss erhalten und geschützt werden. Kein Schutzgebiet – und hier vor allem das Wattenmeer – darf durch Tourismus, Schiffsverkehr, Fischerei, erst Recht nicht durch militärische Nutzung oder Erdöl- und Erdgasförderung beeinträchtigt werden.

Küstenschutz ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die finanzielle Beteiligung von Menschen, die unmittelbar hinter den Deichen leben, lehnen wir ab.

Ein Landesprogramm zur Umstellung auf naturnahe Waldwirtschaft soll die Waldflächen in unserem walddarmen Land durch einheimische Mischwaldkulturen vergrößern. Landesforsten sollen nach dem Naturlandwald-Zertifikat angelegt werden. Wälder und Seen dürfen nicht an Private verkauft werden.

Der Meeresschutz muss durch enge Zusammenarbeit aller Anrainerstaaten und -länder gewährleistet sein. Die Fischerei wird zur bestandsschonenden Fischerei hin ausgerichtet. Der Katastrophenschutz im Bereich von Nord- und Ostsee ist nachhaltig auszubauen.

DIE LINKE im Bündnis mit Umweltverbänden und Initiativen

Die Umweltbewegung ist Teil der demokratischen Bewegung des Landes, die auf viele Entscheidungen der Bundes-, aber auch der Landesregierung Einfluss genommen hat. In Schleswig-Holstein wollen wir mit den Initiativen und Organisationen der Umweltbewegung zusammenarbeiten und insbesondere die folgenden Ziele gemeinsam erreichen:

Fracking-Stopp. Das Einbringen von Chemikalien zur Förderung von Erdgas gefährdet das Trinkwasser. Deshalb setzt sich DIE LINKE für ein grundsätzliches Verbot ein. Als erster Schritt sind alle Bohrungen, auch zur Probe, nach Erdöl und Erdgas in Naturschutzgebieten zu verbieten.

Atomkraftwerk Brokdorf abschalten. Die Gefährdung der Menschen durch diese Hochrisiko-Technologie sowie die weitere Produktion von radioaktivem Müll sind nicht zu rechtfertigen.

Der Rückbau der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel ist in einem Konsens-Verfahren vorzunehmen, ähnlich wie dies schon für den stillgelegten Forschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums in Geesthacht durchgeführt wird.

In Kreisen und Gemeinden setzen wir uns für die Erarbeitung von Energiespar- und Klimaschutzkonzepten ein. Das Land Schleswig-Holstein fördert diese Maßnahmen und stellt Expertisen bereit.

Stromleitungen werden nur noch als Erdkabel verlegt.

Energiewende dezentral gestalten

Die Energiewende erfordert die dezentrale Organisation der Energieversorgung. Ohne eine Stärkung

der Erneuerbaren Energien, insbesondere Sonne und Wind, ist Klimaschutz nicht möglich. Unser Trumpf im Land ist die Windenergie. DIE LINKE wird darauf achten, dass bei ihrem Ausbau die Interessen aller Menschen gewahrt werden.

Mit uns wird es keine Genehmigungen für den Bau von Windkraftanlagen in Naturschutz- und Vogel-schutzgebieten geben.

Für jede Windkraftanlage muss ein mindestens 500 Quadratmeter großes, zusammenhängendes Stück Land als Ausgleichsfläche unter Schutz gestellt und der Natur überlassen werden.

Betreiber von Windkraftanlagen müssen in der Kommune, auf deren Gebiet die Anlage steht, Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer abführen.

Anteile an Windkraftanlagen müssen für Gemeinden und die ortsansässigen Einwohnerinnen und Einwohner vorrangig für wenig Geld zu erwerben sein. Die direkte Beteiligung von Kommunen an Windkraftanlagen soll gefördert werden.

Mobilität: Sozial und ökologisch

Viele Straßen in Schleswig-Holstein sind marode, ganze Eisenbahnstrecken dringend erneuerungsbedürftig. Der Zustand von über 50 Prozent aller Brücken in Schleswig-Holstein wird gerade noch als „ausreichend“ bewertet, statt notwendiger Grundsanierung wird häufig nur kurzlebige Flickwerk vorgenommen. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals verzögert sich weiterhin und verursacht sinkende Einnahmen aus Kanalgebühren sowie im gesamten Ostsee-Raum eine Verlagerung von Frachttransporten auf die Straßen.

Ein gewaltiger Investitionsstau von über 27 Milliarden Euro alleine an sogenanntem Nachholbedarf ist aufgelaufen, um die Verkehrsinfrastruktur in

Schleswig-Holstein überhaupt auf dem jetzigen Niveau zu erhalten.

Durch fortgesetzte Privatisierungen öffentlicher Verkehrsträger haben die Landesregierungen politische Steuerungskompetenzen und damit demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Unter dem Vorwand der Befolgung europarechtlicher Vorschriften wurden Ausschreibungen durchgeführt, die Anbieter mit niedrigen Standards bevorzugten und Geschäftsmodelle, die auf Sicherheits- und Personalabbau setzen, auch noch mit öffentlichen Mitteln fördern.

Die Fahrpreise für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Regionalverkehr in Schleswig-Holstein gehören zu den höchsten der Republik. Einkommensschwache Menschen, Ältere und Erwerbslose sind durch steigende Fahrpreise zunehmend von gesellschaftlicher Teilhabe und dem ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Gerade ländliche Räume sind nur schlecht in den ÖPNV eingebunden, in den Schulferien und an Wochenenden sind viele Ortschaften gar nicht per Bus erreichbar. Jugendliche und Menschen ohne eigenes Fahrzeug werden erheblich in ihrer Mobilität und Tagesplanung eingeschränkt, wenn Busse kleinere Ortschaften nur wenige Male am Tag oder überhaupt nicht anfahren.

Für DIE LINKE ist Mobilität ein Grundrecht, notwendige Bedingung für Freizügigkeit und selbstbestimmte Teilhabe am sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Zur Verwirklichung dieses Grundrechts ist eine abgestimmte und nachhaltige Verkehrsplanung erforderlich, die sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner orientiert und sie an den Entscheidungen in diesem Bereich direkt beteiligt. Aus Verantwortung für die Natur und für künftige Generationen müssen wir bei einer zukunftsfähigen Organisation des Verkehrswesens auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen. Für uns steht Instandhaltung vor Neubau.

Öffentlicher Personennahverkehr stellt nicht nur die ressourcenschonendste Verkehrsart dar, sondern er ist Arbeitgeber für tausende Menschen in Schleswig-Holstein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen in Schleswig-Holstein eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der größeren Städte ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes, gut getaktetes und bezahlbares ÖPNV-Angebot. Perspektivisch strebt DIE LINKE einen entweder steuer- oder umlagefinanzierten ÖPNV zum Nulltarif für alle Einwohnerinnen und Einwohner an.

Zur Einleitung einer sozial-ökologischen Verkehrswende wird DIE LINKE im Landtag:

- Als Einstiegsprojekt für einen ÖPNV zum Nulltarif einen Gesetzentwurf einbringen, der allen minderjährigen Einwohnerinnen und Einwohnern die kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ermöglichen soll. Der zusätzliche Finanzbedarf in Höhe von rund 53 Millionen Euro ist durch das Land zu tragen.
- Beantragen, dass auch volljährige (Berufs-) Schülerinnen und Schüler, Auszubildende sowie Teilnehmende an schulischen Berufsausbildungen zu ähnlich vergünstigten Konditionen den ÖPNV nutzen können wie Studierende. Hier stehen die Ausbildungsbetriebe in der Verantwortung, aber auch Land und Kommunen.
- Eine Neuverhandlung des SH-Tarifs mit dem Ziel von Fahrpreissenkungen beantragen.
- Überlegungen, den SH-Tarif mit dem Tarifsystem des Hamburger Verkehrsverbundes zusammenzuführen und perspektivisch einen norddeutschen Tarifverbund zu schaffen, stehen wir offen gegenüber, wenn dieses zu geringeren Fahrpreisen und verbessertem Angebot führt.

- Für eine Abschaffung der Ersten Klasse in den Regionalbahnen zur effizienteren Nutzung der Kapazitäten eintreten.
- Die Wiedereröffnung von stillgelegten Bahnrassen einfordern, insbesondere die Bahnstrecken Flensburg – Niebüll sowie Neumünster – Ascheberg, um Ost-West-Bahnverbindungen innerhalb des Landes zu stärken.
- Sich für den vollständig zweigleisigen Ausbau der Westküstentrasse einsetzen.
- Wir wollen die Fernverkehrsverbindungen auf dieser Strecke ausweiten, um eine stärkere Anbindung an den überregionalen Bahnverkehr sicherzustellen. Perspektivisch muss es eine ICE-Linie mit Zielen an der Westküste geben.
- Gesetzgeberische Maßnahmen ergreifen, den barrierefreien Ausbau aller Bahnhaltunkte in Schleswig-Holstein voranzutreiben und den barrierefreien Zugang während der gesamten Betriebszeit zu garantieren.
- Für eine stärkere Förderung des Fahrrads als Verkehrsmittel eintreten. Langfristig sollen alle Landesstraßen auch außerhalb geschlossener Ortschaften Radwege haben. Innovative Konzepte wie regionale Radschnellwege sollen aus Landesmitteln gefördert werden. Wir brauchen ein gut ausgeschildertes Radwegenetz möglichst mit Wegen abseits von vielbefahrenen Straßen, außerdem muss das Angebot der Mitnahme von Fahrrädern in Bussen ausgeweitet werden.
- Eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und die Tarifbindung im Verkehrswesen durchsetzen. Lohndumping muss bekämpft werden, auch im Güterverkehr. Als Sofortmaßnahme wollen wir die Anzahl von Standplätzen für LKW entlang schleswig-holsteinischer Autobahnen auf ein ausreichendes Maß erhöhen.
- Den Einsatz von überlangen Lkw (Giga-Liner) verbieten.
- Festschreiben, dass ab 2019 von Behörden und Betrieben des Landes ausschließlich Fahrzeuge mit Elektroantrieb angeschafft werden. Ausnahmen sollen nur bei Baumaschinen und landwirtschaftlichem Gerät möglich sein.
- Den Stopp aller weiteren Privatisierungen im Verkehrsbereich sowie die perspektivische Rücknahme bereits erfolgter Privatisierungen von Verkehrsbetrieben durch Rekommunalisierungen und/oder Überführung in gemeinwirtschaftliche Eigentumsformen verlangen.
- Jegliche Baumaßnahmen in sogenannter öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) ablehnen. Sie waren bisher immer teurer für den Staat als eine Eigenfinanzierung und haben nur langfristige Profite von Baukonzernen gesichert.
- Sich dafür einsetzen, dass die beschlossene Bundesfernstraßengesellschaft rückabgewickelt wird und nicht für die (Teil-)Privatisierung von Bundesstraßen und Autobahnen genutzt wird.
- Eine Bundesratsinitiative beantragen, um eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG endgültig auszuschließen.
- Das mit Abstand größte Mammutprojekt ist die geplante feste Fehmarnbeltquerung. Bereits jetzt zeichnet sich eine gewaltige Kostenexplosion ab, die andere gescheiterte Großprojekte wie Stuttgart 21 oder den Flughafen Berlin-Brandenburg in den Schatten

stellt. Der lokale Widerstand gegen dieses gigantomanische Bauvorhaben wächst auf beiden Seiten des Fehmarnbelts. DIE LINKE war sich gemeinsam mit Umweltschutzverbänden, lokalen Bürgerinitiativen und der dänischen Linkspartei Enhedslisten in der Ablehnung der auch volkswirtschaftlich völlig unsinnigen festen Fehmarnbeltquerung immer einig – dabei wird es bleiben.

Als Alternative zu diesem und anderen fragwürdigen Bauvorhaben will DIE LINKE die marode Rader Hochbrücke durch einen kombinierten Straßen- und Eisenbahntunnel ersetzen, um die Verkehrsverbindungen von und nach Skandinavien zu stärken.

Offen für alle

Frauen stärken

Es gibt noch viele Hindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Leben. Wir sind von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter noch weit entfernt. Die Lage von Frauen in Schleswig-Holstein erfordert sehr konkrete Unterstützungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Geld.

Frauen bekommen in Schleswig-Holstein rund 532 Euro weniger Altersrente als Männer (Frauen 529 Euro, Männer 1061 Euro) und erreichen damit noch nicht einmal das Grundsicherungsniveau. Frauen in Schleswig-Holstein sind vor allem im Ge-

DIE LINKE fordert:

- Die weiteren Planungen für eine Verlängerung der A 20 nach erfolgtem Anschluss an die A 7 aufzugeben sowie für die Querung der Elbe westlich von Hamburg eine Ausdehnung des Fährverkehrs zu prüfen.
- Auf eine Verlängerung der A 21 in Richtung Süden zu verzichten.
- Eine Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, damit über große Bauprojekte im Verkehrsbereich verpflichtend eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss. Hierbei soll eine Zweidrittel-Ablehnung in den von den geplanten Baumaßnahmen direkt betroffenen Kommunen als endgültiges Veto gelten.

sundheits- und Sozialwesen sowie im Handel und Tourismus beschäftigt. In diesen Bereichen gibt es einen hohen Anteil an Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung, und Frauen bekommen hier überproportional zu niedrige Löhne. In Schleswig-Holstein gibt es rund 56.000 Alleinerziehende, 91 Prozent davon sind Frauen.

Wir wollen ein Schleswig-Holstein, in dem beispielhaft und vorbildlich die wesentlichen Forderungen der Frauenbewegung umgesetzt werden:

eigenständige Existenzsicherung, paritätische Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, das Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und mehr Zeit für das ganze Leben.

Für DIE LINKE ist Frauenpolitik kein Gedöns und keine Extra-Politik. Wir prüfen alle Vorschläge mit der Frage, welche Auswirkungen sie für die Frauen im Land haben und was die Lage der Frauen in Schleswig-Holstein explizit verbessern kann. Das ist auch unser Maßstab im Landtag.

Die LINKE fordert:

- Einrichtung eines Landesprogramms zum Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternphase.
- Kompetenzzentrum für Gleichstellungsfragen zur Beratung von Kommunen, Unternehmen und Verwaltung.
- Bedarfsgerechte Ausstattung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von Schutzeinrichtungen für Frauen.
- Bedarfsgerechte Ausstattung, personelle Aufstockung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von Frauenberatungsstellen, Frauen- und Mädchenprojekten.
- Sicherung des Stundenumfangs der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf mindestens 20 Wochenstunden.
- Konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ und Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben.
- Die paritätische Besetzung aller Führungspositionen im Zuständigkeitsbereich des Landes.
- Arbeitsmarktprogramme im öffentlichen Beschäftigungsbereich für Frauen.

- Die Überprüfung aller haushaltsrelevanten Entscheidungen mit Wirkung auf die Geschlechter.
- Frauen- und Sammeltaxis für die Abend- und Nachtstunden.
- Finanzielle Absicherung und personelle Aufstockung der Fachberatungen für Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung.
- Ein umfassendes Konzept zur Gewaltprävention.

Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – Gegen Homo- und Transphobie

DIE LINKE kämpft für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik, die für die Gleichberechtigung verschiedener Lebensentwürfe eintritt. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“.

Ausgrenzung, Diskriminierung, Beleidigungen und auch Gewalt sind immer noch bittere Realität für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI). Viele von ihnen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Für viele ist es schwer, eine sexuelle Identität, die vom gängigen, in manchen Kulturen vorherrschenden heterosexuellen Muster abweicht, vor sich und ihrer Umgebung offen zu leben. Einige von ihnen haben auch aus Angst vor oder aus erlebter Erfahrung mit gesellschaftlicher und familiärer Repression bzw. Gewalt ihre Heimatländer verlassen. Im Integrationsprozess wird ihre Identität oft noch nicht genug berücksichtigt.

DIE LINKE wendet sich ohne Einschränkungen gegen jede Form von Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und intergeschlechtlichen Menschen – sei es im privaten Bereich, in der Schule, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie in der medialen Öffentlichkeit. Jegliches Mobbing und jede Form von Gewalt steht der Freiheit und Entwicklung jeder Persönlichkeit entgegen und widerspricht unserer grundsätzlichen Auffassung von einer sozialen, toleranten, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

Wir wollen die rechtliche Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft für alle Paare herstellen. Insbesondere fordern wir gleiche Adoptionsrechte für homo- wie für heterosexuelle Paare. Wir werden entsprechende Vorhaben der Landesregierung im Bundesrat unterstützen. Ebenso stehen wir für die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des mittlerweile gestrichenen Strafrechtsparagrafen 175 ein. DIE LINKE wird in Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative anstoßen, die einfordert, dass Menschen bei der Angabe ihres Geschlechtes neben männlich und weiblich ein X angeben können.

Die Anerkennung der Vielfalt sexueller Identitäten gilt für alle Lebensbereiche und alle Lebensabschnitte – auch für ältere Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen. Ihre Bedürfnisse müssen in sozialen, medizinischen und pflegerischen Bereichen stärker Berücksichtigung finden.

Auf Landesebene will DIE LINKE eine umfangreiche Initiative zur Akzeptanz der sexuellen Vielfalt starten. Dies wurde auch von der derzeitigen Landesregierung versprochen, aber in der Umsetzung ist viel zu wenig passiert. Mit maximal 50.000 Euro pro Jahr war diese Initiative so schlecht finanziert wie keine andere entsprechende Initiative in der Bundesrepublik. In der Umsetzung wurde viel zu wenig mit den Verbänden und Initiativen gesprochen, die sich schon seit Jahrzehnten des Themas annehmen.

DIE LINKE fordert einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um Homo- und Transphobie nachhaltig zu begegnen. DIE LINKE hält das Thema für ein entscheidendes Menschenrechtsthema der Gegenwart, und dementsprechend muss das Budget erhöht werden. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden. Wichtig ist, diese Mittel nicht weiter dazu zu nutzen, die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit leisten und Menschen unterstützen, die Hilfe benötigen. Die Mittelaufstockung muss statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden.

Wir brauchen eine Studie, die konkrete Punkte benennt, der Homo- und Transphobie in Schleswig-Holstein zu begegnen. Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene „SchLau“-Projekt leistet mit seinem Ansatz der „peer education“ wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu werden. Außerdem gehören alternative Lebensentwürfe in Lehrpläne und Schulbücher. Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Homo- und Transphobie wahrzunehmen und zu begegnen.

LSBTI-Wohnprojekte (z.B. Wohngemeinschaften), die der sexuellen Identität älterer Menschen gerecht werden, sollen gefördert werden.

Menschen mit Transgeschlechtlichkeit muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Identität ihnen ihr Pass aufzwingt.

Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom inneren zum äußeren Coming Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen. Hilfesuchende Menschen sollen informiert und ermuntert werden, ihre Rechte wahrzunehmen, um Gefahren zu erkennen und zu begegnen. Auch hier müssen ehrenamtliche Strukturen professionalisiert werden. Oft sind Initiativen mit Menschen konfrontiert, deren Problemlagen von Mehrfachbenachteiligungen geprägt sind. Hier brauchen wir fachlich hochqualifiziertes Personal.

Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen.

Im Integrationsprozess von Migrantinnen und Migranten mit queer- oder homosexueller Identität fordert DIE LINKE, geeignete Beratungsangebote flächendeckend bereitzustellen.

Wir wollen einen respektvollen Dialog mit Religionsgemeinschaften, um für die Notwendigkeit der Akzeptanz von sexueller Vielfalt zu sensibilisieren. Der besonders unter stark konservativen oder gar fundamental-religiösen Menschen vorhandenen Homo- und Transphobie muss in der Beratung sowie in der Öffentlichkeit wirksam begegnet werden.

Um vielen dieser Forderungen auch durch Verwaltung und Politik des Landes Gewicht zu verleihen, fordert DIE LINKE die (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller Identitäten“ in einem Ministerium. Dieses Referat soll sowohl die Außendarstellung emanzipatorischer Politik der Landesregierung als auch die logistische und finanzielle Ausstattung von Beratungs- und Begegnungsangeboten in allen Regionen des Landes wahrnehmen. Die Förderung aus Landesmitteln wird dafür als ausreichende institutionelle Förderung und nicht als Einzelprojektförderung vorgenommen.

Gegen Menschenhass und Ausgrenzung, für ein weltoffenes Land

In Zeiten sich vertiefender sozialer Spaltungen und der Krise individueller Lebensentwürfe finden rechte, vereinfachende Deutungen zunehmend Gehör. Gesellschaftliche Verunsicherung wird von rechtspopulistischen Kräften auch in Schleswig-Holstein genutzt, um Menschenhass und Ausgrenzung zu fördern.

Angestachelt durch die allgegenwärtige Hetze gegenüber Geflüchteten gab es auch in Schleswig-Holstein Anschläge auf Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete. Der Politik der Angst setzen wir unsere Menschlichkeit und unsere Solidarität entgegen. Rassismus und Antisemitismus sagen wir den Kampf an, auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen.

Anstatt Kriegsehrenmäler wie in Laboe zu finanzieren, wollen wir Schulen finanziell unterstützen, damit die Schülerinnen und Schüler antifaschistische Erinnerungsorte besuchen oder sich für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ engagieren können.

Wir unterstützen die antifaschistische Bildungsarbeit und setzen uns für Erhalt und weitere Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie brauchen

Planungssicherheit und entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung, um ihrer Funktion der Erinnerung und Mahnung gerecht zu werden.

Der 8. Mai soll als „Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ staatlicher Feier- und Gedenktag in Schleswig-Holstein werden.

Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie Zebra e.V. oder Programme für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der rechten Szene müssen genauso verlässlich finanziell unterstützt werden wie die lokalen Bündnisse, die sich gegen rechts und für ein weltoffenes Schleswig-Holstein stark machen.

Wir werden mit der AfD in Schleswig-Holstein in keiner Weise kooperieren. Eine Partei, die laut darüber nachdenkt, Menschen zu erschießen, die Religionsfreiheit einschränken will und durch völkische Ideologie geprägt ist, wird von der LINKE bekämpft. Das Erstarken der AfD zeigt, dass rassistisches Denken in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Wir wollen diejenigen stärken und im öffentlichen Raum sichtbar machen, die von der AfD bekämpft werden. Damit meinen wir aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten, LSBTI, Alleinerziehende, Frauen, Geflüchtete, Niedrigverdienende und alle anderen Gruppen, die nicht in das verquere Weltbild dieser Partei passen.

Institutionellen Rassismus bekämpfen

Beispiele wie die rassistischen Internet-Beiträge von Polizeianwärtern der Polizeischule Eutin und die Untersuchungen rund um die Terrororganisation NSU, deren Mitglieder ungestört Menschen mit Migrationshintergrund ermorden konnten, zeigen, wie weit Rassismus in öffentlichen Institutionen verbreitet ist. Schon ein normaler Spazier-

gang kann für nicht-weiße Menschen zum Spießrutenlauf werden, wenn sie auf Grund von Racial Profiling nach Ausweis und Aufenthaltsgenehmigung gefragt werden.

DIE LINKE in Schleswig-Holstein fordert:

- Verpflichtende Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes im Bereich Anti-Diskriminierung.
- Den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes durch Förderprogramme zu erhöhen.
- Verstärkte Aufklärungsbemühungen der Straftaten gegen Geflüchtete.

Geflüchteten helfen, Integration fördern

Schleswig-Holstein ist, wie die gesamte Bundesrepublik, eine Einwanderungsgesellschaft. Viele Eingewanderte leben seit Generationen hier, andere haben erst jüngst Schutz und Aufnahme gesucht: Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen sowie unterschiedlicher sexueller Orientierung. Das Mit- und Nebeneinander verschiedener kultureller Prägungen ist eine seit langer Zeit gelebte gesellschaftliche Normalität. Bei der Diskussion um Multikulturalität geht es ausschließlich um das Wie. Wer Debatten über das Ob führen möchte, verweigert die Realität.

Solidarität ist unser Leitmotiv im Umgang mit geflüchteten Menschen. DIE LINKE steht klar zur Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und wird alle weiteren Verschärfungen der Asyl- und Aufenthaltsgesetze bekämpfen. Alle Sondergesetze zulasten von Flüchtlingen und Asylsuchenden

den wie etwa die Pflicht, sechs Monate in Sammelunterkünften leben zu müssen oder das ausgeweitete Arbeitsverbot sind aufzuheben. Abschiebungen sind für alle Beteiligten eine große physische und psychische Belastung. DIE LINKE fordert als erste Maßnahme einen konsequenten Abschiebestopp.

Die integrationsorientierte Aufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden muss unabhängig von spekulativen oder tatsächlichen Bleiberechtsperspektiven gestaltet werden. Das Land Schleswig-Holstein soll anstatt eines integrierten Rückkehrmanagements das Konzept einer perspektiven-offenen Integrationsförderung verfolgen.

Wir wollen eine schnelle dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen. Dabei soll Schleswig-Holstein die Wohnraumaufgabe nicht anwenden. Gemeinschaftsunterkünfte müssen Mindeststandards entsprechen und regelmäßig kontrolliert werden. Menschenunwürdige Not- und Massenunterkünfte müssen sofort geschlossen werden. Wir setzen uns dabei für bezahlbare Wohnungen für alle Menschen ein und lassen nicht zu, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE:

- Alle in den Landesunterkünften aufgenommenen Schutzsuchenden sollten gleichen Regelungen unterliegen, damit alle die gleichen Möglichkeiten des Zugangs zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Asylverfahren haben.
- Die Förderung durch das Land zur Erweiterung des Verfahrensberatungsangebots in den Landesunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen durch Aufstockung des Beratungsschlüssels sowie durch einrichtungs-externe Träger.

- Gewährleistung unabhängiger Rechts- und Verfahrensberatung in möglichst allen Ankunftszentren, einschließlich individueller Verfahrensberatung als Ergänzung zur Gruppenberatung.

Kreise, Städte und Gemeinden müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und weiterem Personal ausgestattet werden, damit sie Geflüchtete in Wohnungen unterbringen sowie Unterstützung, Beratung und Integration von Geflüchteten gewährleisten können. Hierbei ist zu prüfen, ob bisher ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe Tätige auf Wunsch für entsprechende Aufgaben dauerhaft in den Öffentlichen Dienst übernommen werden können. Kommunen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Nachbarschaftszentren und -initiativen müssen bei der Weiterentwicklung einer Willkommenskultur vom Land unterstützt werden, um zügig die Teilhabe von Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben ermöglichen zu können. Dazu gehören der Zugang zu Bildung und Arbeit, ebenso wie zur Gesundheitsversorgung.

DIE LINKE fordert:

- Die Öffnung der Regeldienste der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung sowie der Eingliederungshilfe für Geflüchtete. Die Versorgung Geflüchteter ist in die Psychiatrieplanung des Landes aufzunehmen.
- Einstufung von posttraumatischen Belastungsstörungen sowie Depressionen als lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung im Sinne des Aufenthaltsgesetzes. Bei der Diagnose posttraumatischer Belastungsstörung muss eine Aufenthaltsgewissmachung von mindestens sechs Monaten erfolgen, damit eine professionelle Behandlung der Erkrankung gewährleistet werden kann.

- Aufbau von dauerhaften Kooperationsstrukturen zwischen den auf Gewalt spezialisierten Frauenfacheinrichtungen und Angeboten der Migrations- und Geflüchtetenarbeit.
 - Die Verbesserung der Datenlage zu Geflüchteten mit besonderen Bedürfnissen wie beispielsweise bei psychischen Erkrankungen sowie systematische Erhebungen zur Gruppe der besonders schutzbedürftigen Personen gemäß der EU-Richtlinie 2013/33/EU.
 - Flächendeckende Qualifizierungsmaßnahmen zur beruflichen Integration, auch passgenaue Angebote für Personen mit einer beruflichen Teilanerkennung. Die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes in Schleswig-Holstein muss beschleunigt werden.
 - Spracherwerb ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und für den Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Deshalb wollen wir einen schnellen und unbeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für alle Geflüchteten umsetzen. Notwendig ist ein Konzept, das von Erstberatung bis zu Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert. Wir wollen eine Qualifizierungsoffensive für Geflüchtete und Langzeiterwerbslose.
 - Landesweit müssen einheitliche, der Sicherung des Kindeswohls angemessene Standards für Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen festgelegt werden. Die Beteiligung und umfassende Information der Minderjährigen über ihre Situation und alle Verfahren, denen sie sich unterziehen müssen, müssen sichergestellt werden. Hierzu ist die zeitnahe Einsetzung einer rechtlichen Vertretung dringend notwendige Voraussetzung.
 - Wir setzen uns für Kita-Plätze für alle geflüchteten Kinder in regulären Kitas ein. Diese müssen ausgebaut und personell gestärkt werden. Die größeren Kinder brauchen den Schulbesuch in regulären Schulen, nicht in Sammelunterkünften. Städte und Gemeinden sollen bei der Sicherstellung von ausreichend Plätzen in Schulen und Kitas für die Beschulung und die Betreuung von geflüchteten Kindern unterstützt werden.
 - Je zügiger die Integration erfolgt, desto schneller können die Eingewanderten ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben mitten in unserer Gesellschaft führen. Die Aufnahme-gesellschaft kann und wird hierfür ihren Beitrag leisten. Weltoffenheit und Willkommenskultur sind die Voraussetzungen, um den Menschen, die Hilfe brauchen, einen guten Start zu bieten. Gleichzeitig ist erforderlich, dass Eingewanderte kulturelle Unterschiede zu ihren Herkunftsländern akzeptieren. Der Prozess gegenseitiger Annäherung verpflichtet alle Beteiligten auf denselben demokratischen Wertekanon.
- Wer für längere Zeit oder auf Dauer in Schleswig-Holstein lebt, muss sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen können. Eingewanderte, Geflüchtete und Asylsuchende sollen nicht in der Situation bleiben, fremdbestimmter Gegenstand behördlichen Handelns zu sein, sondern müssen politische Beteiligungsrechte erhalten.

Deswegen will DIE LINKE:

- Einen Landesintegrationsbeirat, in den jede Einwohnerin und jeder Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit wahlberechtigt und wählbar ist. Der Landesintegrationsbeirat soll bei allen Gesetzesvorhaben angehört und beteiligt werden.

- Eine Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein für eine Änderung des Grundgesetzes, so dass auch Menschen aus Nicht-EU-Ländern bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht erhalten können.

Fluchtursachen bekämpfen

Wir brauchen die Entwicklung einer ernsthaften Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Geflüchteten. Dazu gehören diplomatische Offensiven der Bundesregierung und der EU zur Befriedung der Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und in Europa, ein Ende der rassistischen Verfolgung von Sinti und Roma in vielen Ländern der EU selbst, der Stopp der Waffenexporte, der Kriegseinsätze der Bundeswehr, der polizeilichen und geheimdienstlichen Kooperation mit Diktaturen und wirksame Strategien zur Eindämmung schädlicher Klimaveränderungen.

Kulturelle Vielfalt erhalten, Minderheiten stärken

Kulturelle Zugehörigkeit ist nicht allein von Erstsprache, Geburtsort oder Staatsbürgerschaft abhängig, sondern auch von der oft mehrfachen kulturellen Identität des einzelnen Menschen und dem daraus abgeleiteten Bekenntnis. Daher müssen, können und wollen viele Menschen in Schleswig-Holstein sich nicht nur zur deutschen Mehrheitskultur bekennen; sie sind vielmehr Teil mehrerer Kulturen. Die dänische Bevölkerungsgruppe ist ein besonders deutliches Beispiel dafür, aber ebenso auch viele Menschen mit Migrationshintergrund.

Schleswig-Holstein ist durch seine Geschichte zu einer besonderen Region vielfältiger kultureller Identitäten geworden. Heute gehören dänische, friesische, türkische, osteuropäische und außer-europäische Kulturen zum Alltag in unserem Bundesland. Das funktioniert nicht in allen Bereichen

problemlos, doch die meisten Menschen in Schleswig-Holstein pflegen ein gutes Miteinander, unabhängig von kulturellen Identitäten. Das darf durch fremdenfeindliche und nationalistische Strömungen nicht in Gefahr gebracht werden.

Für einige Bevölkerungsgruppen, besonders aus zugewanderten Kulturen, ist die Integration durch und in die schleswig-holsteinische Gesellschaft jedoch noch immer nicht ausreichend gelungen oder mit Problemen belastet. Das mindert Erfolgchancen in Schule und Beruf und führt häufig zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Gewalt und sozialen Spannungen. Hier ist eine vielfältige Integrationspolitik für alle Menschen in Schleswig-Holstein notwendig.

1. Dansk und Frasch – Dänisches und friesisches Leben gehört zu Schleswig-Holstein

Neben der deutschen Mehrheitsbevölkerung ist die dänische und friesische Bevölkerungsgruppe historisch gewachsen und ein fester Bestandteil der schleswig-holsteinischen Gesellschaft. Ein rein deutsch-kulturelles Schleswig-Holstein hat es nie gegeben. Für die dänische und friesische Bevölkerung gibt es eine vielfältige selbstverwaltete Organisationsstruktur. Für die dänische Bevölkerungsgruppe repräsentieren und gewährleisten insbesondere der SSF (Sydslesvigsk Forening) sowie das dänische Bildungswesen (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.) die wichtigsten kulturellen Belange. Die friesische Kultur an der Westküste organisiert sich im Friesenrat (Frasche Råd). Durch die Kopenhagen-Bonn-Erklärung (1955) wurden Rechte und Positionen der deutschen bzw. dänischen Minderheit beiderseits der dänisch-deutschen Grenze zur Grundlage für das Verhältnis der deutschen und dänischen, aber auch der friesischen Bevölkerungsgruppen. Es hat sich weitestgehend positiv und spannungsfrei entwickelt und ist Teil der kommunalen, regionalen und schleswig-holsteinischen Identität. Dies ist

auch dem verstärkten Fokus der Landespolitik auf die Belange der beiden Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben.

2. Sinti und Roma – seit über 500 Jahren ein Teil Schleswig-Holsteins

Die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma ist seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein zu Hause. Ihre Bedingungen waren lange durch Vorurteile der Mehrheitsbevölkerung und eine nur schwierige Integration problematisch. In der Zeit des Hitlerfaschismus wurden sehr viele Sinti und Roma aus Schleswig-Holstein und aus ganz Europa Opfer des rassistischen Terrors und des brutalen Völkermordes. Erst 1998 wurde der Status der Sinti und Roma in der BRD als kulturelle Minderheit anerkannt, seit 2012 ist er in der schleswig-holsteinischen Verfassung festgeschrieben. Seit 1990 sind die etwa 5.000 Sinti und Roma im Verband deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. organisiert.

3. „Ola! Selam! Priwjet! Marhaba! Jambo! Salam!“ Aus Süd- und Osteuropa sowie aus außereuropäischen Kulturen Zugewanderte sind seit Jahrzehnten ein Teil Schleswig-Holsteins

Wie in anderen Regionen Mitteleuropas hat sich die Gesamtgesellschaft Schleswig-Holsteins in den vergangenen rund 50 Jahren durch die Zuwanderung von Menschen aus Südeuropa, der Türkei und Osteuropa sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus afrikanischen Ländern deutlich verändert. Nicht in allen Fällen ist die kulturelle und soziale Integration geglückt. Zu sehr abgegrenzte kulturelle und sprachliche Parallelgesellschaften zeugen bisweilen von Schwierigkeiten und Versäumnissen bei der Integration. In Schleswig-Holstein kam es auch zu teils gewaltvollen Spannungen zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen. Seit den 1990er Jahren ist in ei-

nigen Teilen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ein fremdenfeindliches und rassistisches Potenzial zu beobachten, das sich in tätlichen Angriffen auf Wohnhäuser, Asylzentren und auf Einzelpersonen manifestiert; diese werden durch neofaschistische Gruppen und Einzelpersonen verübt. Dies hat die Integrations- und Kommunikationsbedingungen mancherorts noch erschwert und zu einer politisch und emotional aufgeheizten Polarisierung der gesamtgesellschaftlichen Atmosphäre geführt.

DIE LINKE will eine Gesellschaft mit Rahmenbedingungen, in denen jeder Mensch seine Fähigkeiten und seine Persönlichkeit entfalten kann, in der niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede und jeder sich einbringen kann. Das ist für das Zusammenleben verschiedener Kulturen notwendig und darf nicht politischem Kalkül geopfert werden.

Globale Menschenrechte und die Rechte des Grundgesetzes gelten für alle Menschen in unserem Land – unabhängig von ihrer kulturellen Identität. Sie sind der unveräußerliche Maßstab des Zusammenlebens aller Menschen in Schleswig-Holstein und anderswo.

Aufgrund realer Probleme und Konflikte ist der Schutz kultureller, religiöser und ethnischer Minderheiten ein „Muss“ für eine demokratische Gesellschaft. Dies gilt in sozial-, kultur- und bildungspolitischer Hinsicht ebenso wie in religiösen und ethnischen Bereichen.

DIE LINKE fordert für den Erhalt und den Ausbau der kulturellen Vielfalt:

- Eine den Bedürfnissen der verschiedenen Kulturen angemessene finanzielle öffentliche und garantierte Förderung von sozialen, kulturellen sowie Bildungs- und Sprachangeboten, die sowohl den kulturellen Minderheiten als auch der deutschen Mehrheitsbevölkerung gerecht wird.
 - Eine „Integration der Mehrheit“ in die Vielfalt von Kulturen im Bildungsbereich von Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie im Arbeitsleben. Dazu sind in den Lehrplänen sowie den Lehr-, Lern- und Weiterbildungsangeboten Inhalte, die der schleswig-holsteinischen Vielfalt von Kulturen umfänglich gerecht werden, zum verpflichtenden Standard zu erklären.
 - Kulturelle Zentren in den Kreisen und kreisfreien Städten, in denen Bildungs-, Kultur- und Beratungsangebote, aber auch Konfliktlösung auf professioneller Basis durchgeführt werden können und die die Vielfalt der schleswig-holsteinischen Kulturen widerspiegeln. Eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung muss aus Landesmitteln garantiert sein.
 - Die angemessene und großzügige finanzielle Unterstützung von Bildungsträgern der dänischen und friesischen Bevölkerungsgruppen sowie der Sinti und Roma. Deren Charakter der privaten Vereinsstruktur darf der grundsätzlichen Gleichbehandlung nicht entgegenstehen, weder beim schleswig-holsteinischen Anteil an der Finanzierung noch bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder logistischen Bedingungen wie Neu- und Umbauten, Ausstattung oder Schulbustransport.
- Die Aufwertung der dänischen Sprache in den öffentlichen Schulen der Kreise Flensburg, Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und teilweise Rendsburg-Eckernförde. Im Landesteil Südschleswig sollte das Fach Dänisch als zweite Fremdsprache ab Klassenstufe 7, eventuell bereits ab Klassenstufe 5 obligatorisch sein. Dies dient der Kommunikation mit Angehörigen der dänischen Bevölkerungsgruppe und erhöht die Chancen der Berufsausbildung. In der Ausbildung von Lehrkräften ist die Ausbildung in dänischer Sprache und Kultur für den Dänisch-Unterricht der Klassenstufen 7 bis 10 sowie des Gymnasiums spürbar auszubauen.

Wir fordern eine verlässliche institutionelle Förderung der autochthonen, das heißt einheimischen Minderheiten aus Landes- und Bundesmitteln, damit die langfristige Finanzierung der Strukturen und Projekte der Minderheiten gewährleistet und gesichert ist. DIE LINKE wird im Landtag entsprechende Bundesratsinitiativen unterstützen.

Solidarische Gesellschaft:

Alle haben ein Wort mitzureden

Direkte Demokratie stärken

DIE LINKE Schleswig-Holstein tritt für die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ein. Für uns ist es zentrale Aufgabe der Politik, allen hier lebenden Menschen umfangreiche und wirkungsvolle Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte zu verschaffen. Wir wollen, dass die vorhandenen Rechte besser genutzt werden können und diese noch erweitern. Demokratische Teilhabe und echte Mitentscheidungsmöglichkeiten sind die beste Maßnahme gegen autoritäre Ideologien, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus.

Hierfür müssen die vorhandenen Instrumente der Volksgesetzgebung gestärkt werden:

- Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide – auch über haushaltswirksame Fragen müssen ermöglicht werden.
- Die Zulässigkeit der vorzeitigen Auflösung des Landtages per Volksentscheid ist in der Landesverfassung zu verankern.
- Änderungen von Landesverfassung und Kommunalverfassung sowie des Landeswahlgesetzes und des Volksabstimmungsgesetzes müssen durch einen obligatorischen Volksentscheid bestätigt werden.
- Eine (Teil-)Privatisierung von landeseigenen Betrieben soll nur noch dann möglich sein, wenn dies durch einen gültigen Volksentscheid gestattet wurde.

- Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, Beschlüsse des Landtages innerhalb von drei Monaten durch einen Volksentscheid wieder aufheben zu können (fakultatives Referendum).

Auf der kommunalen Ebene sind Maßnahmen notwendig, um die Nutzung der direktdemokratischen Instrumente Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu erleichtern:

- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen auch über haushaltswirksame Fragen, die kommunalen Eigenbetriebe sowie die Hauptsatzung ermöglicht werden.
- Unabhängig von der Kreis- und Gemeindegröße wird für Bürgerbegehren ein Einleitungsquorum von drei Prozent festgelegt.
- Initiatorinnen und Initiatoren eines erfolgreichen Bürgerbegehrens müssen für angemessene Werbung eine Kostenerstattung erhalten können, wie sie im Volksabstimmungsgesetz vorgesehen ist. Hierzu ist ein Fonds „Kommunale Demokratie“ einzurichten, in den zu einer Hälfte das Land und zur anderen Hälfte proportional alle Kreise und Gemeinden einen angemessenen jährlichen Beitrag einzahlen.
- Werbung für einen Bürgerentscheid soll nicht mehr aus Mitteln der Kreise und Gemeinden erfolgen dürfen, sondern muss von den die entsprechenden Beschlüsse tragenden Fraktionen der jeweiligen Gemeindevertretung gezahlt werden. Eine spätere Erstattung für angemessene Werbung aus dem

Fonds „Kommunale Demokratie“ ist vorzusehen.

Betroffene und demokratische Organisationen stärker einbeziehen

Soziale und andere demokratische Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Betroffene müssen aktiver als bisher beteiligt werden.

DIE LINKE Schleswig-Holstein will:

- Förderung von Runden Tischen, in denen Interessengegensätze transparent und öffentlich ausgetragen werden
- Umfassende Auskunfts- und Anhörungsrechte für außerparlamentarische Kräfte und direkt Betroffene
- Übertragung von Sitzungen der Ausschüsse und Kommissionen im Internet
- Ausbau des Petitionsrechtes. Der Petitionsausschuss des Parlamentes muss mehr als nur empfehlenden Einfluss auf Verwaltungsvorgänge nehmen können.
- Die Kommunen werden durch die Übertragung von Bundes- und Landesaufgaben trotz leerer Kassen vor allem im sozialen Bereich mit wachsenden Ausgaben belastet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung durch mehr finanzielle Mittel, erweiterte Befugnisse und direkte Gestaltungsmöglichkeiten wieder hergestellt werden.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Die gewählten Vertretungen müssen gegenüber den Verwaltungen gestärkt werden.

DIE LINKE wird sich daher im Landtag für folgende Forderungen einsetzen:

- Die Selbstverwaltungen brauchen einen direkteren demokratischen Einfluss auf die Verwaltungen.
- Öffentliche Verwaltungen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt.
- Die Gemeindeordnung muss dahingehend geändert werden, dass das Subsidiaritätsprinzip voll zur Geltung kommt. Kommunalpolitik beginnt in den kleinsten politischen Gremien, z.B. in den Ortsbeiräten. Diese wollen wir gesetzgeberisch über die Gemeindeordnung auch gegenüber den Stadtparlamenten stärken.

Wir werden jeden verfassungsrechtlich-möglichen Gestaltungsspielraum zugunsten der kleinsten, kommunalen politischen Einheiten nutzen.

Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner

In Schleswig-Holstein leben viele kluge Einwohnerinnen und Einwohner, die viel (Fach-)Wissen, Ideen und Engagement mitbringen. Wir setzen auf uns alle. DIE LINKE setzt sich daher für eine uneingeschränkte Beteiligung ein. Hier wollen wir auf allen Ebenen entsprechende Verfahren einführen; dies schließt insbesondere auch ein Transparenzgebot ein. Wir werden im Landtag auf die schnelle Änderung entsprechender Gesetze hinwirken.

Transparente Politik und modernes Wahlrecht

Seit Jahren sinkt auch in Schleswig-Holstein die Beteiligung an Wahlen, und die derzeit im Landtag vertretenen Parteien haben darauf keine Antworten gefunden. Die Entfremdung zwischen Einwohnerschaft und den politischen Institutionen nimmt immer mehr zu. Ursache hierfür ist auch eine mangelhafte Transparenz der Politik.

DIE LINKE fordert:

- Ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild. Die Landesverwaltung muss verpflichtet werden, alle Dokumente und Daten, soweit keine zwingend schützenswerten Belange betroffen sind, kostenfrei online zur Verfügung zu stellen.
- Dass Landtagsabgeordnete ihre Nebeneinkünfte mit genauen Beträgen und unter Nennung der jeweiligen Auftraggeber veröffentlichten müssen. Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten wie Arzt- oder Anwaltsgeheimnis bleiben hiervon unberührt.
- Ein verpflichtendes Lobbyistenregister, in dem Lobbyisten mit Kenndaten über deren Aktivitäten erfasst sind.
- Um die Einflussmöglichkeiten von Wählerinnen und Wähler zu stärken, brauchen wir ein partizipatives Wahlrecht. Hier hinkt Schleswig-Holstein der Entwicklung in anderen Bundesländern weit hinterher.

DIE LINKE will:

- Eine Begrenzung der aufeinanderfolgenden Mandatszeit von Landtagsabgeordneten auf maximal zwei Legislaturperioden.

- Eine grundlegende Reform der Arbeitsweise von Landtag und Landesregierung. Die Dominanz der Regierung mit ihrem Verwaltungsapparat muss gegenüber dem Landtag zurückgedrängt und die Rechte der Opposition müssen gestärkt werden.
- Die Gewährleistung der Trennung von Regierung und Parlament durch eine gesetzliche Trennung von Regierungsamt und Landtagsmandat.
- Die Verbesserung der Informationsrechte von Abgeordneten gegenüber der Regierung.

Kulturpolitik in Zeiten von Schuldenbremse und prekärer Beschäftigung

Schleswig-Holstein hat eine vielfältige kulturelle Landschaft mit großen regionalen Unterschieden. Die Palette reicht vom Hamburger Umland mit einem breiten kulturellen Angebot bis zu stark ländlich geprägten Regionen mit wenigen staatlichen oder staatlich geförderten Kulturangeboten.

DIE LINKE setzt sich für einen gleichberechtigten Zugang zu allen klassischen und modernen Kulturformen ein. Hier muss sowohl das Angebot in der Fläche erhalten bleiben und weiterentwickelt werden als auch der Zugang dazu für alle Menschen bezahlbar und attraktiv sein. Hierzu gehören die Förderung und der Ausbau soziokultureller Angebote, der Erhalt der staatlichen Kultureinrichtungen und Theater und eine angemessene Förderung der Freien Kulturszene. Und hierzu gehört auch, dass finanziell schwachen Menschen der Besuch von Kultureinrichtungen und kulturellen Angeboten ermöglicht wird.

Auch im Bereich der Kulturpolitik ist die in die Landesverfassung aufgenommene „Schulden-

bremse“ ein zentrales Problem. Statt einer Debatte um Weiterentwicklung des kulturellen Angebotes droht Stagnation im Zeichen einer sinnlosen „Haushaltssanierung“. Kultur in allen ihren Formen ist von staatlicher Förderung abhängig und wird unter dem künstlichen Sparzwang der „Schuldenbremse“ in ihren Möglichkeiten beschnitten.

Problematisch ist auch die Lage der im Kulturbereich tätigen Menschen. Hier herrschen oft prekäre Beschäftigung und Selbstausbeutung. Dies gilt vor allem für den Bereich der Freien Künstlerinnen und Künstler, etwa in freien Theatern und Theatergruppen oder im Musikbereich.

In der aktuellen Studie „Faire Arbeitsbedingungen in den Darstellenden Künsten und der Musik?!“ gaben vier von fünf Künstlerinnen und Künstlern an, von zu geringer Vergütung und drohender Altersarmut betroffen zu sein. Ein durchschnittliches jährliches Bruttoeinkommen in Höhe von knapp 15.000 Euro spricht Bände. Ebenso sind schlechte und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen und immer wiederkehrende Phasen der Arbeitslosigkeit weit verbreitet.

Gerade in Schleswig-Holstein, das eine große Zahl an freien Bühnen und eine lebendige Musikszene vorzuweisen hat, müssen diese Probleme endlich benannt und offensiv angegangen werden. Jede Romantisierung der prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Kunstschaffenden ist hier fehl am Platz.

Zur Kulturpolitik gehört auch die Erinnerungskultur. DIE LINKE steht wie keine andere Partei für den Widerstand gegen rechte Hetze im Land und betrachtet die Erhaltung, Förderung und den Ausbau aller Einrichtungen, die an den Faschismus und die Millionen seiner Opfer erinnern, als notwendige Voraussetzung einer Öffentlichkeit, die gegen die Parolen der Neonazis und Rechtspopulisten gewappnet ist.

DIE LINKE fordert:

- Nur Projekte zu fördern, bei denen angemessene Gagen gezahlt werden, und auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aller am Projekt Beteiligten hinzuwirken. Hierzu gehört auch, dass die Förderung selbst so bemessen ist, dass sie eine angemessene Entlohnung der Künstlerinnen und Künstler zulässt.
- Die Einführung einer Mindestgage für Freie Künstlerinnen und Künstler.
- Einen Dialog mit den Freien Kulturschaffenden, mit dem Ziel, gemeinsam Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erarbeiten.
- Den Erhalt und die angemessene Finanzierung aller Kultureinrichtungen des Landes auch unter dem Diktat der „Schuldenbremse“.
- Ein Kulturticket für Bezieher von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung, das zum Eintritt in alle öffentlichen Kultureinrichtungen berechtigt.
- Freien Eintritt in die schleswig-holsteinischen Museen.
- Eine flächendeckende Förderung des öffentlichen Büchereiwesens nach einheitlichen Standards. Moderne Büchereien dürfen nicht länger freiwillige Leistung von Kommunen und Kreisen bleiben, sondern müssen zum Pflichtangebot werden.

Sport verbindet und integriert

Sport ist ein zentraler Bestandteil der Gesellschaft. Sport fördert die Integration und stärkt das Zusammenleben verschiedenster Ethnien, Religionen und Lebensweisen. Sport trägt ebenfalls erheblich zu einer gesunden Lebensweise bei. Darum möchte DIE LINKE den Sport in Schleswig-Holstein stärken und dafür sorgen, dass Vereine und Verbände ihre Angebote ausbauen können. Der Sport wird fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement in den Vereinen und Verbänden getragen. Das verdient eine größere Aufmerksamkeit und Anerkennung. Der Sport unterstützt den fairen Umgang auf und neben dem Platz. Jede Form von Gewalt, auf oder neben den Sportplätzen, lehnen wir ab.

Für DIE LINKE steht der Amateur- und Breitensport im Vordergrund. Jedem Kind und Erwachsenen muss es möglich sein kostenlos sportliche Angebote in Vereinen nutzen zu können. Dazu gehört nicht nur die Übernahme des Mitgliedsbeitrags im örtlichen Sportverein, sondern auch die der Ausrüstung, um einen Sport ausüben zu können, sofern die finanziellen Mittel selber nicht zur Verfügung stehen. Niemand darf durch seine finanziellen Einschränkungen vom Sport ausgeschlossen werden. Nur so macht Sport auch Spaß!

DIE LINKE kämpft:

- Für ein Sportförderungskonzept auf Landesebene, dass es den Kommunen ermöglicht die vorhandene Sportinfrastruktur dauerhaft in einem nutzbaren Zustand zu erhalten, damit keine Sportstätten aus Sanierungsgründen gesperrt oder geschlossen werden und so Schulen bzw. Vereine auf die Ausübung von sportlichen Aktivitäten verzichten müssen.
- Für eine bessere Unterstützung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Übungs- und Spielleiter sämtlicher Sportarten. Ein Sport kann nur ordentlich erlernt und ausgeübt werden, wenn dieser von gut ausgebildeten Trainerinnen und Trainern weitergegeben und von Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern geleitet wird.
- Dafür, dass der Besuch von Bädern im Land für alle bezahlbar wird. Auch der Besuch eines Hallen- oder Freibades gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass das Land die Kommunen finanziell unterstützt, um die Bäder im Land energetisch zu sanieren. Das spart zum einen dauerhaft Betriebskosten und trägt zum ökologischen Wandel bei. DIE LINKE tritt konsequent gegen die Schließung von Hallen- und Freibädern ein.
- Für eine stärkere Gewaltprävention im Amateur- und Breitensport. Sport fordert und fördert einen fairen und respektvollen Umgang.
- Für die Einführung eines „Sozialpasses“, der sozial Benachteiligten den Besuch professioneller Sportveranstaltungen ermöglicht, da diese häufig teuer sind. Der Besuch von Sportveranstaltungen gehört zur kulturellen Teilhabe. Daher will DIE LINKE diesen jede und jedem ermöglichen.
- Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Fanprojekte im Land. Diese sind häufig aktiv in sozialen Brennpunkten und für viele Jugendliche und junge Menschen auch eine Anlaufstelle bei Problemen. In Verbindung damit muss die vorurteilbehaftete Überwachung und Kriminalisierung von Fangruppierungen beendet werden.

Für die Trennung von Staat und Religion

Glauben ist Privatsache und nicht Sache des Staates. Wir verteidigen das Recht aller Menschen auf Freiheit des Bekenntnisses zu Weltanschauungen oder Religionen. Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten.

Dazu gehört für uns die strikte Trennung von Staat und Religion. Wir lehnen einen wie auch immer begründeten Gottesbezug in der Landesverfassung ab. Der Einfluss aller Kirchen und Religionsgemeinschaften auf staatliches Handeln muss zurückgedrängt werden. Schleswig-Holstein muss sich dafür einsetzen, dass die besonderen Privilegien der Kirchen auf Landes- und Bundesebene aufgehoben, Staatsleistungen und Kirchensteuer abgeschafft werden.

Grundrechte und die Rechte der Beschäftigten müssen auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen Geltung haben, insbesondere das Streikrecht, das Betriebsverfassungsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz. Dies ist auch bei der Vergabe- und Förderpraxis des Landes zu berücksichtigen.

Digitale Spaltung überwinden, Netzinfrastruktur ausbauen

Die rasante Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien beginnt gesellschaftliche Bedingungen grundlegend zu verändern. Die Internet-Nutzung erlaubt es dem einzelnen Menschen nicht nur, auf eine vorher unbekannte Menge an Informationen zuzugreifen. Es ist ebenso möglich, Inhalte einem weltweiten Publikum zugänglich zu machen. Umso wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internets ohne Zensur und mit festgeschriebener Netzneutralität. Allen

Menschen muss der Zugang zum Netz ermöglicht werden, unabhängig von Einkommen und sozialem Status – für DIE LINKE ist dies ein Grundrecht.

In vielen Regionen unseres Bundeslandes ist das Internet dagegen kaum oder nur mit unzumutbaren Verbindungsgeschwindigkeiten erreichbar. Das führt zu einem Ausschluss vieler Menschen von zeitgemäßen Formen der weltweiten Kommunikation und Information und ist Grund für Betriebe, sich nicht anzusiedeln. Bisherige Bestrebungen, insbesondere in ländlichen Räumen den Ausbau einer zukunftsfesten Breitband-Infrastruktur zu unterstützen, scheitern an mangelnder Koordination, Förderung technologischer Sackgasen und ungenügendem Verständnis bei Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Eine Bündelung von Ressourcen und der flächendeckende Ausbau einer langfristig nutzbaren Breitband-Infrastruktur sind notwendig.

Hierfür fordert DIE LINKE:

- Das Land muss Investitionsmittel für den Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereitstellen und den Kommunen durch koordinierte Unterstützung ermöglichen, ihren Pflichten in diesem Bereich nachzukommen. Hierbei sind kommunale Eigenbetriebe und genossenschaftliche Modelle besonders zu fördern.
- Grundsätzlich sollen ausschließlich Projekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die dem Ziel einer flächendeckenden, zukunftsfesten und langfristig nutzbaren Breitbandversorgung mittels eines Glasfasernetzes bis in die Haushalte entsprechen. Die Unterstützung von Maßnahmen, besonders unterversorgte ländliche Räume übergangsweise durch zeitgemäße Funkkommunikation an ein schnelleres Internet anzubinden, bleibt hiervon unbenommen.

- Freies WLAN in allen öffentlichen Einrichtungen, in allen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie die Unterstützung von Freifunk-Initiativen.
- Perspektivisch die Überführung der Netzinfrastruktur als Bestandteil der Daseinsvorsorge in Gemeineigentum.
- Einführung eines Rechtsanspruches aller Einwohnerinnen und Einwohner auf kostenlose Auskunft, Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken wie Banken oder Auskunftsteien.
- Gesetzliches Verbot der Verstöße gegen die Netzneutralität wie Sperren, Blockaden, Verlangsamungen und ökonomische Ungleichbehandlungen von Datenübertragungen. Hierzu zählt auch ein Verbot der Praxis des sogenannten Zero-Rating.

Grundrechte und Privatsphäre verteidigen, Datenschutz stärken

Noch nie war der Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten so bedroht wie heute. DIE LINKE steht für die konsequente Stärkung des Datenschutzes. Den Vorteilen frei zugänglicher Information und sozialer Interaktion im Netz stehen die Gefahren der massenhaften Sammlung und Verwertung personenbezogener Daten entgegen. Diese Bedrohung geht nicht nur von staatlichen Überwachungsmöglichkeiten aus. Auch die Privatwirtschaft betreibt oft Missbrauch mit personenbezogenen Daten und unterhöhlt so das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung.

DIE LINKE will:

- Ausweitung und beständige Anpassung der Datenschutzgesetzgebung an die jeweils zeitgemäßen technologischen Möglichkeiten.
- Stärkung des Unabhängigen Landeszenentrums für Datenschutz durch bessere
- Finanzierung und Ausweitung von Sanktionsmöglichkeiten.
- Nachweisliche Löschung aller bestehenden rechtswidrigen Datensammlungen der Verwaltungen sowie anderer öffentlicher Stellen, Landespolizei und Verfassungsschutz.
- Förderung von Anonymisierungsdiensten im Internet, Aufhebung der Anonymisierung nur nach richterlicher Anordnung. Sanktionsbewährte Durchsetzung des Rechtes auf Anonymisierung und Pseudonymisierung auch gegenüber großen Internet-Konzernen.
- Ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Verschlüsselung, in das nur durch richterliche Anordnung bei konkretem Verdacht auf schwerwiegende Straftaten eingegriffen werden darf.
- Anwendung des grundgesetzlichen Briefgeheimnisses auf jede elektronische Kommunikation: Die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden ist nur in Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig. Die verfassungswidrige Praxis wahlloser, massenhafter Funkzellenabfragen ist unverzüglich einzustellen.
- Verbot staatlicher Spionage-Software sowie die Offenlegung ihrer bisherigen Nutzung.
- Eine Bundesratsinitiative des Landes für ein umfassendes Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdatenschutzgesetz.

- Einsatz geeigneter Rechtsmittel durch das Land Schleswig-Holstein gegen die Umsetzung der wiedereingeführten grundgesetzwidrigen Vorratsdatenspeicherung.
- Die Erprobung und Einführung neuartiger Software, die angeblich Straftaten vorher-sagen können, soll („Predictive Policing“), lehnen wir ab.
- Standards zur Barrierefreiheit sind bei allen Dokumenten und Webseiten öffentlicher Stellen einzuhalten.
- Statistisches Datenmaterial sowie Sensor-Daten von öffentlichen Stellen wie Gewässer-Pegel, Verkehrslagen, Luftqualitätsmes-sungen und Strahlungsmessungen sollen über offene und standardisierte Schnittstel-len kostenfrei online abrufbar gemacht wer-den (Open Data).

Offene Standards fördern, Informationsfreiheit garantieren

Quellenoffene Software (Open Source) garanti-ert Transparenz und demokratische Kontrolle von Computernetzen und ist erheblich kosten-günstiger als Software kommerzieller Anbieter. DIE LINKE unterstützt Open-Source-Projekte auf allen Ebenen. Wir wollen, dass in allen Bereichen der Landesverwaltung, in den Kommunen und in öffentlichen Betrieben unabhängig geprüft wird, ob ein Umstieg auf Open-Source-Betriebssyste-me und Open-Source-Programmumgebungen möglich ist. Sollte dies ohne erheblichen finan-ziellen Mehraufwand machbar sein, muss schnellstmöglich eine Umstellung erfolgen. Grundsätzlich sollen alle Verträge über Software-Lizenzen mit kommerziellen Anbietern auslaufen bzw. zum frühestmöglichen wirtschaftlich ver-tretbaren Zeitpunkt gekündigt werden.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE:

- Mit Steuergeldern erstellte Software, Daten und Medien müssen grundsätzlich der Allgemeinheit kostenlos zur nichtkom-merziellen Nutzung zur Verfügung stehen.
- Alle öffentlichen Stellen sind zu verpflich-ten, elektronische Dokumente in freien, quellenoffenen und standardisierten Datei-Formaten vorzuhalten und zur Ver-fügung zu stellen.

- Alle Bildungsmaterialien, deren Erstellung aus öffentlichen Mitteln (ko-)finanziert wurde, sollen als Open Educational Resour-ces (OER) der Allgemeinheit zugänglich ge-macht werden. Zur konkreten Umsetzung soll ein Runder Tisch „Offene Bildungsmaterialien“ mit allen beteiligten Akteuren ge-schaffen werden, um eine tragfähige OER-Strategie für Schleswig-Holstein zu entwickeln.

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk stärken, Medien- vielfalt erhalten

Medien interpretieren und verändern die Welt und dabei auch sich selbst. Wer sie besitzt, kann Politik beeinflussen und kontrollieren. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernse-hen und Internet sind die Massenmedien der Ge-genwart. Sie prägen die Kultur und sind Voraus-setzung für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Die klassischen Medien Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen stehen durch Ökonomisierung und digitale Technologie vor neuen Herausfor-derungen. Die fortschreitende Kommerzialisierung wird begleitet und geprägt von den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Investo-ren bemächtigen sich in immer größerem Aus-maße des Medien- und Pressesektors. Medien-

macht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Sie müssen unabhängig von Herkunft und Einkommen genutzt werden können. Darüber hinaus sind Mitbestimmung auch durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung Ziele unserer Medienpolitik.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein zentraler Baustein im Mediensystem und sollte Garant für eine unabhängige Berichterstattung sowie nicht-kommerzielle Unterhaltungsangebote sein. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen dabei frei in ihrer Arbeit sein. Die Rundfunk-Staatsverträge müssen geändert werden, um die öffentlich-rechtlichen Medien zu demokratisieren.

Hierzu fordert DIE LINKE:

- Rundfunkräte sollen künftig regelmäßig durch Wahlen bestimmt werden, wobei alle Einwohnerinnen und Einwohner im jeweiligen Sendegebiet stimmberechtigt sind.
- Der Höhe des Rundfunkbeitrags muss sich proportional an der individuellen Einkommenssteuersumme bemessen. Wer mehr hat, soll mehr beitragen, wer weniger hat, weniger zahlen.
- Radio- und Fernsehprogramme der öffentlich-rechtlichen Sender sollen komplett werbefrei werden.
- Die gegenwärtige Verpflichtung zum Entfernen der von den öffentlich-rechtlichen

Anstalten selber produzierten Inhalte aus dem Internet muss aufgehoben werden.

- Diese durch die Beitragszahlungen finanzierten Inhalte müssen so weit wie möglich zeitunabhängig, speicherbar und für die weitere Nutzungen frei zur Verfügung stehen.
- Von den Anstalten selbst produzierte Inhalte sollen so weit wie möglich unter geeignete freie Lizenzen gestellt werden, um eine möglichst weitgehende Weiternutzung zu erlauben.
- eine höhere Förderung von offenen Kanälen in Funk und Fernsehen sowie die Vergabe von Sendelizenzen an freie Radiosender.

Prävention und Sicherheit statt Überwachung und Angst

Sicherheit der Bevölkerung und Kriminalitätsbekämpfung können nur mit der Bevölkerung und nicht gegen sie erreicht werden. In unserem Land gibt es zwar immer mehr Polizistinnen und Polizisten, aber immer weniger Polizeiwachen. Diese mangelnde Präsenz soll durch Videoüberwachung, mit der die Freiheit aller Menschen eingeschränkt wird, wettgemacht werden. Haftstrafe wird immer noch unter dem Aspekt des einfachen Wegsperrens verhängt. DIE LINKE geht einen anderen Weg.

Kriminalitätsprävention sorgt dafür, dass weniger Straftaten verübt werden. Viele Straftaten sind durch die gesellschaftliche Ungleichheit begründet.

Deshalb fordern wir:

- Mehr Geld für die Kommunen, damit verstärkt Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingestellt werden können.
- Sozialtherapeutische Angebote müssen ausgebaut werden.
- Der ländliche Raum muss bürgernahe Polizeireviere erhalten.
- Die wirkungslose Videoüberwachung öffentlicher Plätze ist einzustellen.
- Videoüberwachung ist nur dort einzusetzen, wo es die Betriebssicherheit erfordert.
- Für Strafgefangene muss die Resozialisierung im Vordergrund stehen. Hierfür sind vermehrt Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer einzustellen.
- Der Mindestlohn muss auch für die Arbeit in Gefängnissen gelten.
- Die Abteilung Verfassungsschutz im schleswig-holsteinischen Innenministerium wird aufgelöst, jede geheimdienstliche Tätigkeit durch das Land eingestellt.
- Gerade in der Fläche müssen Polizei-Stationen erhalten bleiben. Wir sprechen uns gegen Kürzungen in der Besoldung der Polizistinnen und Polizisten aus und setzen uns für den Abbau von Überstunden ein. Dieser Abbau kann durch Ausbezahlung der Überstunden bzw. Zeitausgleich erfolgen. Der Abbau von Überstunden muss durch Neueinstellungen aufgefangen werden. Die Arbeitsbedingungen der Polizei sind zu verbessern. Die Auslagerung öffentlicher Sicherheit an private Sicherheitsdienste lehnen wir kategorisch ab.
- In der Kriminalitätsbekämpfung setzen wir auf Prävention, insbesondere auf die kommunale Kriminalitätsprävention. Wir glauben, dass beispielsweise eine Ausweitung des Angebots von Nachtbussen, aber auch eine Wiedereinführung nächtlicher Straßenbeleuchtung vorbeugend wirken und Sicherheit schaffen.
- Im Bereich der Staatsanwaltschaften und der Richterschaft wollen wir das seit Jahren bestehende Planstellen-Defizit beseitigen.
- DIE LINKE setzt sich für die konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und die Demokratisierung der Justiz ein. Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert in jedem Falle eine den Richterinnen und Richtern gleiche Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass das sogenannte Weisungsrecht des Landesjustizministeriums landesverfassungsrechtlich oder zumindest einfach-gesetzlich aufgehoben wird.
- Zur Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz wollen wir die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte ermöglichen. Die zu bildenden Justizräte sind parteipolitisch unabhängig und ausschließlich der Umsetzung des grundgesetzlichen Justizgewährungsanspruchs verpflichtet.
- Die Bestellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten soll ausschließlich durch Wahlauschüsse erfolgen. Jede unmittelbare oder mittelbare Einmischung durch die Politik, die Exekutive oder Legislative ist dabei auszuschließen. Dabei ist sicherzustellen, dass die ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten alle gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentieren. Nur eine repräsen-

tative Zusammensetzung der Justiz bietet Gewähr, dass tatsächlich im Namen des Volkes Recht gesprochen wird.

- Das Recht ist keine Ware. Wir werden uns für eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel stark machen mit dem Ziel, die Regelungen zum sogenannten Deal im Strafprozess zu streichen und zu verbieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Verfahrenseinstellungen der Staatsanwaltschaften und Gerichte wieder auf ein vernünftiges Maß reduziert werden und insbesondere in Wirtschaftsstrafverfahren nicht die Regel sind, nur weil zu wenig Personal in den Staatsanwaltschaften und Gerichten zur Verfügung steht. Das verhindert auch den Eindruck, dass man „die Kleinen hängt, die Großen laufen lässt“.
- Der Zugang zum Recht darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Zugang zum Recht haben und sind gegen Bestrebungen, die auf Kürzung oder Beschränkung der Prozesskostenhilfe hinauslaufen.
- Staatliche Aufgaben gehören in staatliche Hand und sollen dort auch bleiben. Wir sind auch hier gegen Privatisierungen, sei es im Gerichtsvollzieherwesen oder im Bereich der Justizvollzugsanstalten.
- In der Opferhilfe wollen wir Opfern verstärkte staatliche Unterstützung zukommen lassen, indem die Bandbreite der Fälle erhöht wird, in denen eine Nebenklage zulässig ist. Hier wird sich DIE LINKE für eine entsprechende Bundesratsinitiative der Landesregierung einsetzen. Daneben wollen wir auch die Arbeit von Organisationen wie dem Weißen Ring stützen, auch finanziell.
- DIE LINKE fordert zudem die Aussetzung der polizeilichen Praxis, den Vermerk „ANST“ bei

Personen zu speichern, die mit ansteckenden Krankheiten infiziert sind. Dieses Vorgehen unterstreicht die gesellschaftliche Stigmatisierung beispielsweise von HIV-Positiven und schafft falsche Annahmen von Gefahr und Sicherheit. Eine Ansteckungsgefahr geht vor allem von Menschen aus, die Träger von Krankheiten sind, ohne es zu wissen.

Versammlungsfreiheit stärken

DIE LINKE setzt sich für eine umfassende Entkriminalisierung von politischem Protest ein. Überwachung und Repression dürfen kein Mittel sein, Menschen davon abzuhalten, für ihre Interessen aktiv zu werden.

Die im Versammlungsfreiheitsgesetz vorgesehenen Bußgelder für Verstöße müssen reduziert werden. Die Hürden für den Einsatz von Videoüberwachung und Durchsuchungen müssen erhöht werden. Präventive Maßnahmen, welche Angst vor Repression schüren und Teilnehmer/innen und Anmelder/innen von einer Anmeldung oder Teilnahme abhalten, müssen deutlich eingeschränkt werden.

Das Versammlungsgesetz muss der Situation der zugenommenen Privatisierung des öffentlichen Raumes Rechnung tragen und öffentlich zugängliche Flächen in Privateigentum versammlungsrechtlich mit öffentlichen Flächen gleichstellen. Der Einsatz von Reizstoffen auf Demonstrationen muss, wegen potenziell lebensgefährdender Auswirkungen verboten werden.

Wir wollen ein friedliches Land. Für alle.

Waffen und Kriegsschiffe werden in Schleswig-Holstein nicht nur für die Bundeswehr hergestellt. Deutsche Rüstungsgüter werden in allen bewaffneten Konflikten der Welt eingesetzt und sind am Tod von Millionen Menschen beteiligt. Über die Häfen unseres Landes werden Truppen und Kriegsgerät in die Konflikte der Welt geschickt. Aus Stützpunkten wie Jagel oder Eutin werden deutsche Soldatinnen und Soldaten weltweit entsandt. Gleichzeitig wird versucht, das Soldatentum als normalen Beruf gesellschaftsfähig zu machen und Nachwuchskräfte für die Bundeswehr zu werben. Wir stehen an der Seite der Friedensbewegung, engagieren uns in Friedensinitiativen in Schleswig-Holstein und sagen konsequent Nein zu deutschen Auslandseinsätzen, Krieg und Rüstungsproduktion. Wir setzen uns für die Ächtung autonomer Waffensysteme ein. Die LINKE ist wie sie der Meinung: Von Schleswig-Holstein muss Frieden ausgehen.

Wir fordern den Stopp deutscher Rüstungsexporte und ein Programm zur Umwandlung von militärischer in zivile Produktion, um Arbeitsplätze in diesem Bereich zu erhalten.

Gelder aus dem Rüstungsetat, die bisher für Forschung und Entwicklung verwendet werden, sollen zweckgebunden in die Entwicklung ziviler Produkte fließen und für die Wirtschaftsförderung verwendet werden. Hierfür werden wir uns aus dem Landtag heraus über den Bundesrat einsetzen. Subventionen und Fördergelder des Landes an Unternehmen, die an Rüstungsforschung oder Rüstungsproduktion beteiligt sind, darf es nicht mehr geben.

Hochschulen sollen gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften alternative Konzepte zur Frie-

denssicherung entwickeln und den Konversionsprozess begleiten und unterstützen. Wir unterstützen Initiativen zur Einführung von Zivilklauseln an den Hochschulen zur Verpflichtung von Forschung und Lehre auf zivile Zwecke.

Die Zusammenarbeit von militärischen und zivilen Einrichtungen ist sofort zu beenden. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Stattdessen müssen zivile Organisationen wie das Technische Hilfswerk so unterstützt werden, dass sie im Katastrophenfall wirksame Hilfe leisten können.

Gelöbnisse der Bundeswehr haben nichts im öffentlichen Raum zu suchen.

Die Zusammenarbeit zwischen schleswig-holsteinischen Schulen und der Bundeswehr muss beendet werden. Wir wollen nicht, dass unsere Kinder an Bundeswehrsimulatoren das Töten üben. Ebenfalls soll der Bundeswehr die Teilnahme an und die Werbung auf Berufsorientierungs- und Informationsmessen untersagt werden.

Den Transport von Sprengwaffen und Munition über landeseigene Straßen und Flächen werden wir ebenso wie die Verladung in Häfen zur Gefahrenabwehr untersagen.

Wir fordern die Kontrollen registrierter Kleinwaffen auszuweiten und die Repression gegen unsachgemäße Aufbewahrung zu verschärfen

Wir fordern den Abbau bestehender Rüstungsgüter und nicht-registrierter Kleinwaffen in privater Hand. Wir werden uns aus dem Landtag heraus über den Bundesrat für eine aktive Abrüstungspolitik auch in Deutschland einsetzen.

Konversion als Chance

Der Abbau militärischer Strukturen wie in Kiel zeigt, welche Chancen für Wachstum und Stadtentwicklung durch Bundeswehrstandorte besetzt werden. DIE LINKE will Schleswig-Holstein demilitarisieren. Wir werden uns dafür stark machen, dass Bundeswehrstandorte geschlossen werden und die freiwerdenden Liegenschaften für eine gemeinnützige Stadtentwicklung zur Verfügung stehen.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen einen Atlas entwickeln, in dem die Chancen aufgelistet sind, die durch Auflösung von Militärstandorten in Schleswig-Holstein vorhanden sind. Neue Wohnquartiere, Renaturierung und Verpachtungen als Standorte friedlicher Industrie sind Potenziale, für die wir werben werden.

Mit Rüstungsunternehmen werden wir den Dialog suchen, um auszuloten, ob der Umstieg auf eine zivile Produktion möglich ist, und welche Hilfe das Land dabei leisten kann.

Finanzpolitik sozial gerecht gestalten

Die Schuldenbremse ist und bleibt vor allem eine Investitions- und Zukunftsbremse. Aber wer nicht in die Zukunft investiert, hat bald keine Zukunft mehr. Zur Zeit werden die Probleme der Schuldenbremse durch unerwartet hohe Steuermehreinnahmen gedämpft. Gleichwohl gibt es verheerende Auswirkungen.

Um die Schuldenbremse einhalten zu können, hat die jetzige Landesregierung vor allem bei den Investitionen den Rotstift angesetzt. Straßen und Brücken werden nicht saniert, die Universitäten sind überfüllt und marode. Hinzu kommt mangelnde Unterstützung der Städte und Gemeinden, die Gebäude von Kindertagesstätten und Schulen verfallen.

Das Desaster der HSH – Nordbank nimmt seinen Lauf. Schon jetzt ist absehbar, dass das Land Schleswig-Holstein und damit die Einwohnerinnen und Einwohner mit mindestens 10 Mrd. Euro die Rechnung begleichen müssen. Unverantwortliche und überbezahlte Bankmanager, die von den Verantwortlichen im Land unzureichend kontrolliert wurden, haben die Landesbank gegen die Wand gefahren. Die gescheiterte Krisenpolitik auf Lan-

desebene hat seit 2010 erheblich dazu beigetragen, dass eine teure Abwicklung der HSH Nordbank kaum noch verhindert werden kann.

Statt aus den Fehlern der gescheiterten Privatisierung zu lernen und die Bank als öffentlich-rechtliche Funktionsbank in Schleswig-Holstein und Hamburg zu stabilisieren, wurde der Versuch der Privatisierung weiterverfolgt. Die Zeche werden nun die Menschen im Land zahlen müssen, während die Bankmanager mit goldenem Handschlag und Millionen Euro für ihr Versagen belohnt werden.

Dafür müssen die politisch Verantwortlichen im Land zur Rechenschaft gezogen werden. Durch ihre Politik wird Schleswig-Holstein allein aufgrund der zusätzlichen Zinsausgaben jährlich mehr Geld zahlen müssen als für die völlige Kostenfreiheit in den Kinder-Tagesstätten und -Krippen nötig wäre.

DIE LINKE steht für eine Finanzpolitik, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Die Kommune als unmittelbarer Lebensraum muss gestärkt werden, auch finanziell.

In wichtige Zukunftsfelder muss investiert werden, um langfristig hohe Folgekosten zu vermeiden.

Wir wollen mehr Geld ausgeben für Bildung in Kitas, Schulen und Universitäten, für die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft und Landwirtschaft, für den sanften Tourismus, für die Energiewende, für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Unsere Ziele sind kostenlose Erziehung und Gesundheitsversorgung, eine auskömmliche Altersversorgung, der soziale Schutz von Bedürftigen und eine vernünftig ausgebaute Infrastruktur für alle.

Unsere Vorstellungen für die kommenden fünf Jahre haben Mehrausgaben in Höhe von jährlich 250 Millionen Euro zur Folge, für den Einstieg in den kostenfreien ÖPNV, für die Beitragsfreiheit in Kita und Krippe. Die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors kostet zusätzlich 50 Millionen Euro. Die Gemeinden und Städte wollen wir zusätzlich mit 100 Millionen Euro unterstützen.

In den letzten Jahren fehlt in Schleswig-Holstein angeblich Geld, um das Leben lebenswerter zu gestalten. Dabei ist Geld genug da, es wird nur falsch eingesetzt. Hatte Schleswig-Holstein 2010 noch Steuereinnahmen in Höhe von 6,6 Milliarden Euro, sind es jetzt laut Haushaltsplan 2017 schon 9,425 Milliarden Euro, ein sattes Plus von rund drei Milliarden Euro. Die Niedrigzinsphase führt zu weiteren Einsparungen in Höhe von rund 300 Millionen Euro pro Jahr.

Hinzu kommt, dass zusätzliche Ausgaben auch zusätzliche Einnahmen ermöglichen: Mehr Steuereinnahmen durch die reguläre Beschäftigung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, im Öffentlichen Dienst und bei den Vereinen und Verbänden; Erhöhung der Kaufkraft durch die Entlastung von einkommensschwachen Schichten; Wegfall von Folgekosten aufgrund besserer

Bildung und Integration, Verbesserung der Einnahmen durch Investitionsprojekte in die Energiewende, Wirtschaftswachstum durch die Realisierung kommunaler Investitionen aufgrund deren verbesserter Finanzausstattung.

Das grundlegende Problem der Verschuldung in Städten, Gemeinden und im Land muss dort angepackt werden, wo es entstanden ist. Auf der Einnahmeseite.

Wir brauchen eine andere Steuerpolitik, die auf der einen Seite die kleinen- und mittleren Einkommensgruppen entlastet, Spielraum für soziale Gerechtigkeit schafft und auf der anderen Seite die reichen Erben, die Vermögenden, die Superreichen und Höchstverdiener an der Finanzierung des Gemeinwesens angemessen beteiligt.

Um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen brauchen wir einen Altschuldentilgungsfonds.

Zum Umsteuern braucht das Land eine Millio-närssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz, eine sozial gerechte Erbschaftssteuer und die Rücknahme der Steuergeschenke für die großen Unternehmen.

In Schleswig-Holstein muss endlich eine Initiative gestartet werden, die Landessteuer „Vermögensteuer“ wieder zu reaktivieren.

Die Steuerfahndung und die Betriebsprüfung sind wichtige Instrumente, um die Steuereinnahmen zu erhöhen. Im Durchschnitt werden in Schleswig-Holstein Großunternehmen nur alle fünf Jahre, Mittelbetriebe alle zehn Jahre, Kleinunternehmen alle zwanzig Jahre und Kleinstunternehmen alle sieben Jahre geprüft. Deshalb wollen wir die Steuerverwaltung und -fahndung mit deutlich mehr Personal ausstatten.

Dringend benötigte Gelder umverteilen

- DIE LINKE schlägt vor, die Diäten der Landtagsabgeordneten um jeweils 1000 Euro im Monat zu kürzen. Die Bezüge der Regierungsmitglieder sollen um 10 Prozent verringert werden.
- Die Altersbezüge der Regierungsmitglieder sollen zukünftig erst bezahlt werden, wenn das gesetzliche Rentenalter erreicht wird.
- Die Zulagen für Fraktionsvorsitz und Parlamentarische Geschäftsführung sollen gestrichen werden.
- Staatssekretärinnen und Staatssekretäre werden in ein Amt der Besoldungsgruppe B 8 (bisher B 10) berufen.
- Die Besoldung für die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Landesrechnungshofs wird von B 10 nach B 8 abgesenkt.
- Die Kosten für externe Gutachten werden gestrichen. Es ist nicht sinnvoll, Arbeit doppelt zu bezahlen. Die Ministerien halten die notwendige Expertise für die Entscheidungsfindung vor.
- Auf Prestigeprojekte wie die feste Fehmarnbeltquerung wird verzichtet. Die Kosten von 1,7 Milliarden Euro für die Hinterland-Anbindung entfallen.
- Die Kirchenstaatsverträge werden neu verhandelt und die Ausgaben erheblich gesenkt.
- Der Verfassungsschutz wird abgewickelt.
- Das Land verzichtet auf teure ÖPP-Projekte. Damit wird die Belastung kommender Haushalte verringert.
- Die freiwerdenden Gelder müssen in dringend notwendige Infrastrukturprojekte wie den Bildungsbereich investiert werden.

Eine starke LINKE verändert das Land!

In der Legislaturperiode 2012 bis 2017 wurde im Landtag nur wenig über grundlegende Themen wie Kinder- und Altersarmut diskutiert, noch weniger wurde an Lösungen gearbeitet. Die Koalition von SPD, Grünen und SSW hat versucht, sich einen sozialen Anstrich zu geben, aber es ist ihr weder gelungen, die in allen Bereichen ansteigende Armut zu bremsen noch den Investitionsstau aufzulösen. Nur mit einer starken LINKEN im Landtag wird sich daran ab 2017 etwas ändern.

In unserem Programm zur Landtagswahl haben wir Projekte für einen grundlegenden Politikwechsel in Schleswig-Holstein formuliert. Dabei sind uns drei Dinge klar:

Erstens werden wir als LINKE diese grundlegenden Änderungen nicht allein durchsetzen können. Dafür brauchen wir auch den Druck von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen und unseren Wählerinnen und Wählern – auch nach der Wahl. Nur dann wird dieser Politikwechsel auch im Landtag durchsetzbar sein.

Zweitens müssen wir in Schleswig-Holstein die Schuldenbremse lösen. Sie ist schädlich für alle Menschen in unserem Land und verhindert dringend notwendige Investitionen. Angesichts der Refinanzierung von Investitionen durch dadurch entstehende Wachstumsimpulse und derzeit niedrige Zinsen ist die Tatenlosigkeit der Landesregierung verantwortungslos. Dass in Banken und Konzerne investiert wird, nicht aber zum Wohl aller Menschen in unserem Land, muss ein Ende haben.

Drittens müssen wir die Verteilungsfrage stellen. Wer meint, mehr soziale Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein durchsetzen zu können, ohne die steigende gesellschaftliche Ungleichheit anzugreifen, ist unehrlich. Das Land muss Druck auf den Bund machen, um eine bessere Ausstattung von Land und Kommunen zu erreichen.

Für uns ist klar: Ein „Weiter so“ ist keine Option, der ungehemmte Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Die Wege, die wir im Hier und Jetzt gehen, die Änderungen, die wir durchsetzen, sind Schritte hin zu einer anderen, sozialen, gerechten, wirklich demokratischen und menschlicheren Gesellschaft, dem demokratischen Sozialismus. Das ermöglicht freie und gleiche Bedingungen für alle Menschen, die hier leben. Deshalb brauchen wir nicht nur auf Bundesebene die Debatte darüber, wie der gesellschaftliche Reichtum so verteilt werden kann, dass er nicht nur einer kleinen Elite, sondern der übergroßen Mehrheit der Menschen zugutekommt. Wir werden die Bühne des Landtags nutzen, um diese längst überfällige Debatte anzustoßen.

Wir bleiben dabei aktiv in Vereinen, Verbänden und Initiativen, beziehen uns auf ihre Anregungen und ihre Kritik. Wir bleiben Opposition zu einer Politik, die Armut und Ungleichheit hin nimmt oder sogar befördert. Deshalb werden wir uns an keiner Regierung beteiligen, die Sozialabbau oder neoliberale Kürzungspolitik betreibt, sich Abschiebungen oder Waffenexporten nicht widersetzt oder eine aggressive Außenpolitik der Bundesregierung unterstützt.

Unser Ziel ist kein bloßer Regierungswechsel, sondern ein grundlegender Politikwechsel.

In diesem Wahlprogramm haben wir viele Projekte benannt, mit denen wir Schleswig-Holstein gerecht und solidarisch gestalten wollen. Wir werden sofort nach dem Wahltermin unsere Arbeit im Landtag aufnehmen und unsere ersten Anträge einbringen. Erste Projekte, die wir vordringlich angehen werden, sind:

Statt erst in zehn Jahren wollen wir sofort die Beitragsfreiheit der frühkindlichen Betreuung umsetzen. Die regional vollkommen unterschiedlichen Kita-Gebühren zeigen, dass dies auch regionale Ungleichgewichte abbauen wird. Das Versprechen, ein Kita-Jahr in der Legislaturperiode 2012 bis 2017 beitragsfrei zu stellen, ist von der gegenwärtigen Koalition nicht eingehalten worden. Wir werden sofort beantragen, dies nachzuholen.

Wir werden beantragen, das Landesschulgesetz so zu ändern, dass Kosten zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler durch die Kreise nicht mehr erhoben werden dürfen (Eigenbeteiligung). Dies soll nicht wie bisher nur bis zur 10. Klasse gelten, sondern die gesamte Schulzeit und die Ausbildungszeit umfassen.

Zur ganztägigen Schulbetreuung gehört die Verpflegung während der Schulzeiten. Wir wollen im Landesschulgesetz festschreiben, dass die Verpflegung den Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung steht. Gute Verpflegung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die zusätzlichen Kosten sind den Kommunen vom Land zu ersetzen.

Schleswig-Holstein muss sich für einen Mindestlohn einsetzen, der oberhalb der Armutsgrenze liegt und eine existenzsichernde Rente garantiert. In einem ersten Schritt werden wir beantragen, den vergaberechtlichen Mindestlohn im Land auf zwölf Euro zu erhöhen.

Stromversorgung ist ein grundlegendes Element der Daseinsvorsorge. Trotzdem wird in Schleswig-Holstein jährlich in über 10.000 einkommensschwachen Haushalten, die nicht in der Lage sind, ihre Rechnung zu begleichen, der Strom abgestellt. Wir werden beantragen, Stromsperrern zu verbieten.

Der Anspruch, den Investitionsstau in unserem Land aufzulösen und in die Zukunft aller hier lebenden Menschen zu investieren, kann nur eingelöst werden, wenn die Einnahmen des Landes und der Kommunen nachhaltig gestärkt werden. Deshalb werden wir schon im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 auf Initiativen des Landes Schleswig-Holstein drängen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, die Erbschaftssteuer gerechter zu gestalten und den Spitzensteuersatz mindestens wieder auf das Niveau von 53 Prozent zu erhöhen.

Als Erstes brauchen wir dazu ihre Stimme am 7. Mai 2017. Danach Ihre Hartnäckigkeit, uns darin zu unterstützen einen echten Politikwechsel in Schleswig-Holstein durchzusetzen. Als starke Kraft im Land werden wir das, weswegen Sie DIE LINKE gewählt haben, als Anträge einbringen, werden um Mehrheiten werben und uns auch im Bund für die Grundlagen einer sozial gerechten Politik für das Land und die Menschen, die hier leben, stark machen.

Faule Kompromisse, Hinterzimmerpolitik und Wählerbetrug sind mit uns nicht zu machen. Wir lassen uns an den Ergebnissen unserer und damit Ihrer Politik messen. DIE LINKE ist eine Mitmach-Partei und macht Politik nicht für, sondern mit Menschen. Machen Sie mit, kommen Sie zu uns, diskutieren Sie mit uns, bringen Sie Ihre Ideen ein – und stimmen Sie für DIE LINKE. Für Gerechtigkeit und Solidarität, für ein gutes Leben in unserem Schleswig-Holstein.

**... so geht
links.**

sogehlinks.de

**Und jetzt
links
wählen!**

DIE LINKE.